



# Politische Berichte

Nummer 19 / 12. Jahrgang

13. September 1991

G 7756 D Preis 1,50 DM

## Politik der vollendeten Tatsachen

Bundeswehr wird für ständige Auslandseinsätze vorbereitet und ausgerüstet

Am 6. September begannen erneut Bundeswehresoldaten eine Tätigkeit außerhalb des NATO-Gebietes. Diesmal kommt das Heer zum Zuge, nachdem der Minensuchverband wieder zurück ist. Drei mittlere Transporthubschrauber des Heeresfliegerregimentes 35 und insgesamt 35

Soldaten sollen voraussichtlich fünf Monate im Irak zum Einsatz kommen. Die Hubschrauber sollen Inspektionsgruppen mit Rüstungskontrollaufgaben transportieren. Der Abflug der drei Hubschrauber fand ausgerechnet am 2. September statt — einen Tag nach dem Antikriegstag.

Als der Golf-Einsatz der Bundesmarine diskutiert wurde, mußte man sich noch die Mühe machen, diesen Einsatz als „humanitär“ zu bezeichnen. Am 8. September gab der Moderator des Bayerischen Rundfunks im „Zeitspiegel“ im Zusammenhang mit einem Bericht über die Rückkehr des Minensuchverbandes zu, daß dieser Einsatz eigentlich ein militärischer war, der lediglich aus politischer Rücksichtnahme als „humanitär“ bezeichnet wurde. Jetzt gibt es also Erfahrungen mit einem militärischen Groß-einsatz außerhalb des NATO-Gebietes. Die Verfassungsdebatte war und ist allem Anschein nach für einige ein Schattengefecht. Gerade an dem Golf-Einsatz der Bundesmarine zeigten sich aber auch die Mängel am derzeitigen militärischen Gerät. Die Diskussion über die Behebung dieser Mängel ist bereits seit Monaten in vollem Gange.

So forderte Vizeadmiral Braun mit dem Beginn des Golf-Einsatzes mindestens vier neue Transport- und Versorgungsschiffe. Wenn die Bundeswehr an UN-Einsätzen beteiligt wäre, seien „Kampfschiffversorger“ nötig. Interessanterweise hält der Bremer Vulkan-Verband bereits seit einiger Zeit passende Konzepte für einen solchen Schiffstyp bereit, den *Multi Purpose Carrier* „MPC 20“. Ob nur für den Export, das wird sich zeigen. „Konstruktion und

Ausrüstung der Schiffe entsprechen den Anforderungen für „Große Fahrt“, heißt es in der *Wehrtechnik* 9/91. Die Schiffe können Kampfschiffe versorgen, können Landungsoperationen unterstützen oder durchführen und können als Hubschrauberstützpunkt dienen.

Probleme mit den fernen Einsatzraum hatte auch die Luftwaffe. Dem soll jetzt rasch abgeholfen werden. Der Luftwaffen-Inspekteur, Generalleutnant Jörg Kuebart, schreibt in der *Wehrtechnik* 8/91, daß die „räumliche Erweiterung der Zukunftsaufgaben der Luftwaffe“ die „Bereitstellung ausreichender Transportkapazitäten“ erfordere. Mit deutscher Beteiligung soll nun ein europäisches Tanker- und Transportflugzeug gebaut werden. Vorbei am Haushalt läuft dank der Einverleibung der DDR eine kurzfristige Beschaffungsmaßnahme, die die strategischen Operationsmöglichkeiten der Luftwaffe völlig verändert. Drei Boeing 707 der Flugbereitschaft der Bundeswehr sollen in Tankflugzeuge umgerüstet werden, da die Flugbereitschaft jetzt drei Airbusse von Interflug verwenden kann.

„Auch eine Erkenntnis aus dem Golfkrieg ist die gewachsene Bedeutung der Hubschrauber für die Mobilität des Heeres und die Nutzung der dritten Dimension zum Kampf“. Das ist der zentrale Satz in einem Aufsatz über die Heeres-

struktur 5 in der *Wehrtechnik* 9/91. Ein Teil der vorhandenen Panzerabwehrhubschrauber soll zu Begleitschutzhubschraubern umgerüstet werden, andere sollen kampfwertgesteigert werden. Aus Defensivwaffen werden so Offensivwaffen. Bei den Transporthubschraubern wird die Einrüstung einer Nachtleuchtfähigkeit überprüft. Auch hier braucht der Bundestag nicht befragt zu werden, sind es doch keine spektakulären Neubeschaffungen. Eine noch größere Rolle als bisher kommt vor allem beim Heer der *Kaderung* zu. Indiz dafür ist auch die Steigerung des Anteils der Zeit- und Berufssoldaten. Am bedeutendsten ist die Verschmelzung der Territorial- und Korpskommandos, da so auch trotz der Reduzierung der Zahl der Soldaten noch mehr Soldaten für Offensivaufgaben zur Verfügung stehen.

Daß ein Kampfeinsatz der Bundeswehr schnell denkbar ist, zeigt vor allem die Diskussion um einen WEU-Einsatz in Jugoslawien. Die WEU wird einfach als „kollektives Sicherheitssystem“ ausgelegt, so sollen die Diskussionen um eine Verfassungsänderung an Bedeutung verlieren. Ob allerdings alle Soldaten der Bundeswehr wie z.B. der kommandierende General des II. Korps, Horst Albrecht, bereit sind, „aus dem Stand heraus in den Krieg zu gehen“, bleibt offen. — (chl)



Am 4.9. hat sich Bundesumweltminister Töpfer (CDU) erstmals für ein allgemeines Tempolimit auf den Autobahnen ausgesprochen. Eine Höchstgeschwindigkeit nannte er nicht. Dafür soll es bis zum Jahr 2005 Grenzwerte für den Benzinverbrauch geben, z. B. höchstens 5,1 l auf 100 km für einen Mittelklassewagen, oberhalb derer eine „Strafabgabe“ gezahlt werden soll. — (mke, VSP)

## Vor einem neuen Balkankrieg

Die ungarische Regierung fordert Grenzrevisionen

Die Konflikte in Jugoslawien scheinen sich mit strikter Konsequenz zu einer Krise des gesamten Balkans zu entwickeln. In Tirana gab es am Wochenende Demonstrationen die zur Unterstützung der Albaner im Kosovo aufrufen. Bei der ebenfalls am Wochenende stattgefundenen Volksabstimmung in Mazedonien über die Unabhängigkeit des jugoslawischen Teilstaates weigerte sich die starke albanische Minderheit, sich zu beteiligen, wenn ihr nicht größere Rechte zugestanden werden. Die Voraussetzungen der mazedonischen Unabhängigkeit werden von den führenden Kreisen in Skopje vorsichtig formuliert: Unabhängig im Rahmen eines neuen jugoslawischen Staatenverbundes. Denn es ist in Mazedonien klar, daß ein vollständig unabhängiger Staat weder von den herrschenden Kreisen im angrenzenden Griechenland noch in Bulgarien akzeptiert wird. Beide Staaten haben starke mazedonischen Minderheiten, die aber in beiden Staaten nicht anerkannt werden. Und beide werden getreu der historischen Tradition versuchen, dieses Gebiet in ihre Länder einzuordnen. Der Krieg an der jugoslawischen Südgrenze ist also fast sicher.

Aus dem ungarischen Regierungslager sind Stimmen zu hören, die eine Revision der Grenzen zu Jugoslawien fordern. Es geht hier um die Provinz Wojwodina, die eine starke ungarische Minderheit hat, aber vor allem landwirtschaftlich sehr produktiv ist. Vor kurzem wurde bekannt, daß aus Ungarn Waffenlieferungen nach Kroatien gin-

gen. Nach der bisherigen Politik Österreichs in der Jugoslawienfrage ist es für die serbische Führung kein Problem, eine alte habsburgische Connection wiederzufinden, die auf Wiederherstellung der Grenzen des k.u.k-Reiches drängt. Die am Wochenende in Den Haag begonnene Friedenskonferenz wird an dem Balkanproblem mit Sicherheit nichts ändern können. Das einzige interessante Ergebnis der Konferenz bisher war, daß die BRD, die inzwischen offen für die Anerkennung von Slowenien und Kroatien plädiert, zur Zurückhaltung aufgefordert wurde. In Serbien vergrößern sich von Tag zu Tag die Demonstrationen gegen die Politik der BRD. Kein Fernseh- oder Zeitungsbericht, der nicht die Beziehungen zu der Politik des Dritten Reiches zieht. Es ist überhaupt ein Kennzeichen der Balkankrise, daß sie sich als historisches Remake abspielt. Das Auftauchen der serbischen Cetniks, die als selbständige, nicht mehr zu kontrollierende Rebellenhaufen agieren, die kroatische Ustascha, die den Staat der Kroaten ausrufen, die Frage neuer Grenzziehungen, die Rolle Österreichs, Ungarns und des dt. Reiches usw.: Die gleichen Probleme prägten das vorrevolutionäre Jugoslawien. Und mit der gleichen Konsequenz scheint sich der nächste Balkankrieg abzuzeichnen, in dem sich die Völker Südosteuropas wieder so vollständig aufreiben, daß die Großmächte (die EG) auf einer dann abzuhaltenden Balkan-Friedenskonferenz leichtes Spiel haben, die Lage zu ihren Gunsten zu regeln. — (hav)

Gegen Bundeswehreinsatz, Revanchismus, Großmachtpolitik



An den Aktionen zum Antikriegstag beteiligten sich in diesem Jahr erheblich weniger Menschen. Wo Aktionen stattfanden, richteten sich diese gegen die immer zügellosere Großmachtpolitik des BRD-Imperialismus, gegen Revanchismus, Bundeswehreinsatz im Ausland und die damit verbundene zunehmende Repression im Innern. Bild: Hamburg. — (rül, Bild: res)

politik des BRD-Imperialismus, gegen Revanchismus, Bundeswehreinsatz im Ausland und die damit verbundene zunehmende Repression im Innern. Bild: Hamburg. — (rül, Bild: res)

Postvertriebsstück G 7756 D  
Gebühr bezahlt

### Bundesdelegiertenkonferenz: BWK-Herbstkonferenz 1991

Am 5. und 6. Oktober findet in Köln die Herbstkonferenz der 11. ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz des BWK statt. Ort der Konferenz ist das Jugendgästehaus Köln, An der Schanz 14, in Köln-Riehl. Beginn ist Samstag, der 5. Oktober, um 12 Uhr mittag. Anmeldung der Landesdelegationen für Übernachtungen und Essen erfolgen durch die Landesvorstände. Vorschläge zur Tagesordnung, Anträge, Stellungnahmen an die BDK für die Delegiertenmaterialien müssen bis zur Sitzung des Präsidiums der BDK am 28. September um 10 Uhr in Köln eingetroffen sein. — (Präsidium der BDK des BWK)

### „1. Deutscher Nationalkongress“ erneut abgesagt

Der überraschend vom 21. auf den 7. September vor- und aus der Bonner Beethovenhalle in die gemeindeeigenen Mainfrankensäle in Veitshöchheim bei Würzburg verlegte „1. Deutsche Nationalkongress“ wurde am 5.9. durch den Veranstalter Borowsky abgesagt. Der Kongress sollte auf die „Initiative Deutschland 90“ (Koblenz) folgen, the-

matisch gegen die „Verzichtspolitik“ gerichtet sein und der Vernetzung verschiedener neofaschistischer Zeitungen dienen. Nach einer Bombendrohung habe „die Polizei an Borowsky appelliert, den Kongress nicht durchzuführen.“ (Volksblatt, 6.9.) Die nach Protesten für den Abend des 5.9. einberufene Feriensitzung des Gemeinderates wurde daraufhin abgesagt. Die Protestaktion am Morgen des 7.9. wurde durchgeführt, auch, um Ersatz vorzubeugen. — (je)

### BVB-Warnstreik für Anerkennung der Vordienstzeit

Vier Stunden lang dauerte der Warnstreik der Straßenbahn-, Bus- und U-bahnfahrer der für den Ostteil Berlins zuständigen BVB. Die Streikenden verlangten die Anerkennung ihrer Dienstjahre, die sie in der DDR geleistet haben. Dadurch, daß sie wie Berufsanfänger behandelt werden sollen, verlieren sie dauerhaft bis zu mehreren hundert Mark monatlich. Empörung hatte die Vorsitzende der Tarifgemeinschaft der Länder, die schleswig-holsteinische Finanzministerin Simonis (SPD) ausgelöst, weil sie im Vorfeld der am 11.9. beginnenden Tarifverhandlungen sagte, die Anerkennung von Vordienstzeiten

stünde nicht zur Debatte. Am Nachmittag nahmen auch viele Leute aus dem Krankenpflegebereich an einer Kundgebung der ÖTV vor dem Rathaus teil. Bezirksvorsitzender Lange sprach sich für weitere Streiks, falls nötig, aus. — (chk)

### Aktionstag gegen Armut und Arbeitslosigkeit

Am 28.9.1991 findet in Berlin ein Aktionstag mit Hearings, Diskussionsforen, Info-Veranstaltungen und künstlerischen Aktionen gegen Arbeitslosigkeit und Armut statt. Der Termin wurde von Arbeitslosengruppen aus den alten und neuen Bundesländern ausgewählt im Hinblick auf die Mietpreiserhöhungen in den neuen Bundesländern am 1.10. und den 3. Oktober. Bislang wird die Aktion u.a. vom Arbeitslosenverband Deutschland e.V., der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, dem Allgemeinen Behindertenverband Deutschland e.V., den Grauen Panther und dem Mieterverein unterstützt. Treffpunkt und Veranstaltungsort ist der Lustgarten, bei schlechtem Wetter die Humboldt-Universität. Quelle: Pressemitteilung des Stuttgarter Arbeitslosenzentrums — (evc)

### Antikriegstag ohne SU-Veteranen

An der traditionellen Veranstaltung „Blumen für Stukenbrock“ auf dem sowjetischen Soldaten-Friedhof in Bielefeld-Senne nahm erstmals kein Vertreter des sowjetischen Verbandes der Kriegsveteranen teil. Ein Vertreter des ursprünglich von diesem Verband aus initiierten „Komitees Friedensmarsch“ berichtete, der Verband sei in der UdSSR inzwischen verboten, da ein Vorstandsmitglied den Staatsstreik gegen Gorbatschow unterstützt habe. Die Stukenbrocker Lagergemeinschaft ist wie die anderen Lagergemeinschaften in der BRD Mitglied dieses Verbandes. Das Verbot des sowjetischen Verbandes diskriminiert die sowjetischen Veteranen des Anti-Hitler-Krieges. NRW-Minister Kniola sprach sich in seinem Redebeitrag „gegen jegliche Form von Nationalismus, Rassismus und Militarismus“ aus und forderte, an „einem europäischen Haus über die Grenzen Europas hinaus“ mitzuwirken. Flottenadmiral a.D. Schmähling lehnte Krieg als Mittel der Politik und jegliche Verfassungsänderung für BRD-Kriegseinsätze ab. Die Teilnehmerzahl betrug etwa 700 statt bisher rund 3000. — (ads)

## Aktuell in Bonn

## Bahn künftig mit Leiharbeit?

Die „Regierungskommission Bahn“ will die Bahn künftig in erheblichem Umfang mit Leiharbeitern betreiben. Die 136 000 Beamten der Bundesbahn sollen von einer „Personalholding“ übernommen werden. Diese leiht die von der künftigen „DEAG“ (Deutsche Eisenbahn AG) benötigten Arbeitskräfte wieder aus — als Arbeiter oder Angestellte und zu „marktgerechten Preisen“, d.h. deutlich billiger als bisher. („Handelsblatt“, 6.9.). Dieses Leiharbeitsystem ist „auf einige Jahrzehnte angelegt“. Offenbar sollen auf diesem Weg auch die Pensionsansprüche der Bahnbeamten erheblich gesenkt werden. Wegen der für das Projekt nötigen Verfassungsänderung sei die Zustimmung der SPD erforderlich.

## § 218: Union droht mit BVerfG

Mit Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht hat die CDU/CSU-Fraktion gedroht, falls die Gesetzentwürfe von SPD oder FDP im Bundestag beschlossen würden. Die Entwürfe, so der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Rüttgers, seien verfassungswidrig. Die Union strebt eine Neuregelung an, in der der Arzt bei „psychosozialer Notlage“ einer Abtreibung zustimmen kann. Die Entscheidung muß er schriftlich festhalten, womit — siehe Memmingen — die staatsanwaltschaftliche Verfolgung der Ärzteschaft erleichtert werden soll. Eine Gruppe von CDU/CSU-Abgeordneten will einen noch weitergehenden Antrag einbringen, der nur eine ganz enge medizinische Indikation für zulässig erklärt. Die DDR-„Fristenregelung“ wird also auf jeden Fall fallen.

## Wohnungsnot

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, in der private und öffentliche Hilfsorganisationen zusammengeschlossen sind, schätzt, daß es in Deutschland eine Million Menschen ohne bzw. ohne menschenwürdige Wohnung gibt. Eine weitere Million sei wegen „verschärfter Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt“ von Obdachlosigkeit bedroht. Alleinstehende Frauen, vor allem auch ältere Frauen mit Kleinstrenten, gehören zu den ersten Opfern. Die Wanderungswelle aus der ex-DDR habe dazu geführt, daß Ostdeutsche 25 bis 30 Prozent der Wohnungslosen in den westlichen Bundesländern stellen. Laut vorsichtigen Schätzungen — eine Statistik darüber gibt es nicht — erfordern im letzten Winter 30 Menschen auf der Straße. Mehr und mehr Obdachlose werden zu Opfern faschistischer Gewalttäter.

## Juden ab nach Israel?

Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) will laut „Spiegel“ vom 9.9. die Einwanderung für jüdische Sowjetbürgerinnen und -bürger scharf begrenzen. Nur Familienzusammenführung und

„besondere Härtefälle“ sollen noch als Einwanderungsgrund gelten. Die Antragsformulare sollen sogar die Aufforderung zur Rechtfertigung enthalten, warum „statt einer Aufnahme in Israel eine Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland angestrebt wird.“ Die Ministerpräsidenten-Runde vom 9.1.91 hatte noch Einzelfallentscheidungen ohne Zahlenbegrenzung vorgesehen.

## CSFR: Weiter unverschämter Druck

Die BRD-Revanchisten, angeführt von der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, setzen die Regierung der CSFR bei den Verhandlungen über einen Nachbarschaftsvertrag weiter unfreundlich unter Druck, ohne ein Wort zu den faschistischen Kriegsverbrechen in der Tschechoslowakei zu verlieren. Ende August legte die bayerische Staatsregierung ein Gutachten vor, wonach die „Vertreibung der Sudetendeutschen“ 1945 „Völkermord“ gewesen sei. Entschädigung in Milliardenhöhe sei nötig. Jetzt ließ das Auswärtige Amt verlauten, der Vertrag sei fertig, auf eine Regelung der Entschädigungsfragen werde verzichtet. Die CSFR dementierte.

## Balten-Adel als Balten-Botschafter

Der Bruder des FDP-Grafen Lambsdorff, Hagen Graf Lambsdorff, ist zum ersten Botschafter der BRD in der unabhängig erklärten Republik Lettland ernannt worden. Die Grafen Lambsdorff sind von baltischem Adel. Die Unabhängigkeit der Republik verschafft solchen Leuten nunmehr die Möglichkeit zur Rückkehr — und neuerlicher Einflußnahme.

## Weg mit dem Kohlepfennig

Am 5.9. tagten in Bonn die Vertreter der Stromversorgungsunternehmen auf Einladung des Wirtschaftsministeriums. Im Sinne Möllemanns forderten sie dort das Ende der seit 1980 bestehenden Abnahmeverpflichtungen bei Ablauf des „Jahrhundertvertrags“ 1995. Statt des Aufschlags „Kohlepfennig“ solle der Staat notfalls Subventionen beschließen. Dies befürwortet auch die von der Bundesregierung bestellte Mikat-Kommission. Finanzminister Theo Waigel allerdings ist von Berufs wegen dagegen — sein Haushalt ist ohnehin belastet (und voller versteckter Minusposten).

## Was kommt demnächst?

Am 12. September berät die Länderfinanzministerkonferenz u.a. über den Länderfinanzausgleich und die Steuerverteilung zwischen Kommunen, Bund und Ländern. Am 17. September will die CDU/CSU-Fraktion über ihre Vorlage zur Neufassung des § 218 entscheiden. Am 26. oder 27.9. soll dann die 1. Lesung der Gesetzesvorlagen zum § 218 im Bundestag erfolgen. Am 27.9. findet die nächste Bundesratssitzung statt. Am 29.9. sind Wahlen in Bremen, am 6. Oktober Kommunalwahlen in Niedersachsen.

## Pläne zur Änderung des Asylrechts

Ob mit oder ohne GG-Änderung — das Asylrecht soll weg

Die Beseitigung des Asyl-Grundrechts wird jetzt in Angriff genommen. Ein Antrag im Bundesrat ist unterwegs. Auch bei SPD und FDP findet eine Grundgesetzänderung immer

mehr Anhänger. Kein Wunder, denn auch von dort kommen immer neue Vorschläge zu Gesetzesverschärfungen. Jüngstes Beispiel: ein Beschluß des FDP-Präsidiums.

Die Landesregierung von Baden-Württemberg wird demnächst einen mit Innenminister Schäuble abgestimmten Antrag zur Beseitigung des Grundrechts auf Asyl im Bundesrat einbringen, um endlich „aus der Diskussion zur Entscheidung zu kommen“ (Schäuble). Danach sollen Bundesregierung und Bundesrat die Nichtverfolgerstaaten festlegen können. Flüchtlinge aus solchen Ländern sollen bereits an der Grenze abgeschoben werden können, von der „Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane“ sollen künftig über die Asylgewährung entscheiden können und einer Harmonisierung des Asylrechts in der EG soll nichts mehr im Wege stehen.

Ministerpräsident Teufel hat in einer Regierungserklärung außerdem weitere Sammellager und eine zweite ZAST angekündigt.

Am gleichen Tag, als die Landesregierung von Baden-Württemberg ihre Bundesratsinitiative beschloß, hat das Präsidium der FDP einen Beschluß und einen Gesetzentwurf zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes vorgelegt, um das Asylverfahren zu beschleunigen und

die Abschiebeprozesse zu verschärfen. Das gerichtliche Verfahren soll generell auf eine Instanz beschränkt werden, und die Entscheidungen sollen weitgehend dem Einzelrichter zugewiesen werden. Bisher setzt sich das Richterergremium in der Regel aus drei Berufsrichtern und zwei ehrenamtlichen Richtern zusammen. Die vom Bundesverfassungsgericht in Asylverfahren geforderte „Aufklärungspflicht bis an die Grenze des äußerst Zumutbaren“ würde mit Einzelrichtern unterlaufen, weil eine gründliche Aufklärung über Asylgründe praktisch gar nicht mehr möglich wäre. Weiterhin wollen die Liberalen die Klagefrist nach dem Asylbescheid auf zwei Wochen verkürzen, verspätet vorgebrachte Anträge sollen grundsätzlich zurückgewiesen werden. Diese Frist ist so knapp bemessen, daß viele Flüchtlinge sie kaum einhalten können. Sie müssen einen qualifizierten Anwalt finden, dürfen den Stadtkreis nicht verlassen, etc. Schließlich soll auch die Beschwerde im Prozeßkostenhilfeverfahren abgeschafft werden. Die Kosten in einem Verwaltungsgerichtsverfahren trägt die

## Wirtschaft gegen Pflegesozialversicherung

Blüms Vorschlag für eine Pflegeversicherung deckt die tatsächlichen Pflegekosten nicht ab

Bundesarbeitsminister Blüm legte im Mai seinen Vorschlag für eine eigenständige Pflegeversicherung nach den Grundsätzen der Sozialversicherung vor. Ein solches Konzept unterstützen der DGB, die Wohlfahrtsverbände, zahlreiche Behindertenverbände, Kirchen, Krankenhausträger, die Kommunalen Spitzenverbände, die meisten Landesregierungen, die Versichertenvertreter der Kassen und die SPD. Scharfe Gegner sind die Wirtschaftsverbände, ihre Vertre-

Nach den Vorstellungen Blüms soll die Pflegeversicherung unter dem Dach der gesetzlichen Krankenversicherung aufgebaut werden (1). Die Versicherungspflicht wird auf die in der gesetzlichen Krankenversicherung Versicherten beschränkt, das sind fast 90 % der Bevölkerung. Die übrigen sollen zur privaten Absicherung verpflichtet werden. Der Beitrag soll maximal 2 % vom monatlichen Bruttoeinkommen betragen und bis zur Beitragsbemessungsgrenze der Krankenversicherung (1991: 4875 DM) je zur Hälfte durch die Versicherten und ihre Beschäftigten aufgebracht werden.

Die Leistungen sollen häusliche und stationäre Pflegehilfe umfassen. Wer zu Hause gepflegt wird, soll je nach Grad der Pflegebedürftigkeit monatlich zwischen 400 DM bis maximal 1200 DM erhalten oder eine Sachleistung im Wert von 750 DM bis maximal 2250 DM. Ferner ist eine Urlaubsvertretung von vier Wochen jährlich vorgesehen, die Kostenübernahme für Hilfsmittel und für die Renten-, Unfall- und Krankenversicherung der Pflegepersonen. Wer im Heim gepflegt wird, soll Anspruch auf Erstattung von maximal 2000 DM monatlich für pflegebedingte Kosten haben. Die Kosten für Unterkunft und Verpflegung sollen nicht übernommen werden.

Es liegt auf der Hand, daß diese Leistungen viel zu niedrig sind. Die Pflegekosten der Empfänger von Sozialhilfe (das sind 70 % der Pflegebedürftigen in den Heimen) betragen durchschnittlich 3095 DM im Monat (2). Oft liegen die Kosten erheblich darüber. Auf mehr als 2000 DM Pflegegeldanspruch kann man aber nach den jetzigen Plänen gar nicht kommen. Die monatlichen Kosten für eine häusliche Betreuung rund um die Uhr durch mobile soziale Dienste sind kaum weniger teuer als der Aufenthalt im Heim: Sie belaufen sich auf rund 3000 Mark. Blüm will auch gar nicht, daß durch die Leistungen die Kosten in voller Höhe gedeckt werden, denn er betont in seinem Entwurf des öfteren, daß „Eigenleistung des Versicherten und seiner Familie“ unverzichtbar sei, weil eine „Rund-Um-Versorgung die finanzielle Leistungsfähigkeit jedes Versicherungssystems überfordern würde“ (1). Die Konsequenz für die Pflegebe-

ter in den Kassen, Teile der CDU, die CSU und die FDP. Sie treten für eine private Pflichtversicherung ein. Entsprechend der Koalitionsvereinbarung soll bis Ende Juni 1992 dem Bundestag ein Gesetzentwurf vorliegen. Die hessische Landesregierung hat kürzlich bereits angekündigt, sie werde demnächst gemeinsam mit anderen SPD-Ländern im Bundesrat eine eigene Gesetzesinitiative, ähnlich dem Blüm-Vorschlag, einbringen.

dürftigen ist, daß viele weiterhin auf Sozialhilfe oder auf die finanzielle und/oder personelle Unterstützung ihrer Familienangehörigen angewiesen sind.

Die gesamte „Wirtschaft“ hat einer Sozialversicherungsregelung der Pflegebedürftigkeit den Kampf angesagt. Sie will verhindern, daß sie den halben Beitragssatz für die Pflegeversicherung als sog. Arbeitgeberanteil beitragen muß. Zu diesem Zweck gab der Präsident der Arbeitgeberverbände, Murmann, Ende August ein Gegenmodell einer privaten Pflegeversicherung bekannt (3). Es beinhaltet einen Übergangsfond zugunsten der schon Pflegebedürftigen und älteren Versicherten, zu dem die „Wirtschaft“ innerhalb von zehn Jahren 55 Milliarden DM beitragen will. Daneben sollen der Staat und die Krankenkassen diesen Fond finanzieren. Ferner soll die Versicherung erst 1995 eingeführt werden.

Das Modell ist der Versuch, die Lohnabhängigen zu spalten und einen Teil gegen die Pflegesozialversicherung aufzubringen: Junge Beschäftigte hätten nach diesen Berechnungen niedrige Versicherungsprämien zu zahlen (22 DM monatlich bei einem 25jährigen), die älteren und diejenigen mit niedrigem Einkommen bekämen Zuschüsse aus dem Fond.

Blüm widerspricht den Kapitalistenverbänden, wenn sie von „katastrophaler“ Auswirkung der zusätzlichen Beitragszahlungen auf ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit sprechen. Blüm: „Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit sind weder die Lohnzusatzkosten noch die gesamten Lohnkosten bestimmend, sondern die Lohnkosten je Produkteinheit (Lohnstückkosten), die Lohnkosten und Produktivität zueinander in Beziehung setzen ... Wie Berechnungen der EG-Kommission zeigen, verzeichnete die Bundesrepublik Deutschland zwischen 1960 und 1990 sowohl gegenüber den EG-Partnern als auch gegenüber den USA und Japan den geringsten Lohnstückkosten-Anstieg“ (1). Außerdem seien die gesetzlichen Lohnnebenkosten gesunken, die übertariflichen Leistungen jedoch gestiegen (4). Daß Blüm wegen der Lohnnebenkosten sehr besorgt ist, zeigt sein Vorschlag, die Belastungen der Unterneh-

men doch dadurch zu senken, daß bei der gesetzlichen Krankenversicherung weiter eingespart — will heißen: Kosten auf die Kranken abgewälzt — werden soll (5).

Gegen die Behauptung der Kapitalisten, daß das Pflegefallrisiko in keinem sachlichen Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis stehe, weshalb sie keine spezifische Verantwortung für die finanzielle Bewältigung dieses Problems tragen (6), setzt Blüm lediglich das Argument: „Die Beteiligung der Arbeitgeber an der Finanzierung der Sozialversicherung folgt nur sekundär aus einem kausalen Bezug der versicherten Risiken zur ausgeübten Arbeitnehmers Tätigkeit.“ Sie begründet sich vielmehr hauptsächlich aus der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers für den Arbeitnehmer, die nach gefestigter Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Arbeitsverhältnis erwächst, das die weit überwiegende Quelle für den Lebensunterhalt und die Daseinsvorsorge der Arbeitnehmer darstellt. Die Beteiligung der Arbeitgeber an der Versorgung der Arbeitnehmer gegen Belastungen aus signifikanten Lebensrisiken verwickelt ebenso wie der Solidarausgleich in der Sozialversicherung das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes“ (1).

Die Leugnung des Zusammenhangs zwischen der Pflegebedürftigkeit vieler Menschen und den Arbeits- und Lebensbedingungen und die Bezeichnung des sog. Arbeitgeberanteils an der Versicherung als „Fürsorgepflicht“ ist gefährlich. Dadurch wird die Verantwortung der Konzerne und anderer Beschäftiger für die Ruinierung der Gesundheit der Lohnabhängigen in Abrede gestellt. Die Beitragsleistung ist dann nicht mehr Anspruch des Arbeiters/Angestellten als Teil der Reproduktionskosten für die verschlissene Arbeitskraft, sondern politisch begründete Sonderleistung der Betriebe. Als solche orientiert sie sich auch bezüglich ihrer Höhe an politischer Beschlussfassung und nicht an den tatsächlichen Kosten.

Quellen: (1) „Sozialpolitische Informationen des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung Nr. 9/91; (2) Stuttgarter Nachrichten 23.8.91; (3) Handelsblatt, 28.8.91; (4) ebd. 3.7.91; (5) ebd. 3.9.91; (6) ebd. 27.8.91 — (evo)

## Kein Pflichtjahr für Mädchen

Süssmuth für Ausbau des freiwilligen Jahres

Rita Süssmuth äußerte sich in einem Kommentar der evangelischen Fachzeitschrift „Theorie und Praxis der Sozialarbeit“ gegen das soziale Pflichtjahr für Mädchen. Hauptgegenargument ist für sie, daß Frauen durch die Aufgaben in der Familie schon viele Nachteile in Berufs- und Arbeitswelt hinnehmen müssen und durch Kinder- und Alten- und Krankenpflege sowieso viel „Sozialarbeit“ leisten. Statistisch gesehen würden Frauen durchschnittlich sieben Pflichtjahre ableisten. 700 Millionen Stunden pro Jahr seien ehrenamtlich.

Sie kritisiert ebenfalls, daß die Hilfsdienste, die geleistet würden, zwar den Stellenschlüssel verbessern könnten, aber damit eher die ausgebildeten Kräfte, weil teurer, in die Arbeitslosigkeit getrieben würden. Der Ausbildungsbedarf brauchte nicht verbessert zu werden. Letztlich wären die Betroffenen die Leidtragenden.

Leider hält sie die Argumentation gegen unausgebildete Arbeit nicht durch. Sie vertritt hingegen das freiwillige soziale Jahr, denn: „Hier lassen sich positive Werte wie Opferbereitschaft, wie Verzicht, wie Solidarität tatsächlich vermitteln.“ Die „Hilfsdienste“ werden auch nicht mehr negativ belegt. Hervorgehoben werden stattdessen „die guten

Seiten — ich denke an die kleinen Serviceleistungen, die eben nicht von einer Fachkraft ausgeführt werden müssen, an die menschliche Wärme und Zuwendung, die hier oft gegeben wird.“ Diese Trennung in qualifizierte Arbeit und menschlicher Anteilnahme spricht für sich.

Für Männer allerdings will sie eine Verpflichtung zum sozialen Dienst nicht ausschließen, nicht nur im Sinne der Gleichberechtigung, hauptsächlich stört sie, daß immer weniger Männer zu Wehr- oder zu Ersatzdienst herangezogen.

„Grundsätzlich ist es in einer Demokratie natürlich nichts Verwerfliches, ein solches Modell wie ein soziales Pflichtjahr für beide Geschlechter anzudenken.“ Aber das freiwillige wird schon ausreichen, denn der Druck für viele, für ein Taschengeld zu arbeiten, weil kein Ausbildungsplatz gefunden wurde oder noch eine Zeit zu überbrücken ist, wird auch weiterhin dazu führen, daß „Freiwillige“ gefunden werden. Diese werden dann wiederum die miserable Personalsituation zwar nicht mit menschlicher Wärme, aber mit viel Hilfsdiensten auffangen müssen.

Quelle: Theorie und Praxis der Sozialarbeit, Nr. 9/91, Juli, August — (unb)



# Mehr Staat, mehr Steuern, mehr Inflation

Aufschwung im Osten? Wenn ja, auf wessen Kosten? Höhere Staatsquote bringt Regierung in ideologische Schwierigkeiten

Angewöhnlich einhellig sei die Meinung von Regierung, Unternehmern und Gewerkschaften nach dem Treffen beim Kanzler gewesen, daß jetzt in den östlichen Bundesländern die wirtschaftliche Talsohle überschritten sei. „Neue Länder stehen vor dem Aufschwung“? Völlig unwahrscheinlich ist das nicht, daß jetzt auf die Konjunktur im Westen auf Kosten des Ostens, von der allerdings auch im Westen viele nichts außer harter Arbeit hatten, nun eine Konjunktur im Osten folgt, auf Kosten des Westens, von der aber im Osten auch kaum einer was haben wird. Und wenn alles schief geht, dann bleibt immer noch der Aufschwung aus der Situation, noch weiter abwärts kann's gar nicht mehr gehen.

Ein Blick auf die Entwicklung der Staatsfinanzen, über die Anfang September bei der ersten Lesung des Haushalts im Bundestag debattiert wurde, schafft nähere Einblicke.

Die jetzige Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP war angetreten mit einem Konzept weniger Staat. Die sogenannte Staatsquote, d.h. der Anteil des Bundes-, der Länder- und kommunalen Haushalte am Bruttosozialprodukt, also den gesamten Wirtschaftsleistungen, wurde von 1982, noch unter SPD-Regierung, über 50 % bis 1989 auf 45 % gesenkt. Faktisch bedeutete das, daß die BRD-Konzerne größere Teile des gesellschaftlichen Lebens unter ihre direkte Regie nahmen. Die Deregulie-

rung stellte sich in der Praxis dar als Regulierung durch die Konzernzentralen. Dieses Konzept geriet mit dem Anschluß der DDR in nicht geringe Schwierigkeiten. Die Konzerne, deren Größe wohl ausreichte, in der BRD eine umfassend führende Rolle zu übernehmen, hielten sich mit Investitionen und Engagement zurück. Treuhandanstalt, Fonds Deutsche Einheit, Arbeitsmarktpolitik, Transferzahlungen und andere umfangreiche staatliche Maßnahmen wurden deshalb erforderlich. Statt der freien Unternehmerinitiative mußten Behörden tätig werden. Die Folge: Die Staatsquote wird 1991 wieder bei über 50 % liegen. Das bringt die Regierung in verschiedene Schwierigkeiten.

Die Finanzierung dieser drastisch erhöhten staatlichen Wirtschaftseingriffe soll auf klassischem Wege erfolgen: einmal durch Erhöhung der Steuern, insbesondere der Verbrauchsteuern (Mehrwertsteuer), zum anderen durch eine gezielte Umverteilung über ein Anziehen der Inflation. Letztere wirkt, soweit die Tarifpolitik den Preissteigerungen nachzieht, über die progressive Wirkung des Lohnsteuertarifs. Das trifft die Lohnabhängigen. Die Inflation bewirkt aber auch eine Entwertung der Staatsschuld-papiere. Das trifft jene, die entsprechenden Eigentum besitzen. Das erklärt vielleicht einiges von den materiellen Hintergründen der ideologischen Schwierigkeiten, in denen die Unionsparteien

sich derzeit befinden. Die Regierungspolitik schränkt den Kreis derjenigen, die jetzt länger davon profitiert haben, ein. Bei den Mittelschichten, die, bei aller Kritik an Kohl, in den letzten Jahren bei über der Preissteigerung liegender Verzinsung Staatsvertrauen entwickeln konnten, wächst die Furcht, abkassiert zu werden für Ziele, für die mit dem Wegfall des Feindbildes im Osten auch keine rechte Begeisterung aufkommen will.

Dazu kommt eine weitere ideologische Krise, die die Unionsparteien trifft, was auch kaum dadurch verdeckt wird, daß sich die strahlenden Sieger der Marktwirtschaft über den Sozialismus jetzt angesichts der Ereignisse in der Sowjetunion noch einmal in die Brust werfen. Große Teile der Opposition gegen die SED war unter die Fittiche der Kirchen geschlüpft, und so konnte die CDU als Partei des christlich gemilderten Kapitalismus ihre Wahlerfolge erzielen. Die nachfolgende praktische Politik kann sich allerdings immer weniger an solche christliche Vorgaben halten. Folge: die Vertreter einer solchen Linie in der CDU im Osten verschwinden. Die Maiziere, der das Gute an der DDR retten wollte, wird als stellv. CDU-Vorsitzender wahrscheinlich ersetzt durch Frau Merkel, Tochter eines Hamburger Pastors, der in den sechziger Jahre von der EKD nach drüben geschickt wurde, und die so vielleicht die rechte Kolonial-

mentalität mitbringt. Christlich an Kohls Aussagen für die Menschen in den neuen Bundesländer, „daß sie jetzt die Chance haben, die Früchte ihrer harten Arbeit selbst zu ernten“, ist allenfalls noch, daß dieses Versprechen für die meisten Menschen ähnliche Aussicht auf Verwirklichung besitzt, wie das Versprechen aufs Himmelmreich.

Man sollte allerdings die demagogische Kraft der Unionsparteien zur Mobilisierung der eigentumsbesitzenden Schichten nicht unterschätzen. Die Dis-

kussion um die Tarifpolitik, die maßvoll sein müsse, der sogenannte Investivlohn, mit dem benötigte Staatsgelder aus der Kaufkraft der Lohnabhängigen abgeschöpft werden soll, machen deutlich, wo die Regierung Kohl vor allem Opfer sieht. Und es gibt ja nicht nur die sozialdemokratische Variante von kapitalistischer Staatswirtschaft. Die zunehmende, wirkliche oder eingebildete Angst vor dem sozialen Absturz führt leicht zum Ruf nach dem starken Staat, der die Wirtschaft in Ordnung bringt. — (alk)

## „Hilfen“ für die Sowjetunion

Können die Kapitalisten von der Krise der SU profitieren?

Die bürgerliche Öffentlichkeit ist hin- und hergerissen. Der mit großer Mehrheit gefaßte Beschluß des sowjetischen Volksdeputiertenkongresses, zentrale Organe beizubehalten, und die Absicht aller Republiken, eine Wirtschaftsunion zu bilden, an der sogar andere RGW-Staaten wie Polen, CSFR und Bulgarien Interesse haben könnten, haben überrascht. Schienen die Strategen der Ostexpansion in den vergangenen zwei Wochen doch keinerlei Grenzen mehr zu kennen: Assoziierung der baltischen Republiken an die EG, Abspaltung der zentralasiatischen Republiken, Aufteilung der Sowjetunion in „Slawen, Balten und Russen“, Osterweiterung der EG mit totaler Vorherrschaft der BRD

Es gab Stimmen im politischen Lager, die für Expansion nach Osteuropa zu einem neuerlichen finanzpolitischen Abenteuer bereit gewesen wären in ähnlicher Größenordnung, wie es die DDR-Annexion erforderte. Hier traten die Vertreter der Unternehmerverbände auf den Plan und warnten einhellig vor stärkerem finanziellen Engagement. Nicht nur, daß sie auf eine Zerschlagung der sowjetischen Zentralwirtschaft setzten und jede Mark Kredit die Zentrale unnötig aufwertete. Anscheinend tut sich in der BRD-Gesamtwirtschaft ein ernsthafter Zielkonflikt zwischen Budget- bzw. Finanzpolitik und weiterer Ostexpansion auf.

Die Steuer- und Budgetpolitik, auch wenn sie noch so ausgeklügelt ist, belastet offensichtlich auch die Wirtschaft, und mehr noch fürchten die Kapitalisten die finanzpolitischen Folgen auf dem Kapitalmarkt. Diese Bedenken werden verstärkt durch einen Konjunkturreinbruch in der zweiten Jahreshälfte, mit dem man inzwischen ziemlich fest rechnet. Verbote ist ein saisonbereinigter Rückgang der Industrieproduktion in Westdeutschland um 1 % von Juni auf Juli nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (1).

Schnelle Geschäfte, wie sie für bestimmte Branchen im Zuge der DDR-Annexion möglich waren, sind in der Sowjetunion wohl nicht in Sicht. Und die staatliche Absicherung von Exportrisiken in Osteuropa ist kein Mittel, das beliebig angewandt werden kann, zumal, wenn die Staatsfinanzen durch Rezessionserscheinungen prekär werden und zur unmittelbaren Bekämpfung der Rezession die Mittel für andere Maßnahmen als für „Osteuropahilfe“ gebraucht werden.

Die „Hilfen“ der Bundesrepublik für die Sowjetunion werden auf ca. 60 Mrd. DM seit 1989 beziffert. Diese „Hilfen“ setzen sich — was öffentlich weniger bekannt ist — aus drei großen Posten zusammen: 1. Zuschüsse und kostenlose Warenlieferungen 15,5 Mrd. DM. Der größte Teil davon beruht auf Zahlungen, die im Überleitungsabkommen zum Abzug der sowjetischen Truppen aus der ehem. DDR vereinbart sind. 2. Kreditgarantien, z.B. Zahlungsbilanzkredite, und Hermes-Exportbürgschaften 27,7 Mrd. DM. 3. Exportüberschüsse der ehem. DDR, die inzwischen als Forderungen der BRD als Rechtsnachfolgerin der DDR an das Transferrubel-Konto des RGW firmieren und sich nebst Verzinsung in Höhe von 2 Mrd. (!) auf 16,9 Mrd. DM belaufen. (2)

Zu den ersten beiden Posten bemerkt der Präsident des DIHT, Hans Peter Stihl: „Wir haben der Sowjetunion große finanzielle Zugeständnisse gemacht, um die deutsche Einheit so schnell wie möglich in internationalem Einvernehmen zu erreichen ... Als Unternehmer würde ich soweit gehen, zu sagen, die

damals gemachten Finanzzusagen an die Sowjetunion, zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Truppenabzug aus Deutschland, waren eine der besten Investitionen in der deutschen Geschichte.“ (3)

Mit dem dritten Posten brachte sich die BRD durch den Anschluß der DDR in den Besitz von Forderungen an die Sowjetunion, die ursprünglich natürlich nicht auf DM lauteten. Mit seltener Arroganz verzinst die BRD diese Forderungen noch in DM und schlägt den Gesamtbetrag den „Hilfen“ an die Sowjetunion zu! Tatsächlich hat sich die BRD mittels der DDR zum geeignetsten Zeitpunkt der Wirtschaftsbeziehungen Ostdeutschlands zum RGW, namentlich zur Sowjetunion, bemächtigt. Die BRD konnte und kann damit auf die Wirtschaftskrise der Sowjetunion, die seit 1989 datiert und jetzt eskaliert, Einfluß nehmen: Sie kann die Handelsbeziehungen zwischen Ostdeutschland und der SU stören und zerstören, sie kann sie aber auch benutzen und sich offen halten. Durch die Annexion der DDR stieg z.B. das Außenhandelsdefizit der SU mit der BRD 1990 von 1,2 Mrd. auf 8,4 Mrd. DM.

Die BRD wird als der größte Gläubiger der Sowjetunion bezeichnet, deren Gesamtverschuldung auf 64 Mrd. \$ taxiert wird. Daraus resultieren in diesem Jahr Zins- und Tilgungsverpflichtungen in Höhe von 15 Mrd. \$, ein Großteil davon gegenüber deutschen Gläubigern. Die deutschen Banken sind hier hochexpansioniert, und die Lage wird sich dadurch noch verschärfen, daß ausländische Banken 8 bis 10 Mrd. \$ an Krediten aus der SU zurückziehen werden. Der sowjetische Zentralstaat hat die Mittel nicht, die Finanzmärkte rechnen damit, daß die SU um ein Umschuldungsprogramm nicht herumkommen wird. Damit hat der Westen und vor allem die BRD ein Faustpfand in der Hand, um von der SU eine Änderung ihrer Wirtschaftspolitik zu erpressen. Immer offener spielt das BRD-Kapital mit dem Gedanken einer barbarischen Hungersnot und des völligen Zusammenbruchs der Sowjetwirtschaft.

Das Finanzkapital der BRD pocht auf eine stärkere Beteiligung des Auslands an der anstehenden Umschuldung und versucht, die EG-Finanzpolitik auf die Osterweiterung auszurichten. Hierzu gehört der radikale Plan Genschers, die Mittel der EG-Regionalförderung umzulenken in die mittel- und osteuropäischen „Reformländer“ und die europäischen Handelsschranken für Produkte aus diesen Ländern abzubauen. D.h. die starke regionale Differenzierung, krasse Unterschiede der Einkommens- und Lebensstandards, die die Konzerne für die SU und den ganzen RGW-Bereich vorsehen, sollen gezielt auch auf den EG-Bereich übergestülpt werden mit unabsehbaren Folgen für Regionen und Branchen wie Landwirtschaft, Stahl, Textilindustrie, Bergbau.

Ferner seien laut Genscher „kurzfristige Konsortien nach dem Vorbild des deutsch-sowjetischen Erdgas-Röhren-Geschäfts zu bilden, um die dortige Energie- und Rohstoffförderung zu modernisieren. Bei solchen Projekten könne die Finanzierung über den Export eines Teils der gewonnenen Produkte sichergestellt werden.“ (3)

Die Kapitalisten empfehlen Fortsetzung der Infiltration durch „Schulung“ sowjetischer Manager, „Verwaltungshilfe“, techn.-wissenschaftliche Kooperation und lauern auf eine Währungsreform mit konvertiblem Rubel.

Quellenhinweis: (1) Handelsblatt 4.9.91; (2) HB 20.8.; (3) HB 28.8. — (pef/AGM)

## Tarifvertrag „nicht mehr das letzte Wort“?

Zur Kampagne von Christdemokraten, Kirchen und anderen für den Investivlohn

Reihenweise nehmen Kapitalisten und bürgerliche Politiker in den letzten Monaten Vorhaben wieder auf, die sie vor Jahren zunächst aufgeben oder zurückstellen mußten. Dazu zählt der Investivlohn, bei dem ein Teil des Lohns nicht ausbezahlt werden, sondern als „Arbeitnehmeranteil“ im eigenen Unternehmen bleiben oder in einen überbetrieblichen Fonds eingezahlt werden soll.

Gesamtmetall will 1992 im Osten mit Investivlohn die schon vereinbarten tariflichen Lohnerhöhungen zum Teil wieder in die betrieblichen Kassen lenken. Den Investivlohn im Westen propagieren Ulf Fink und die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA). Georg Leber, die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG), das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) sowie Blüm.

Kritik kommt aus der IG Metall. Franz Steinkühler hat den Investivlohn als „Zwangssparen“ bezeichnet, das den behaupteten wirtschaftspolitischen Zielen (Investitionen im Osten) und gesellschaftspolitischen Zielen (Umverteilung von Vermögen) nicht diene. Dennoch scheint das gewerkschaftliche Interesse an Befassung mit und Kritik an den Investivlohnkonzepten bisher eher gering. Vielfach dürfte die Meinung vorherrschen, daß der Investivlohn ein alter Hut ist, den sowieso keiner will.

### Zwei-Pfennig-Plan, Investivlohn, „Vermögensbildung“

Die Geschichte des Investivlohns, den christdemokratische Arbeitnehmerpolitiker in den 50er Jahren aufgebracht haben, scheint das zu bestätigen. Zunächst wollten sie 1951 mit einem „2-Pfennig-Plan“ aus Pfennigbeträgen „Arbeitnehmervermögen“ bilden. Den Begriff Investivlohn prägten sie dann 1954 durch Zusammenziehung von „Investment“ und „Lohnarbeitsvertrag“ und versuchten, ihn schon in die Lohnarbeitsbewegung dieses Jahres einzuführen. Die IG Metall forderte 12 Pfennig mehr in der Stunde, die Kapitalisten lehnten ab. Die Investivlohnpolitiker propagierten daraufhin ein Splitten der Forderung in 8 Pfennig mehr Barlohn und 4 Pfennig Investivlohn. Aber die IG Metall ließ sich nicht darauf ein, und auch die Kapitalisten zeigten kein Interesse.

1961 wurde das erste 312 DM-Vermögensbildungsgesetz verabschiedet, das eine rein betriebliche Vermögensbildung unter Ausschluß tariflicher Regelungen staatlich förderte. Nachdem das Gesetz kaum Wirkungen zeigte und die Kirchen und Leber für die IG Bau weitgehende Regelungen forderten, wurden 1965 auch tarifliche Regelungen in die Förderung aufgenommen. Freilich war aus der christdemokratischen Ar-

beitnehmer-Kapitalbeteiligung eine bescheidene Sparförderung geworden.

Die sozial-liberale Koalition dehnte 1970 die Förderung auf jährlich 624 DM aus und beschneit dann elf Jahre später die staatliche Förderung stark. Die Kohl-Regierung erweiterte 1983 den Förderungsbetrag auf 936 DM, wobei die Anlage im „eigenen“ Unternehmen bzw. ab 1986 auch in einer Kapitalanlagegesellschaft Voraussetzung wurde. Aus dem „Volkskapitalismus“ der Erfinder des Investivlohns, aus den „Arbeitnehmern als Mit Eigentümern mit Stimmrecht“ usw. ist mit alldem freilich nichts geworden. Man könnte deshalb meinen, daß der neuerliche Vorstoß sich bald totläuft.

Das muß aber nicht unbedingt der Fall sein. Die Investivlohnpolitiker plazieren ihren Vorstoß in eine veränderte Lage, was sich auch in den Begründungen widerspiegelt.

### Angriff auf das Tariflohnwesen

Der Solidarität mit dem Osten soll der Investivlohn dienen, indem einbehalten Lohn den Unternehmen bzw. Fonds für Ostinvestitionen zur Verfügung gestellt wird. Gerade die Kirchen werden dafür werben. Der Augenschein zeigt aber: Die niedrigen Investitionen in Produktionsstätten im Osten sind nicht finanziell bedingt. Zusätzliche Kapitalmittel würden eher in die Expansion im EG-Binnenmarkt oder in andere Länder fließen. Mit dem Verzicht auf ausgezahlten Lohn würde am Ende aggressive Wirtschaftsexpansion gefördert.

Kapital im Besitz breiter Bevölkerungsschichten (Leber) soll verteilungspolitische Fehlentwicklungen korrigieren. Dieses Motto richtet sich an die Gewerkschaften und greift das gewerkschaftliche Argument von der sinkenden Lohnquote auf. Die gewerkschaftliche Tarifpolitik habe das Sinken der Lohnquote nicht verhindern können. Deshalb müßten jetzt zu Lohn und Gehalt Einkünfte aus Kapitalbesitz hinzukommen, um die soziale Stellung der Arbeitnehmer zu stärken. Leber verweist auf die „Phase der privaten Vermögensbildung“, die im Gange sei und von den Gewerkschaften verschlafen werde. (1) Privates Vermögen wurde und wird im Westen auf Kosten des Ostens gebildet. Leber und andere locken die Gewerkschaften, hier auch auf Kosten des Ostens einen Schnitt zu versuchen.

Der Investivlohn dämpfe die Inflation, indem er den Konsum und damit die Nachfrage reduziere. Die niedrigere Inflation stärke die Sparguthaben. Außerdem könnte die Regierung den Investivlohn steuerlich attraktiv gestalten, so daß ein Teil der Einkommen der Steuerprogression entzogen würde. Mit dieser

Aussicht locken die Investivlohnpolitiker dort, wo das Einkommen die Lebenshaltungskosten deutlich übersteigt. In diesen Einkommensbereichen würde der Investivlohn wohl weniger als „Zwangssparen“ empfunden, wie es in den unteren Einkommensbereichen, bei den Haushalten mit starker Verschuldung usw., zweifellos der Fall wäre.

Der Investivlohn soll einen Keil zwischen die besser verdienenden Lohnabhängigen und die gewerkschaftliche Tarifpolitik treiben und ständische Kräfte in den Betrieben fördern. Es ist kein Zufall, daß gerade die DAG schon in der letzten Tarifbewegung mit Gesamtmetall über Investivlohn verhandelt hat. Auch die sog. „Unabhängigen“ in den Betrieben und Betriebsräten werden nach diesem Köder schnappen.

Die Flexibilisierung und Deregulierung des Tariflohnwesens wird sich als Kern des neuerlichen Vorstoßes für den Investivlohn herausstellen. Aus Blüms Begründung scheint diese Absicht hervor: „Das Modell der Öffnungsklauseln nach oben hält Blüm auch in Westdeutschland für geeignet, damit die Arbeitnehmer an Erträgen, die besser ausfallen, als im Tarifvertrag unterstellt, beteiligt werden könnten. Der Minister ist überzeugt, daß die Tarifpartner die Verhandlungen dann umso entspannter führen könnten, weil sich mehr Spielräume für den notwendigen Kompromiß ergäben. „Je mehr“ hingegen der Tarifvertrag selbst das letzte Wort ist, um so mehr stehen die Gewerkschaften unter dem Zwang, das Letzte herauszuholen.“ (2)

Beteiligung an Erträgen, entspannte Tarifverhandlungen, der Tarifvertrag nicht mehr das letzte Wort, im Tarif nicht mehr das Letzte rausholen — die scheinbar unverdächtige „Öffnung nach oben“ durch Investivlohn entpuppt sich als schweres Geschütz gegen das Tariflohnwesen selber. Ein so zurückgestutzter Lohnarbeitsvertrag würde das garantierte Mindesteinkommen senken und die faktische Lohnbildung noch stärker auf die betriebliche oder sogar persönliche Ebene verlagern.

Mit der „Tarifreform 2000“ will die IG Metall das Tarifwesen, das an mancherlei Punkten in eine Krise gekommen ist, neu stabilisieren. Der Investivlohn ist umgekehrt der Versuch, das Tarifwesen nachhaltig zu erschüttern. Die gewerkschaftliche Strategie- und Forderungsdiskussion in diesem Herbst wird nicht nur die Lohnforderungen des Jahres 1992 und die Forderungen der Tarifreform 2000 samt Begründung erörtern müssen, sondern auch eine tragfähige Kritik des Investivlohns.

Quellenhinweis: (1) Katholische Nachrichtenagentur 17.5.91; (2) HB 19.8. — (rok/AGM)

## Internationale Umschau



Entsprechend dem UNO-Plan trat am 6.9. in der Westsahara ein Waffenstillstand zwischen der marokkanischen Besatzungsmacht und der Befreiungsbewegung Frente Polisario in Kraft, der ein für Januar 1992 vereinbartes Referendum über die Zukunft der Westsahara ermöglichen soll. Wieder einmal versuchte Marokko jedoch, vollendete Tatsachen zu schaffen. Ende August zerstörte die marokkanische Armee in einer Großoffensive mehrere Oasenortschaften, die von der Befreiungsbewegung kontrolliert wurden und die als Wahlzentren für die saharische Bevölkerung vorgesehen waren. Der Kommandeur einer der dem Erdboden gleichgemachten Ortschaften erklärte dazu: „Die Wahlzentren in den befreiten Gebieten sollten zerstört werden, damit alle Sahauris gezwungen sind, zum Wählen in das nördliche, von Marokko beherrschte Gebiet zu gehen.“ (Bild: Kämpfer der FPOLISARIO) — (scc)

## Siedler-Verfassung: Apartheid per Wahlrecht zementieren

Die Nationale Partei Südafrikas versucht mit Tricks und Schlichen, die Macht der Siedler zu erhalten. Der von ihr vorgelegte „Verfassungsentwurf“ soll dazu nützen, den Nutznießern der Apartheid, den großen Konzernen aus den imperialistischen Ländern, neue Scheinbeweise für „Demokratisierung“ zu liefern. Die Befreiungsbewegung wird dies nicht hinnehmen. Sie fordert Wahlrecht für alle: „Ein Mensch, eine Stimme“. Die Siedler planen ein „Drei-Klassen-Wahlrecht“. Wer mehr besitzt und mehr Steuern zahlt, soll auch mehr Stimmrecht haben. — (uld)

## Polens Regierung will Sondervollmachten

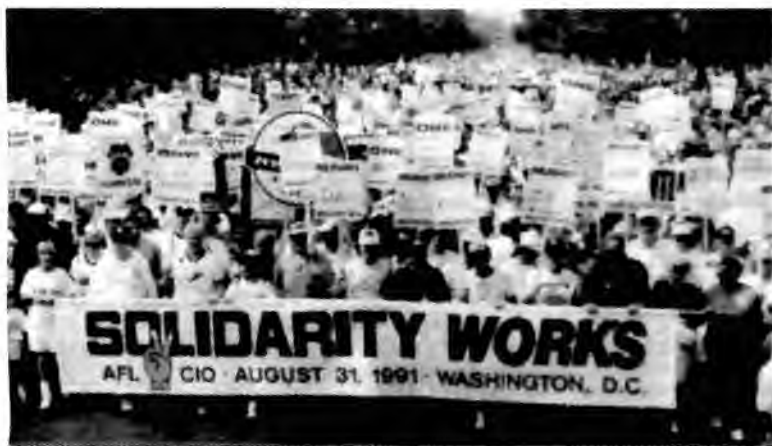
Mit den Sondervollmachten will die Regierung Bielecki ohne Zustimmung des Parlaments den Haushalt 1992 und wirtschaftliche Beschlüsse fassen. Einzelheiten sind noch nicht bekannt, doch hat die Regierung die Unterdrückung von Streiks als eines ihrer Ziele genannt. Die Verfassungsänderung beinhaltet, daß die Regierung nicht mehr vom Parlament gewählt, sondern vom Staatspräsidenten ernannt wird. Bei einem Mißtrauensvotum gegen sie soll Staatspräsident Walesa das Parlament auflösen und Neuwahlen ausschreiben können. Der Staat müsse gegen innere und äußere Krisen gesichert werden, beschrieb der Regierungssprecher den arbeitfeindlichen Notstandskurs der Regierung und des Staatspräsidenten Walesa. Das Parlament berät über die Anträge. — (rül)

## Deutschnationalistische Kampagne in Südtirol

Die Unterstützung der BRD, Österreichs und anderer westlicher Staaten für die Abspaltung der baltischen Staaten bzw. Sloweniens und Kroatiens ermuntert auch die deutschnationalistischen Kräfte in der italienischen Region Trentino-Alto Adige (Südtirol). „Nach den Ereignissen in der UdSSR und Jugoslawien ist auch für uns der Moment erreicht, das Recht auf Selbstbestimmung auszuüben“, erklärte einer der stellvertretenden Vorsitzenden der Südtiroler Volkspartei (SVP), der Abgeordnete Willett. Das traditionelle „Pantiroler Fest“ am 15. September am Brenner soll danach der Auftakt für eine Kampagne für „Selbstbestimmung“ und „Rückgabe“ an Österreich bilden. Nationalistische Verbände wie die „Schützen“ unterstützen die Kampagne. Die Führung der SVP spricht sich zwar bisher gegen die Lostrennung von Italien und für die Autonomie innerhalb Italiens aus (Trentino-Alto Adige ist in der Folge einer Übereinkunft zwischen Italien und Österreich von 1946 innerhalb des italienischen Staats eine autonome Region, Bolzano und Trento sind autonome Provinzen). Sie droht gleichzeitig mit der offenen Unterstützung der großdeutscheseparatistischen Kampagne, falls das italienische Parlament nicht bis zum nächsten SVP-Parteitag im November weitere Sonderrechte für die Deutschsprachigen verabschiedet. — (rok)

## Wird „Königsberg“ wieder deutsche Kolonie?

„Deutsche nach Königsberg“, lautete die Schlagzeile des *Hamburger Abendblattes* am 9.9. Der Leningrader Bürgermeister habe die sowjetischen Bürger deutscher Abstammung zur Umsiedlung nach Kaliningrad, dem früheren Königsberg, aufgefordert. Tage vorher war bereits in der *Frankfurter Allgemeinen* zu lesen, daß die russische Regierung wemöglich bis zu 200 000 „Deutschen“ die Ansiedlung im „nördlichen Ostpreußen“, wie die Gegend hierzulande wieder besitzergreifend genannt wird, erlauben werde. 870 000 Einwohner zählt die Region, die durch die Lostrennung der baltischen Republiken vom sowjetischen Territorium abgetrennt wurde. Etwa 5 000 sowjetische „Deutsche“ sind in den beiden letzten Jahren bereits dorthin gezogen. Die Zuwanderung von weiteren Zehntausenden wird die Lage qualitativ verändern. Mit deutschen Menschen und deutschem Kapital unter deutschem Schutz kann die Region sehr schnell wieder zum vorgeschobenen Posten deutscher Ostkolonisation werden. „Wie ihre Vorfahren, die vor siebenhundert Jahren unter dem Banner der Hanse ... das vom Deutschen Ritterorden christianisierte und dem Stamme der Pruzzen entrissene Land am Pregel zum Handelsstützpunkt machten“, so sei auch jetzt eine hanseatische Wirtschaftsdelegation in „Königsberg“ von Pioniergeist beseelt. Man prüft, wie von der künftigen Freihandelszone aus die Ausbeutung der reichhaltigen Rohstoffe auf der Halbinsel Kola in Angriff genommen und optimale Bedingungen für Kapitalexpert geschaffen werden können: „Ein Standort, der Arbeitskräfte bereithält, die bei einem Facharbeiterlohn von derzeit sechshundert Rubel (das sind ... gut 33 Mark monatlich) nach der Installation moderner Ausrüstung auch gute Arbeit zu leisten vermögen, der macht begehrt.“ (FAZ, 2.9.) — (scc)



300 000 Menschen demonstrierten am 31. August in Washington gegen die Haushaltspolitik, Bildungs- und Sozialpolitik der Regierung Bush und gegen die Angriffe der US-Konzerne auf den Lebensstandard der Lohnabhängigen. Zum diesjährigen „Solidaritätstag 1991“, den die Gewerkschaften seit zehn Jahren veranstalten, d.h. seit dem Antritt der Regierung Reagan, hatten der US-Gewerkschaftsbund AFL-CIO und 181 weitere Organisationen aufgerufen. Der AFL-CIO forderte u.a. eine Verschärfung der Arbeitsschutzvorschriften, Streikrecht, mehr Hilfen für arme Familien und Kranke, Verbesserung der Kranken- und Rentenversicherung, Anhebung der Ausgaben im Bildungsbereich, Verabschiedung eines Bürgerrechtsgesetzes, das u.a. die gleiche Entlohnung von Frauen sicherstellen soll, und eine Verbesserung der Situation im Wohnungsbereich. — (rül)

## Litauen rehabilitiert Kriegsverbrecher und Kollaborateure

Berichte der *New York Times*. Litauen habe Urteile gegen Kriegsverbrecher und Kollaborateure mit dem deutschen Faschismus ohne Prüfung aufgehoben und den Betroffenen das Recht auf Schadensersatz zugesprochen, versuchte Präsident Landsbergis mit dem Hinweis auf eine „KGB-Desinformationskampagne“ abzutun. Tatsächlich jedoch bestätigt die litauische Staatsanwaltschaft lt. *taz* vom 9.9., 22 000 Urteile aufgehoben zu haben. Die Urteile der sowjetischen Gerichte seien rechtswidrig. — Beim Ausplünderungs- und Ausrottungsfeldzug gegen die Sowjetunion hatte sich das faschistische Deutsche Reich — die jahrhundertlange deutsche Ostkolonisation hatte im Baltikum eine deutsche herrschende Klasse herausgebildet — auf Gruppen in der baltischen Bevölkerung stützen können. Zehntausende Balten versprachen sich durch Dienst bei der SS Aufstieg und Teilhabe; viele wurden in Kriegsverbrechen verstrickt. Zu denen, die jetzt rehabilitiert wurden, zählen auch solche, die Massenmorde gestanden haben. Damit nicht genug. Während eines Gesprächs mit Gauweiler forderte Landsbergis die Einsetzung eines Internationalen Gerichtshofes nach Art des Nürnberger Tribunals zur Verurteilung der „sowjetischen Gulag-Verbrechen“. Gauweiler wird's ihm gedankt haben, werden doch auf diese Weise nicht nur litauische Kollaborateure und Kriegsverbrecher, sondern der deutsche Faschismus selbst relativiert und rehabilitiert. — (scc)

## Mexiko: Politische Gefangene beendeten Hungerstreik

Wie berichtet, hatten über 300 politische Gefangene in Mexiko am 1. Juni einen Hungerstreik begonnen. Dieser Hungerstreik, der in sieben Teilstaaten geführt und von der Nationalen Koordination der politischen Gefangenen in Mexiko initiiert worden ist, wurde, wie uns inzwischen bekannt wurde, Mitte Juli beendet. Der Hungerstreik war eine Protestaktion gegen die Korruption, die unmenschlichen Haftbedingungen, die Folter im mexikanischen Knastsystem und gegen die Unregelmäßigkeiten in den juristischen Verfahren. Konkret forderten die Gefangenen die sofortige und bedingungslose Freilassung von Dr. Felipe Martinez Soriano; totale und bedingungslose Amnestie aller 10 000 politischen Gefangenen, die es im Land gibt; uneingeschränkter Respekt der Menschenrechte aller Gefangener in Mexiko — ca. 87 000 in 465 Knästen. Mit dem Streik erreichten die Gefangenen, daß in verschiedenen nationalen und internationalen Medien über sie und allgemein die Knastsituation in Mexiko berichtet wurde, ferner die konkrete Freilassung von 463 politischen Gefangenen und Verhandlungen mit dem staatlichen Büro für Menschenrechte. Weiter gab es viel an Solidarität außerhalb der Knastmauern, Besetzungen, Sitzstreiks, Demonstrationen, Solidaritätstelegramme usw. Und was auch ganz wichtig ist, daß sich innerhalb der Gefängnisse viele der sogenannten sozialen Gefangenen solidarisierten, mit Sitzstreiks im Knast von ein oder zwei Stunden, und in der Folge in einigen Knästen Selbsthilfeorganisationen gründeten — Comites de los Internos. — (nach: Angehörigen-Info Nr. 75)

## UdSSR: Vorläufige Verständigung

Vor dem Winter zeichnet sich prekäre Versorgungslage ab

Vor dem völligen Zerfall der Sowjetunion, der in der De-facto-Außerkräftsetzung der sowjetischen Verfassung, in der Unabhängigkeitserklärung von inzwischen elf Republiken und in den russischen Grenzrevisionsansprüchen aufschien, hat der Volksdeputiertenkongreß am 5.9. Beschlüsse gefaßt, die die Beziehungen zwischen den Republiken neu gestalten sollen. U.a. soll ein neuer Vertrag über die „Union Souveräner Staaten“ ausgearbeitet werden, in dem jede Republik die Form ihrer Teilnahme an der Union selbständig bestimmen kann. Bis zu einer neuen Verfassung sollen neue Übergangsorgane die alten Staatsorgane ablösen. Danach setzt sich der Oberste Sowjet zukünftig aus zwei Kammern zusammen: dem Rat der Republiken und dem Unionsrat. Die neue Exekutive, der Staatsrat, setzt sich aus den Präsidenten der UdSSR und der Republiken, die verbleiben wollen, zusammen. Der Staatsrat leitet die Außen- und Innenpolitik „im gemeinsamen Interesse der Republiken“. Diese bilden weiterhin ein Wirtschaftskomitee, das die Wirtschaft koordinieren soll.

Die Beschlüsse kamen zustande, weil Rußland, die Ukraine, Weißrußland und Kasachstan sich — nach der zumindest vorläufigen Abwehr der russischen Grenzrevisionsansprüche — einigten und die schon in den letzten Monaten erkennbare Blockbildung vorantrieben.

Im März bereits hatte der usbekische Präsident einen zwischen ihnen abgeschlossenen Bündnisvertrag als Versuch, der größeren und stärkeren Republik charakterisiert, den weniger entwickelten Republiken ihre Bedingungen aufzuzwingen. (Zeit, 8.3.91)

Das größte akute Problem ist die Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung. Die Getreideernte wird unter dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre und nach Aussagen des Landwirtschaftsministeriums um ein Drittel unter der Ernte von 1990 liegen. Hauptursache ist, daß die Raffinerien in Rußland ihre Lieferverträge mit den getreideproduzierenden Regionen in Rußland, der Ukraine, Weißrußland und Kasachstan nicht eingehalten haben. Äußerst negativ wirkt sich auch aus, daß der Staat im letzten Jahr seine Zusagen, einen Teil des Getreides mit dringend benötigten Maschinen und Ersatzteilen zu zahlen, zu großen Teilen nicht eingehalten hat. So hat z.B. der Bezirk Kirowograd überplanmäßig 100 000t Weizen und 15 000t Sonnenblumenkerne abgegeben, wartet aber bis heute auf die Lieferung der zugesagten Güter. Die Stadt Moskau hat inzwischen eine Außerordentliche Kommission für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln gebildet. Ob das die gestörten Beziehungen zwischen Stadt und Land wiederherstellen kann, ist mehr als fraglich. — (scc)

## Indien: Hungern für neue Kredite?

Der indische Ministerpräsident Rao war zu Besuch in Bonn

Der Leiter der indischen Wirtschaftsdelegation, die zur Zeit im Gefolge des Ministerpräsidenten Rao auf Einladung der Bundesregierung die Bundesrepublik besucht, sprach anläßlich einer Informationsveranstaltung der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Narayanan Vaghul stellte fest, daß ausländische Banken und Institutionen ihr Vertrauen in Indien aufgrund der politischen und sozialen Instabilitäten in den vergangenen Monaten verloren hätten.

Vor dem Hintergrund der Millionenmassen, die in Indien unterhalb der absoluten Armutsgrenze leben, zeigt allerdings die Äußerung, Indien würde „ehern hungern“, als seine Zahlungsziele auch nur um 24 Stunden zu überziehen, daß die indische Führung eine massive Verschuldung fest im Programm hat. Obwohl die BRD inzwischen innerhalb der EG zum ersten Außenhandelspartner gediehen ist, hielten sich die Verlautbarungen anläßlich des Besuchs des indischen Premiers bemerkenswert zurück. „Investitionshemmnisse beseitigen“ war das immer wiederkehrende Zauberwort bei den Gesprächen der Regierung. Konzerne und Banken mit Rao. Dieser versprach, die Bearbeitungszeit für Ge-

nehmungen von bislang 36 auf weniger als sechs Monate zu verkürzen.

Die noch unter Rajiv Gandhi auf eine minimale Absicherung der ungeheuren Kreditsummen angelegte Politik scheint vorüber zu sein. Mitte September wird der Internationale Währungsfond über einen neuen Zahlungsbilanzkredit an Indien über 620 Millionen US-Dollar entschieden. Damit beliefen sich die Kredite auf 1,9 Milliarden US-Dollar. Außerdem will der IWF einen weiteren Kredit über 2,2 Milliarden US-Dollar bewilligen. Dieser Kredit ist an eine drastische Rückführung des Staatsdefizits und an „erste Erfolge bei der Umstrukturierung der indischen Wirtschaft“ (Handelsblatt, 6.9.91) geknüpft.

Die BRD hakt sich mit einem Abkommen über 381 Millionen DM Kapitalhilfe und mit einem „Hilfeabkommen“ über 550 Millionen DM für das laufende Jahr voll in diese Entwicklung ein. So trägt sie auch hier die Mitverantwortung, wenn die Zahl der Landlosen und Kinderarbeiter steigt und sich Hunger und Elend in kommunalistischen Konflikten entladen.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 6.9.1991 — (cog)

## Initiative gegen Flüchtlinge

Bürgerliche planen weitreichende Angriffe auf Asylrecht

Unter Asylbewerbern, deren Flucht in der Schweiz endete, geht die Angst um: kaum eine Woche vergeht gegenwärtig, ohne daß nicht Flüchtlingsheime gebrannt oder Überfälle auf Asylsuchende stattgefunden haben. Bei den Tätern handelt es sich, schenkt man Polizei und Medien Glauben, in den meisten Fällen um Jugendliche, die sich von rechten Stammtischparolen inspirieren ließen.

Das ist jedoch nur die halbe Wahrheit. Tatsächlich tragen die bürgerlichen Parteien, aus denen jetzt viel Besorgnis geäußert wird, die Hauptverantwortung für das Klima der Ausländerfeindlichkeit. Seit Jahren reden von der konservativen Volkspartei (SVP) bis zur wirtschaftsliberalen FDP — kräftig angespornt von der faschistischen Nationalen Aktion (inzwischen „Schweizer Demokraten“) — alle bürgerlichen Parteien von der angeblichen „Asylantenflut“, die die Schweiz überschwemme.

Als beispielhaft für die Position dieser Kräfte kann eine Anfang September vom Aargauer Kantonsparlament beschlossene „Standesinitiative zur Asylpolitik“ gelten. Danach sollen landesweit folgende Regelungen Gesetz werden: Jeder Asylbewerber wird sofort nach Erhalt der Ablehnung seines Asylantrags in Ab-

schiebungshaft genommen; Asylverfahren werden auf der Stelle abgebrochen, „wenn gegen einen Gesuchsteller begründete Klagen über sein Verhalten vorliegen“; alle illegal Eingereisten werden sofort abgeschoben; Arbeitgeber, die Flüchtlinge beschäftigen, müssen deren Einkommen direkt den Bundesbehörden überweisen, die damit Entwicklungshilfeprojekte finanzieren. Schließlich sollen künftig jährlich nicht mehr als 36 000 Asylsuchende aufgenommen werden. Für diese Forderungen haben FDP, SVP, „Autopartei“, „Schweizer Demokraten“ und CVP (Christliche Volkspartei) votiert.

Während solch rassistische Vorlagen vorangetrieben werden, zögert die Regierung (der Bundesrat) die von der Asylbewegung geforderte Verabschiedung eines Anti-Rassismus-Gesetzes immer wieder hinaus. Schon vor 20 Jahren versprach der Bundesrat den Beitritt zur Anti-Rassismus-Konvention der UNO. Erst vor zwei Jahren jedoch ging ein Gesetzesentwurf gegen Rassismus in die parlamentarische Beratung. Schon 1990 hätten die Ergebnisse dem Parlament vorgelegt werden müssen. Bis heute ist dies nicht geschehen.

Quelle: WoZ Nr. 34/36 — (jüg)



## Internationale Nahostkonferenz als Fortsetzung der Camp-David-Politik

Das palästinensische Volk als Opfer der „neuen Weltordnung“?

Der rechte Flügel der israelischen Regierungskoalition versucht nach wie vor auf allen Mitteln, Verhandlungen zu verhindern. Als Sprachrohr dieser Fraktion fungiert der von Ministerpräsident Shamir zum Minister beförderte Rechts-Extremist Yuval Neeman, der sich im israelischen Kabinett für die Verschleppung der Konferenz ausspricht. „bis die Lage in der Sowjetunion klarer ist“. Die kräftige Unterstützung erhielt er dabei von seinem Kabinettskollegen Rehavam Zeevi von der ultra-rechten Moleket-Partei, die sich die gewaltsame Verdrängung (zionistische Sprachregelung: „Transfer“) aller Palästinenser aus Rest-Palästina (den 1967 besetzten Gebieten) auf ihre Fahnen geschrieben hat. Währenddessen bereitet sich die zionistische Administration auf ihre Weise auf eine möglicherweise stattfindende Konferenz vor: mit noch größerem Tempo wird die widerrechtliche Besiedelung der 1967 besetzten Gebiete vorangetrieben. Die Sektion der Internationalen Juristenkommission in den besetzten Gebieten, Al-Haq, veröffentlich-

Wenn in den letzten Wochen in den bürgerlichen Medien von Palästina und den Palästinensern die Rede ist, so fast nur noch im Zusammenhang mit der Zusammensetzung einer palästinensischen Delegation bei der für den nächsten Monat angepeilten „Nahost-Konferenz“, die inzwischen

Jerusalem seit Anfang 1990 monatlich mehr als tausend Auswanderer aus der UdSSR angesiedelt. Als finanzieller Anreiz dienen Steuerermäßigungen und die fast kostenlose Überlassung von Häusern, die z.T. mithilfe von Geldern aus den USA errichtet werden.

Daß der zionistische Staat überhaupt bereit war, über Verhandlungen zu verhandeln, hat nichts mit Zugeständnissen an das palästinensische Volk zu tun. Der

Abstinenz in Sachen Palästina zu üben, um auf diese Weise die von Israel okkupierten Golan-Höhen zurückzuerhalten; zweitens ist es fraglich, ob sich in der von fundamentalistischen Fanatikern durchsetzten israelischen Regierung eine solche Maßnahme überhaupt durchsetzen ließe.

Fest steht jedenfalls, daß ohne die syrische Bereitschaft, mit Vertretern des zionistischen Staates ins Gespräch zu

etwas bescheidener auch „regionale Friedenskonferenz“ genannt wird. Die Chancen für die Durchführung dieser von den USA und der Sowjetunion ausgerichteten Konferenz stehen auch nach dem Scheitern des Moskauer Putschversuches nicht sehr günstig.

sich u.a. in der Suche nach einer „Nicht-PLO“ als Verhandlungsteilnehmer aus, obwohl klar ist, daß eine solche „Alternative“ nicht existiert. Die israelische Regierung besteht nach wie vor darauf, für jeden palästinensischen Teilnehmer ein Genehmigungsrecht zu beanspruchen; dahinter steckt die eindeutige Absicht, dem palästinensischen Volk sein Recht auf Selbstbestimmung abzusprechen. Das Tausziehen um die Teilnahme von in Ostjerusalem wohnhaften Palästinensern widerlegt die These vom US-amerikanischen „Druck auf Israel“. Im Gegenteil: die israelische Führung übt Druck auf die USA aus, die bislang international verurteilte zionistische Annexion Ostjerusalems endlich zu akzeptieren. Die israelische Regierung möchte ganz offensichtlich nicht nur die Vorbedingungen diktieren (in ihrer eigenen Sprache heißt das: „Wir lehnen alle Vorbedingungen ab, die die Verhandlungen präjudizieren könnten“), sondern auch die Tagesordnung bestimmen.

Die immer wieder beschworene Resolution 242 legt einen ganz bestimmten zeitlichen Ablauf für einen Friedensprozeß fest: dem Abzug aus den besetzten Gebieten soll die Beendigung des Kriegszustandes folgen. Da es seit 24 Jahren keine Anzeichen für eine israelische Rückzugsabsicht gibt, wäre es für die Palästinenser und die arabischen Staaten umso wichtiger, das Verhandlungsziel einigermaßen zu umreißen. Stattdessen bieten einige wichtige arabische Staaten — allen voran Ägypten — den Verzicht auf den Wirtschaftsboykott gegen Israel an, falls die aggressive zionistische Siedlungspolitik gestoppt wird. Der Wirtschaftsboykott ist jedoch ein nach wie vor legales Mittel, der aus dem noch offiziell bestehenden Kriegszustand resultiert, während die Errichtung von Siedlungen in besetzten Gebieten eindeutig gegen das Völkerrecht verstößt. Hier zeigt sich die Schwäche der arabischen Verhandlungsposition und die „Narrenfreiheit“, die Israel genießt. Nachdem der ägyptische Vorstoß auf dem Londoner Weltwirtschaftsgipfel aufgegriffen wurde, machten sich die Zionisten daran, das Tempo der Sied-

lungskampagne in den besetzten Gebieten noch zu beschleunigen und verurteilten den Wirtschaftsboykott zugleich als „unmoralisch“. Mit ihrer großzügigen Bereitschaft zu Zugeständnissen legen die arabischen Regierungen die letzten politischen Waffen nieder, über die sie noch gegen den zionistischen Expansionsismus im Nahen Osten verfügen, und fallen zugleich den Palästinensern in den Rücken. Sie haben eine „Regionalkonferenz“ statt einer Internationalen Konferenz akzeptiert und sie haben es hingegeben, daß die UNO bei einer solchen Konferenz nur symbolisch vertreten sein soll. Sie nehmen eine politische Haltung ein, die darauf hinausläuft, daß in wenigen Jahren nichts mehr zum Verhandeln übrig bleibt.

Noch vor einem Jahr wurde der stauenden Weltöffentlichkeit die UNO, oder genauer gesagt, der UN-Sicherheitsrat, als wiederauferstandener Hauptakteur zur Vollstreckung des Völkerrechts präsentiert. Die UN-Resolutionen zur Golfkrise dienten als rechtliche Grundlage für einen der grausamsten Terrorangriffe gegen eine Zivilbevölkerung seit den Tagen von Hiroshima, der uns als internationaler Feldzug zur Durchsetzung von Recht und Ordnung gegen den Despoten Saddam Hussein verkauft wurde. Obwohl jeder Zusammenhang zwischen der Besetzung kuwaitischen Gebiets durch Irak und der Besetzung palästinensischen Gebiets durch Israel kategorisch zurückgewiesen wurde, wurde doch in Aussicht gestellt, daß anschließend eine Lösung der Palästinafrage auf der Grundlage der früheren Resolutionen des UN-Sicherheitsrates in Angriff genommen werden solle. Kernstück dieser Resolutionen ist die Resolution 242 vom November 1967. Sie wurde früher von der PLO und auch von der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung hier bei uns wegen der Reduzierung der Palästinafrage auf ein Flüchtlingsproblem als unzureichend abgelehnt. Inzwischen wird sie — u.a. wohl wegen der fortschreitenden Annexionierung der besetzten Gebiete — von der PLO akzeptiert. Sie beinhaltet zwei wichtige Forderungen: 1. die Unzulässigkeit, Territorium durch Kriege zu erobern, und 2. den militärischen Rückzug aus den besetzten Gebieten. Beides waren auch Hauptforderungen im Falle Kuwait und sie wurden sofort militärisch durchgesetzt. Mit der nun erfolgten Ausblendung der UN aus dem nahöstlichen Geschehen gelten sie für Palästina nur noch als Vorschläge, über deren Bedeutung noch verhandelt werden muß. Wie vorauszusehen war, werden je nach politischem Zusammenhang unterschiedliche Spielregeln angewendet. Der Imperialismus hat sein Spielzeug UNO wieder in die Schublade zurückgepackt. — (hel)



te im August einen neuen Bericht über die zionistische Siedlungspolitik. Darin heißt es: „Al-Haq ist betroffen über die Geschwindigkeit, mit der Israel Land an sich bringt und die Siedlungspolitik vorantreibt ... Diese Politik und Praxis stellt eine Bedrohung für das Wohl der palästinensischen Bevölkerung und eine noch größere Bedrohung für die langfristige Lösung des palästinensisch-israelischen Konflikts dar.“

Aus dem Bericht geht hervor, daß mittlerweile 231.000 Juden auf arabischem Land angesiedelt wurden; davon 104.000 in der Westbank und im Gazastreifen und 127.000 im annektierten Ostjerusalem. Trotz internationaler Verurteilungen dieser Politik der Schaffung von Fakten wurden allein in Ost-Je-

israelischen Führung geht es vielmehr darum, eine kaum noch erwartete Chance nicht zu verpassen, die sich durch das tatsächliche oder vermeintliche Ausweichen des syrischen Präsidenten Assad aus der Front der Camp-David-Gegner heute erneut auftut.

Dies wäre ein später Sieg Israels und der USA in den Bemühungen, alle wichtigen arabischen Regimes durch Separatabkommen von der Forderung nach einer gerechten Lösung des Palästina-Problems abzubringen, um so gegen das palästinensische Volk ein „Autonomie“-Diktat durchsetzen zu können, wie es im Kontext der Camp-David-Pläne schon früher diskutiert wurde. Vorerst bleibt jedoch erstens ungewiß, ob die syrische Führung bereit wäre, politische

kommen, das Karussell der Vorgespräche nicht in Schwung gekommen wäre. Die USA sind der syrischen Baath-Führung zudem noch einen Gefallen für deren Parteinahme während des Golfkrieges schuldig. Die genauen Absichten der US-Regierung lassen sich nur erraten: während sie einerseits die Ansicht vertritt, die Resolution 242 des UN-Sicherheitsrats sei gültig für alle Fronten, weigert sie sich andererseits, den völligen Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten als Ziel von Verhandlungen zu benennen. Der Verlauf der Vorbereitungsphase war dadurch gekennzeichnet, daß die arabischen Führungen sich den US-Vorschlägen anpaßten, während die US-Regierung der sturen Haltung der Zionisten entgegenkam. Dies drückt

## Verfassungsdiskussion in Italien

Bürgerliche wollen starken Staat auf Kosten von Parlament und Opposition

Das Referendum vom Juni hat die rechten Bestrebungen nach Verfassungsänderungen angestachelt. Damals war die Zahl der Vorzugsstimmen bei der Parlamentswahl von vier auf eine reduziert worden. Die Möglichkeit, gezielt bestimmte Kandidaten zu wählen, wurde damit eingeschränkt — keine demokratische Maßnahme. Damals war klar, daß weitgehende institutionelle Veränderungen im Hintergrund stehen.

Schon seit der ersten Hälfte der 80er Jahre dauert die Auseinandersetzung um die Änderung der Verfassung von 1947/48 an, die unter dem Eindruck des Kampfs gegen den Faschismus zustande gekommen war. Inzwischen drängen maßgebliche Kräfte, u.a. der Fiat-Chef Agnelli, auf Entscheidungen. Im Mittelpunkt der Begründungen steht zumeist die Einrichtung des EG-Binnenmarkts zum Jahreswechsel 1992/93. Ohne einschneidende politische Veränderungen könne sich Italien nicht behaupten. Die angebliche „Unregierbarkeit“ Italiens müsse überwunden und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Landes gestärkt werden. Diese Diskussion nimmt zu, seitdem die italienische Industrie seit Monaten eine Rezession verzeichnet und führende Konzerne wie Fiat und Olivetti Marktanteile an die ausländische Konkurrenz verlieren.

Die Verfassungsdebatte betrifft vor allem die Staatsform und das Wahlrecht zum Parlament. Ein Teil des bürgerlichen Lagers verlangt die Umwandlung Italiens zu einer Präsidialrepublik mit

einem Staatspräsidenten mit großer Machtfülle. Das steht im Widerspruch zur geltenden Verfassung, die nach der Abschaffung der Monarchie 1946 den Staatspräsidenten in seinen Befugnissen beschränkt hat. Ein Staatspräsident mit weitreichenden Vollmachten wie der Ernennung der Regierung, der Bestimmung der Innen- und Außenpolitik usw. soll und würde vor allem die Rolle des Parlaments einschränken.

Dieses Konzept wird vor allem vom derzeitigen Staatspräsidenten Cossiga (Mitglied der Christdemokratischen Partei) und von der Sozialistischen Partei (PSI) mit dem Vorsitzenden Craxi getragen. Es wird darüberhinaus unterstützt von den rechten Ligen (Lega Lombarda) im Norden, die in manchen Regionen die zweitstärkste politische Kraft bei Wahlen geworden sind, und von der faschistischen Partei MSI.

Der Angriff auf das parlamentarische Element der Verfassung ist von einem Trommelfeuer der Polemik gegen die Verfassung und verschiedene Einrichtungen flankiert. Besonders der Staatspräsident benutzt seit Monaten sein Amt, um immer wieder dem Parlament die Auflösung anzudrohen, in Selbstverwaltungsorgane der Justiz einzugreifen, die Medien zurechtzuweisen usw. Der Fragestellung der Verfassung dient auch die Rehabilitierung der faschistischen Kräfte. Die Verfassung bestimmt: „Die Reorganisation der aufgelösten Faschistischen Partei ist in jeglicher Form verboten“. Diese Bestimmung

wurde auf den MSI nicht angewandt, obwohl er offen die Faschistische Partei fortführt. Dennoch galt der MSI immer als geächtet und außerhalb des Rahmens der Verfassung. Nun hat Cossiga vor einigen Wochen in einem Grußschreiben an das nationale Parteifest des MSI diese Kritik am MSI zurückgewiesen und die Partei unter die Parteien des Verfassungsrahmens eingereiht.

Die zweite Gruppe von Verfassungsänderungen betrifft das Wahlrecht zum Parlament. Die Christdemokratische Partei (DC) fordert, daß für „mehr Stabilität“ die stärkste Partei im Parlament automatisch einen Bonus in Form von zusätzlichen Parlamentssitzen erhalten soll. Damit würden die parlamentarischen Kräfteverhältnisse weitgehend von den sozialen Verhältnissen und Stimmergebnissen gelöst. Praktisch ist das Vorhaben ein Versuch der Christdemokraten, ihre jahrzehntelange Regierungsherrschaft auf Dauer institutionell zu verfestigen und obendrein die kleinen Koalitionspartner zu schwächen.

Dieser Vorstoß hat historische Vorläufer und Parallelen. 1923 hat die Mussolini-Regierung ein „Gesetz Acerbo“ verabschiedet, das der damaligen faschistischen Mehrheitspartei einen automatischen Zuschlag an Parlamentssitzen verschaffte und dem Verbot aller anderen Parteien vorausging. Nach dem Faschismus hat die DC 1952 einen ebensoen Vorstoß unternommen, der jedoch scheiterte und mit dem von den Linken geprägten Begriff Legge truffa

(Betrugsgesetz) in die Geschichte einging.

Es sieht freilich so aus, als ob heute die Demokratische Partei der Linken (PDS, Ex-PCI) gegen diese undemokratische Maßnahme nicht Front machen will. Das mag damit zusammenhängen, daß diese Partei selber eine undemokratische Wahlreform anstrebt, die zur Schwächung oppositioneller Kräfte führen würde. Der PDS will das heutige Verhältniswahlrecht durch ein Mehrheitswahlrecht ersetzen, das in der Tendenz auf ein Zweiparteiensystem hinauslaufen soll. Dem PDS schwebt dabei vor, durch ein Zusammengehen mit der Sozialistischen Partei der zweiten Partei-Enpol gegenüber der Christdemokratischen Partei zu werden. Alle anderen linken oppositionellen Organisationen wie die verbliebenen kommunistischen Kräfte, die im Dezember 1991 eine kommunistische Partei neu gründen wollen, oder die Grünen würden als eigenständige Kräfte brutal aus dem Parlament gedrängt. Auch dieses Konzept ist mit dem derzeitigen Wahlrecht unvereinbar. Ein strenges Verhältniswahlrecht ohne Prozentsperrklausel hat bisher auch kleinere oppositionellen Kräften (wie z.B. Democrazia Proletaria mit seinerzeit 1,7% der Stimmen) den Einzug in das Parlament ermöglicht.

Die Demokratische Partei der Linken will auf diesem Weg die derzeitige Regierungskoalition aufbrechen, mit der Sozialistischen Partei (PSI) zusammenkommen und selber die Regierung stellen. Tatsächlich sind aus den letzten regionalen und kommunalen Wahlen regelmäßig die rechten Kräfte gestärkt hervorgegangen. Der PSI hat auf Kosten von PDS/PCI dazugewonnen und macht keinerlei Anstalten, aus der Regierung auszuscheren.

Noch ist nicht klar, ob bzw. welche dieser Vorhaben die nötigen Mehrheiten finden. Aber der Widerstand dagegen ist schwierig, weil ein Teil der oppositionellen parlamentarischen Kräfte wie geschildert selber mit undemokratischen Bestrebungen verwickelt ist. Die Richtungsgegensätze sind mit den Parteien, die die Veränderungen betreiben, verbunden. Hinzu kommt: Das bürgerliche Lager hat den jetzigen Angriff auf hinderliche Verfassungsbestimmungen auf vielen sozialen und politischen Feldern massiv vorbereitet: Eine zügellose und vielfach noch gültige „Antiterrorgesetzgebung“ aus den 70er Jahren erlaubt dem Staat praktisch alle Unterdrückungsmaßnahmen. Anfang der 80er Jahre wurden Massenentlassungen durchgesetzt unter Bruch des weitgehenden Kündigungsschutzes, einer Errungenschaft aus den Jahren 1969/70. Seit Mitte der 80er Jahre wurde der automatische Teuerungsausgleich Scala mobile, eine der letzten sozialen Errungenschaften der antifaschistischen Politik der Nachkriegszeit, eingeschränkt. Seit Juni 1991 sind nun Verhandlungen zu- gange, in denen der Unternehmerverband den verbliebenen Rest der Scala mobile endgültig loswerden will. Per Gesetz wurde das Streikrecht im öffentlichen Dienst eingeschränkt. Die italienische Beteiligung am Golfkrieg geschah unter offenem Bruch der Verfassung, die nicht nur die Teilnahme an einem Aggressionskrieg verbietet, sondern Krieg als „Mittel zur Lösung internationaler Streitfragen“ generell ächtet.

Diese „Vorarbeiten“ wiegen schwer. Vom Ausgang der sozialen und politischen Auseinandersetzungen der nächsten Zeit wird es abhängen, ob die Mehrheiten für eine Revision der Verfassung verhindert werden können. — (rok)

# Gegen das Vergessen — Berichte vom Antikriegstag

Am 1. September 1939 überfiel Deutschland Polen — Trotz aktueller Ereignisse in Osteuropa war die Beteiligung am Antikriegstag nicht groß

## Köln

Knapp 300 Leute demonstrierten in Köln am 31. August mit Aktionen und Kundgebungen aus Anlaß des Antikriegstages gegen die Kriegsvorbereitungen und die aggressive Machtpolitik der Mächtigen in der Welt und der Bundesrepublik. Unter den Teilnehmern waren viele Frauen und Männer, die in den 30er und 40er Jahren gegen die Nazis gekämpft haben und wegen ihres Widerstands verfolgt wurden, und viele Leute, die in Friedens- und antimilitaristischen Gruppen tätig sind. Nicht gelungen war eine erneute Mobilisierung der Schülerinnen und Schüler, die sich an den Demonstrationen gegen den Golfkrieg beteiligt hatten. Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus einer Kundgebungsrede von Heinz Humbach. Er war Widerstandskämpfer und ist Mitglied der VVN/BdA und der DKP. — (uld)

### Heinz Humbach, Schlußkundgebung

Der Antikriegstag 1991 markiert einen tiefen Einschnitt in der Geschichte. Europa und die Welt befinden sich in einem dramatischen Umbruch. Die jahrzehntelange gültige Nachkriegsordnung, entstanden im Ergebnis des Sieges der Anti-Hitler-Koalition über Nazideutschland, existiert nicht mehr. Die osteuropäischen Länder haben nach dem Scheitern des Versuchs einer sozialistischen Entwicklung noch keinen Ausweg aus der Krise gefunden. Im Vielvölkerstaat Jugoslawien haben Nationalismus und

wirtschaftlicher Egoismus bereits zum Bürgerkrieg geführt. Die einstige Supermacht Sowjetunion hat ihre Macht und ihren Einfluß verloren und befindet sich in einem raschen Zerfallsprozeß ... Wie der Golfkrieg gezeigt hat, werden zumindest regionale Kriege wieder möglich, wenn sie keine Probleme lösen, sondern immer neue schaffen ... Die aktuellen politischen Entwicklungen und Gefahren lassen fast den Anlaß des Antikriegstages, nämlich die Erinnerung und die Mahnung an den Überfall Hitler-Deutschlands auf Polen, der den 2. Weltkrieg auslöste, vergessen ...

In den beiden von Deutschland ausgelösten Weltkriegen ging es um die ökonomischen und territorialen Interessen der deutschen Großindustrie, der Banken, der Großagrarier und Militärs ... Die Herrschenden wollten die Industriekapazitäten der eroberten Länder für sich nutzen. Sie wollten die Kohle und das Erz des Donezbeckens, das Erdöl von Baku und die Kornfelder der Ukraine besitzen. Dafür mußten mehr als 55 Millionen Menschen, darunter auch 7 Millionen Deutsche, ihr Leben lassen. Der 2. Weltkrieg hatte am 1. September 1939 begonnen, der Krieg gegen das eigene Volk schon am 30. Januar 1933. „Ein gemeinsames Interesse der Wirtschaft bestand in der Angst vor dem Bolschewismus und der Hoffnung, daß die Nationalsozialisten — einmal an der Macht — eine beständige politische und wirtschaftliche Grundlage in Deutschland herstellen würden.“ Das erklärte 1945 der Kölner Bankier Kurt Schröder,

der als einer der Hintermänner ... dafür gesorgt hatte, daß Hitler und seinen Nazis die Macht übertragen wurde ...

Die ökonomische und politische Macht ist auch heute in wenigen Händen konzentriert. Nach dem Anschluß der DDR an die Bundesrepublik sind die Herren der Banken und der Industrie mächtiger als je zuvor. Ihr Appetit kommt beim Essen. Die Vorherrschaft in Westeuropa genügt ihnen nicht mehr. Jetzt wollen sie auch den gewinnträchtigen Absatzmarkt Osteuropa, einschließlich der Sowjetunion, beherrschen.

Wenn die Herrschenden von neuer Weltordnung, von Freiheit und Demokratie reden, ist immer Vorsicht angebracht ... Ihnen geht es allein um die Sicherung ihrer ökonomischen Interessen und politischen Macht, um die allseitige und uneingeschränkte Verfügbarkeit über Erdöl und andere Rohstoffe, in aller Welt, um die Beherrschung der Absatzmärkte. Das geht heute vorrangig durch den Einsatz der überlegenen Wirtschaft und Währungskraft, aber notfalls auch mit Kampfflugzeugen und Panzern ... „Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen“ — diese Erkenntnis aus unserer Geschichte genügt heute nicht mehr. Deutschland darf sich nirgendwo militärisch engagieren oder in Konflikte einmischen. Wir lehnen jede Änderung des Grundgesetzes, die militärisches Eingreifen möglich machen soll, ab und wehren uns gegen die Bildung schneller Eingreiftruppen. Waffenexport und Rüstungsproduktion müssen verboten werden.

## Heilbronn

Erstmals fand unter der „Schirmherrschaft“ des DGB dieses Jahr außer einer Gedenkfeier am Vorabend des Antikriegstages ein Friedensmarkt statt. Zu beiden Veranstaltungen wurde mit einem gemeinsamen Aufruf mobilisiert, der im Koordinierungsausschuß der Heilbronner Friedensgruppen erarbeitet wurde und von folgenden Gruppen getragen wurde: DGB, Friedensrat, AStA-Friedensreferat, Friedensinitiativen Heilbronn und Lauffen, ALL, DGB-Frauen, Jusos, Horkheimer Friedenskreis, Naturfreunde, Frida, DFG-VK, Antifa-Bündnis, VVN, Arbeiterwohlfahrt, AK Frieden Neuenstadt, AK Asyl, ai, Heinemann Initiative, Greenpeace und Gesamtelternteil der Kindergärten und Tagheime. Diese breite Aktionseinheit zeigte sich vor allem auf dem Friedensmarkt. Es wurde unter anderem ein Video gezeigt über die Zwangsarbeit bei Heckler und Koch. Des weiteren gab es zahlreiche aktuelle Informationsstände von ai, Antifa-Bündnis, AK Asyl, Greenpeace und anderen. An einer Gedenkfeier von DGB und Heilbronner Friedensgruppen am

1.9.91 nahmen über 100 Leute, vor allem aus dem gewerkschaftlichen Spektrum, teil. Es sprach DGB-Kreisvorsitzender Klaus Rückert. Außer Passagen aus dem offiziellen DGB-Aufruf sprach er unter der Überschrift „Was können wir hier im Stadt- und Landkreis Heilbronn tun?“ folgende Themen an: Friedenszerziehung, alternative Produktionsvorschläge in Rüstungsbetrieben, gegen Kriegsspielzeug an Weihnachten und gegen aufkeimenden Fremdenhaß. Zu Rüstungshaushalt und Bundeswehr äußerte er sich wie folgt: „Unsere Abgeordneten aus dem Unterland müssen bedrängt werden, damit sie sich für das Herunterfahren des Rüstungshaushalts in Deutschland und anderen Nato-Ländern einsetzen. Diese Gelder sind für die ökologische Lebensgrundlagenhaltung, gegen Hunger und anwachsendes Elend in der Dritten Welt einzusetzen. Nur so können neue Flüchtlingsströme vermieden werden. Des weiteren gibt es im eigenen Land soziales Elend, das es zu bekämpfen gilt. Abgeordnete müssen bedrängt werden, damit sie den Einsatz der Bundeswehr außerhalb der vom jetzigen Grundgesetz vorgegebenen Grenzen in jeglicher Form ablehnen.“ — (jom)

## Lüneburg

„Deutsche Ostexpansion damals — ist heute alles friedlicher geworden?“ war die Fragestellung, unter der das Friedensbündnis Lüneburg am 2. September eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Antikriegstag durchführte. Etwa 70 nahmen teil. Prof. Reinhard Kühnl aus Marburg behandelte in seinem Vortrag das Thema sehr interessant und grundsätzlich. Er ging auf die seit der deutschen Reichsgründung durchgängige insbesondere auf Ost- und Südosteuropa gerichtete Expansionsrichtung des deutschen Imperialismus ein. Dabei spielten neben der auf direkte militärische Unterwerfung der osteuropäischen Staaten zielenden Politik schon immer andere Varianten eine Rolle, die im Ziel identisch, diese Staaten in völlige ökonomische Abhängigkeit bringen wollten, wobei ihnen aber das Gefühl einer gewissen staatlichen Eigenständigkeit erhalten bleiben sollte. Insbesondere das von Kühnl zitierte Programm der Männer des „20. Juli“ um Stauffenberg und Gerdeler weist ganz augenscheinliche Parallelen zur heutigen EG-Politik mit Deutschland als Hegemonialmacht

auf. Von dieser Grundlage aus kritisierte Kühnl die heutige Politik der Bundesregierung, die bei der Zerstückelung Jugoslawiens wie auch der UdSSR eine Vorreiterrolle einnimmt, um, wie in Mittelamerika, eine Vielzahl kleinerer der EG vorgelagerter und zum Widerstand gegen die großdeutsche Hegemonialpolitik unfähiger Staaten zu schaffen. Damit sei allerdings keineswegs gesagt, daß mit dem Anschluß der DDR auch die direkte territoriale Ausdehnung der BRD abgeschlossen ist. Zu der Veranstaltung hat das Friedensbündnis Lüneburg mit einem Informationsstand, einem Plakat und einem Flugblatt aufgerufen. In dem Flugblatt wird die systematische, gerade auch in Lüneburg betriebene Destabilisierungspolitik der sog. „Vertriebenenverbände“ gegenüber Polen und den anderen osteuropäischen Staaten kritisiert. Von allen zur Kommunalwahl kandidierenden Parteien wird verlangt, den sog. „Vertriebenenverbänden“ in Lüneburg die Unterstützung zu entziehen und sich eindeutig gegen den Ausbau des „Ostpreussischen Landesmuseums“ sowie gegen die Einrichtung eines Lehrstuhls für „Ostdeutsche historische Landeskunde“ in Lüneburg einzusetzen. — (thr)



München. Trotz Absage des DGB-Kreisvorstandes nahmen 300 Menschen an der Antikriegstag-Demonstration teil. — (ecg)

## ABB: Belegschaft wehrt sich

Demonstration und Arbeitsniederlegungen gegen Kahlschlagpläne

Mannheim. Einen Tag, nachdem die Kahlschlagpläne des Konzerns bekannt wurden, legten am 27. August die Beschäftigten der Produktion von ABB Mannheim-Käfertal geschlossen, zum Teil den ganzen Tag, die Arbeit nieder, ebenso die Schicht, um an einer Protestversammlung des Betriebsrats teilzunehmen. Etwa 2500 Beschäftigte beteiligten sich an der anschließenden Demonstration durch den Mannheimer Vorort Käfertal. Auch Angestellte, jedoch nicht mehrheitlich, waren dabei. Zwei Tage später legten nochmals 2000 Beschäftigte die Arbeit für drei Stunden nieder. Am 3. und 4. September fand eine zweitägige Betriebs-

versammlung mit ca. 4000 Beschäftigten statt. Bis zur Aufsichtsratssitzung am 7. Oktober sollen weitere Aktionen folgen. Der Betriebsrat und die IG Metall im Betrieb lehnen bis jetzt Verhandlungen ab. Doch die Verwaltungsstelle der IG Metall unterstützt diese Position eigentlich nicht. Sie will ziemlich schnell in Sozialplan-Verhandlungen einsteigen. Da die Konzernpläne Teil eines weltweiten Umstrukturierungsplans des ABB-Konzerns sind, wird es schwierig sein, diese Pläne im Kern zu durchkreuzen. Im folgenden dokumentieren wir auszugsweise eine Erklärung der IG Metall-Vertrauenskörperleitung von ABB-Käfertal. — (scr)

### IGM-Vertrauenskörper: Gegen erneuten Arbeitsplatzabbau!

Durch die Fusion der BBC mit dem schwedischen ASEA-Konzern zu ABB verlor der Mannheimer Standort in den letzten Jahren rund 1300 Arbeitsplätze. Die Opfer, die die Belegschaft mit Personalabbau und Produktionsverlagerungen erbrachte, sollten nach Aussage der Konzernleitung die restlichen Arbeitsplätze „langfristig sichern“.

Danach versprach der Vorstandsvorsitzende E. von Koerber vollmundig: „ABB baut nicht nur ab, sondern auch auf“. Spätestens seit einer Woche wissen wir es besser!

Jetzt läuft der 2. Akt der Standortgefährdung. Bedroht sind insgesamt rund 800 Kolleginnen und Kollegen. Betroffen sind alle trotz voller Auftragsbücher und prächtiger Gewinne. Gleichzeitig werden nach wie vor Überstunden abverlangt. Doch die Belegschaft läßt es sich nicht bieten, daß ein Arbeitsplatz

nach dem anderen „totgerettet“ wird. Sie wehrt sich.

### Die Konzernpläne

520 — 570 Kolleginnen und Kollegen aus der Produktion, den kaufmännischen und Ingenieurabteilungen sowie der Dienstleistungsbereiche sollen ihren Arbeitsplatz verlieren. Folgende High-tech-Abteilungen sollen geschlossen werden: Schweißerei, Service, Reparatur und Werkstofftechnik für Turbinen und Generatoren.

Dazu kommen rund 320 Beschäftigte aus dem Dienstleistungsbereich, deren Abteilungen ausgegliedert bzw. verkauft werden sollen. Neben der Energieversorgung wird die Werkküche/Kantine mit 236 Kolleginnen zum Verkauf angeboten. Die Werkküche wurde 1976 der Belegschaft zum 75jährigen Firmenjubiläum anstelle einer Prämie geschenkt und ist eigentlich deren Eigentum. Damals wurde auch festgelegt, daß die Essensteilnehmer lediglich den Materialpreis des Essens bezahlen müs-

sen. Den Rest schoß das Unternehmen als Sozialleistung zu. So werden täglich über 3000 Portionen eines guten und preiswerten Essens hergestellt. Der geplante Verkauf an eine Großküche hätte zur Folge:

- Arbeitsplatzverluste durch Belieferung von außerhalb oder durch verschärfte Arbeitshetze.
- Verschlechterung der Essensqualität
- drastische Preiserhöhung und somit weniger Essensteilnehmer, was schließlich die gesamte Kantine in Frage stellt. Alles nach dem Motto: Schafft besser und billiger, aber eßt teurer und schlechter!

Trotz der angekündigten Pläne fordert die Geschäftsleitung von den Beschäftigten bis zum bitteren Ende Überstunden. Seit Jahresbeginn wurden allein im Kraftwerksbau über 100000 Überstunden gefahren. (...)

### Die Hintergründe

In der Zwischenzeit kaufte ABB zahlreiche große Kraftwerksbaubetriebe im In-

und Ausland auf. Das sind die wichtigsten bekannt gewordenen Neuerwerbungen im Kraftwerksbau.

- Combustion Engineering (USA)
- Bergmann-Borsig (chem. DDR)
- Zameck (Polen)
- Dolmel (Polen)
- Yugoturbina (Jugoslawien)
- Mague (Portugal)
- Franco Tosi (Italien)

Man wollte die Nr. 1 auf dem Weltmarkt werden. Der Profit sollte durch Billiglohnfabriken in Ost- und Südeuropa gesteigert werden. Überall, wo ABB aufkaufte, wurde zuerst massenhaft entlassen und danach die Restbelegschaft mit Aufträgen der traditionellen Standorte wie Mannheim gefüttert, wodurch Mannheim zunehmend in Bedrängnis geriet.

Dazu kommt der weltweit einsetzende Konjunkturrückgang. Hat sich die Konzernleitung übernommen?

Die zweite Krisenursache ist die Mißwirtschaft. So brachten die Mannheimer Kraftwerksbaumanager das Kunststück fertig, die Produktion 1990 erstmals in die Verlustzone zu fahren und das trotz Abbau von Überkapazität und Personal, trotz Rationalisierung (Mc Kinsey), verringerter Fertigungstiefe, größeren Stückzahlen, höherem Umsatz und angeblich billiger Fremdvergabe.

Für die Belegschaft stellt sich nun die Frage, ob sie die Rechnung für Mißwirtschaft und den Fischzug in Osteuropa für den Konzern mit ihren Arbeitsplätzen bezahlen soll.

### Widerstand

Die Belegschaft hat sich für den Widerstand gegen die Absichten des Konzerns entschlossen. Am vergangenen Dienstag, also einen Tag nach der Bekanntgabe der Hiobsbotschaft, legte das Käfer-



Etwa 2500 Beschäftigte von ABB legten am 27. August die Arbeit nieder und demonstrierten durch den Mannheimer Vorort Käfertal.

taler Werk für einen Tag die Arbeit nieder und beteiligte sich an einer Kundgebung auf dem Werksgelände sowie an einer Demonstration durch Käfertal.

Am kommenden Dienstag, den 27. September, findet um 9 Uhr eine außerordentliche Betriebsversammlung in der Halle C 3 statt. Der Betriebsrat lehnt alle Überstunden ab. Die Erfahrungen des Jahres 1988 haben gezeigt, daß eine geschlossen handelnde Belegschaft Unternehmensentscheidungen durchkreuzen kann. Erst recht, wenn sie von der Bevölkerung, den Belegschaften anderer Betriebe, den Gewerkschaften, von Parteien, Kirchen und anderen Organisationen unterstützt wird. Deshalb wird wieder Solidarität gefragt.

IGM-Vertrauenskörperleitung  
ABB Mannheim Käfertal



## FAP-Heise vor Gericht

### Faschismus als Reifeverzögerung

**Göttingen.** Vor der Jugendkammer des Landgerichts Göttingen fand von Mitte Juni bis Anfang Juli das Verfahren gegen den FAP-Funktionär Thorsten Heise statt. Hauptanklagepunkt war versuchter Totschlag an einem libanesischen Asylbewerber. Heise hatte im Mai 1989 in Nörthen-Hardenberg versucht, den Libanesen El Hammad mit einem Kübelwagen zu überfahren. Desweiteren wurde ihm gefährliche Körperverletzung an einem ehemaligen Kameraden im November 1989 und der Juzi-Überfall vom Dezember des gleichen Jahres angelastet.

Im Januar 1988 war Heise zu zwei Jahren Bewährung verurteilt worden, unter anderem wegen schwerer Körperverletzung an einem türkischen Jugendlichen.

Staatsanwalt Heimgärtner bezweifelte, daß Heise im Mai 1989 den Tod des Libanesen billigend in Kauf genommen hat. Heise war mit seinem Kübelwagen auf den Bürgersteig und direkt auf El Hammad zugefahren. Dieser konnte sich nur mit einem Sprung zur Seite retten. Da eine Ausweichmöglichkeit bestand, wäre das „ins Gebüschjagen“ nicht ausgeschlossen. Heimgärtner plädierte in diesem Anklagepunkt auf gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr in Tateinheit mit Nötigung und versuchter gefährlicher Körperverletzung.

Die Anklage plädierte für drei Jahre Freiheitsentzug ohne Bewährung. Im Unterschied zu Heimgärtner warf der Vertreter des Nebenklägers El Hammad, Waldmann-Stockner, Heise versuchten Totschlag vor. Er plädierte für mindestens drei Jahre Freiheitsentzug ohne Bewährung. Waldmann-Stockner berichtete von einer Gegenüberstellung, die noch am Tage des Vorfalls stattfand.

Heise zu El Hammad: „Du bist ja Libanese. Ich dachte, du wärst Türke, wenn du Palästinenser bist, dann sind wir ja beide gegen die Juden.“ Um die Motivation des Angeklagten unter Beweis zu stellen, zitierte Waldmann-Stockner aus einem Flugblatt des „Gau Niedersachsen“: „An alle Ausländer! Darum gehen wir Euch einen guten Rat: Packt Eure Koffer und verschwindet aus Deutschland. Es ist höchste Zeit. Bei Nichtbeachtung dieses Schreibens können wir Euch auf längere Sicht nicht mehr die Garantie geben, daß Eure Gesundheit oder sogar Euer Leben erhalten werden kann.“

Der Vertreter der Nebenklage beendete sein Plädoyer mit dem Antrag auf Hinzuziehung eines Zeugen des Verfassungsschutzes, um einen Beweis über die Ausländerfeindlichkeit der FAP und damit der Motivation des Angeklagten zu erbringen. Verteidiger Siadak sah es als erwiesen an, daß sich Heise bei dem Vorfall im Mai 1989 nur der Nötigung schuldig gemacht habe. Den Anklage-

punkt Volksverhetzung hielt er, wie angekündigt, für überflüssig.

Die fünf Schöffen der Jugendkammer einigten sich auf eine Verurteilung zu zwei Jahren Freiheitsstrafe mit Bewährung wegen gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr und Nötigung, wegen Landfriedensbruch und gefährlicher Körperverletzung mit versuchter Nötigung.

In seiner Urteilsbegründung meinte das Gericht, daß sich der Kläger El Hammad zwar in einer lebensbedrohlichen Situation befunden habe, daß es aber keine Hinweise auf eine Tötungs- oder Verletzungsabsicht gebe. Damit wäre in der konkreten Situation der Beweisanspruch des Vertreters der Nebenklage bedeutungslos. Heise wollte El Hammad aus einer Bierlaune heraus wegen eines vorangegangenen Wortwechsels einschüchtern. Eine Verurteilung wegen Volksverhetzung konnte nach Auffassung des Gerichtes nicht erfolgen. Die Zeugin hatte Heises Stimme erkannt, wußte aber nicht, welche Parolen er gerufen hatte.

Da Heise noch keine gefestigte Persönlichkeit sei, kam es zur Anwendung des Jugendrechts. Einen Beleg für die Reifeverzögerung sah das Gericht beispielsweise in seinem Verhalten aus einer Bierlaune heraus. Das Gericht bescheinigte Heise Gewaltbereitschaft und Charaktermangel. Dessen ungeachtet begründete es, warum von einem weiteren straffreien Leben Heises auszugehen werden könne. Während der Zeit in Berlin hätte eine Nachreife stattgefunden. Der Vollzug der Untersuchungshaft wäre nicht spurlos an ihm vorübergegangen. Aus all dem zog das Gericht die Schlußfolgerung, daß der FAP-Funktionär Heise in Zukunft ein ordentliches Leben führen könne.

Der Prozeß endete faktisch mit dem Freispruch eines militanten Faschisten. In der Urteilsbegründung zeichnete das Gericht das Bild eines adretten jungen Mannes, dessen Vergehen auf eine Reifeverzögerung zurückzuführen sind. Das milde Urteil wurde mit einer Nachreife begründet, die er ausgerechnet in Ost-Berlin erfahren haben soll (Heise war untergetaucht, hatte Kontakte zu Rechts). Die Beweisführung Waldmann-Stockners, die Heises Tötungsabsicht aus seinen ausländerfeindlichen Äußerungen und der Mitgliedschaft in einer Organisation, die zu Terror und Vernichtung aufruft, herleitete, wurde vom Gericht ignoriert. Heise, als Propagandist und Organisator der FAP bekannt, scheute sich auch vor Gericht nicht, die Fortsetzung seiner Aktivitäten anzukündigen.

Der Ausgang des Verfahrens wird vom organisierten Faschismus als Ermütigung aufgefaßt werden.

Quelle: Göttinger Blätter, August 1991 — (bir)

### Juristenverschickung: der Fall Münzberg

**Hamburg.** Auch die Hansestadt hat eine Reihe altgedienter Juristen gen Osten entsandt, den früheren DDR-Justizapparat zu zertrümmern und der Bevölkerung Ostdeutschlands das BRD-Recht aufzupropfen. Einer von ihnen ist Helmut Münzberg, heute als stellvertretender Generalstaatsanwalt in Mecklenburg-Vorpommern tätig. Dieser Münzberg hat 1967 nach vier Jahren Verschleppung das Verfahren gegen SS-Obersturmführer Arnold Strippel eingestellt, der u. a. für die Ermordung von 20 Kindern, vier Häftlingsärzten und -pflegern und 30 sowjetischen Kriegsgefangenen in den letzten Kriegstagen verantwortlich war. Im Fall der Ermordung der Kinder, die vor dem Erhängen mit Morphium betäubt worden waren, begründete Münzberg die Einstellung so: „Ihnen ist also über die Vernichtung ihres Lebens hinaus kein weiteres Übel zugefügt worden, sie hatten insbesondere nicht besonders lange seelisch und körperlich zu leiden.“ — (scc)

### Lehrstuhl für ostdeutsche Landeskunde geplant

**Lüneburg.** Die niedersächsische Landesregierung plant, einen neuen Lehrstuhl für „Ostdeutsche historische Landeskunde“ in enger Verbindung mit dem Nordostdeutschen Kulturwerk in Lüneburg einzurichten. Sie bescheinigt dem Kulturwerk „hervorragende wissenschaftliche Kontakte“. Dieses Institut rühmt sich nicht nur seiner umfangreichen Kartensammlung, die es als deutsches Exilkatasteramt erscheinen läßt. Bereits 1989 hat ein Dr. Scharnhoo vom Bundesinnenministerium die Aufgaben „Ostdeutscher Kulturarbeit“ eindeutig umrissen: „Es sei dringend zu wünschen, daß auch die Deutschen einen Blick für die alte Bedeutung des Ostens zurückgewinnen. Die Bundesregierung ... habe ihr Aufwendungen von 4,1 Mio. DM im Jahre 1982 auf 19 Millionen Mark im Jahre 1989 erhöht.“ — (thr)

### „1. Kurpfälzer Revisionismus- tagung“ fand so nicht statt

**Weinheim.** Die Tagung des neuen NPD-Vorsitzenden Deckert wurde verboten — ausgerechnet auf Weisung des Innenministeriums Ba-Wü: Es werde „mit großer Wahrscheinlichkeit“ die Vernichtung der Juden geleugnet und Rassenhaß geschürt. Das Antifaschistische Aktionsbündnis führte das „3. Weinheimer Festival gegen Rassismus“ mit 500 Jugendlichen durch, sagte aber die angemeldete Kundgebung an der Halle ab. Unter dem Schutz von 400 Polizisten führte dann Deckert ohne Gegenaktion eine Kundgebung mit ca. 40 Nazianhängern aus der Umgebung durch. Am späten Nachmittag sollen noch ca. 50 irgendwo an einem heimlichen Ersatztreffen teilgenommen haben. — (bcl)

### „Tag der Heimat“: Osten aufrollen

**Berlin.** Die diesjährige zentrale Veranstaltung fand vor ca. 1500 Teilnehmern in Berlin statt. Im (verlesenen) Grußwort des Kanzlers forderte er die „deutschen Heimatvertriebenen“ auf, die Regelungen aus dem Polen-Vertrag (Minderheitenrechte) mit Leben zu erfüllen. Die Reden von Czaja und Diepgen befaßten sich mit der weiteren Strategie. Die Angriffe Czajas auf die Verträge („Amputation eines Viertels Deutschlands“) wurden mit großem Applaus bedacht. Er bestritt die völkerrechtliche Geltung, weil weder Grund noch Zeitpunkt einer „Souveränitätsübertragung“ genannt seien und keine eindeutige Willensbildung (deutsche Volksgruppe nicht gefragt) möglich war. Aber, „schlechte Verträge kann man mit guter Praxis überholen“. Sofort müßte die Bundesregierung die Einrichtung deutscher Schulen unterstützen, (deutsches) Handwerk und Mittelstand müßten gefördert werden. „Die Geschichte geht weiter“, dann seien „klarere Verträge mit einer besseren polnischen Regierung“ möglich. Darin bestärkte auch Diepgen den BdV. So sprach er von den Landsleuten jenseits der „bisherigen Grenzen“. Große Chancen kämen für den BdV mit der Neugestaltung Europas. Überall könnten „deutsche Minderheiten“ neue politische und wirtschaftliche Bedingungen mitgestalten. Am Polen-Vertrag sei „jedenfalls rückwirkend nichts mehr zu ändern“. Aber man müsse den neuen Regierungen etwas Zeit lassen, sich deutschen Interessen noch willfähriger zu zeigen. Von Berlin/Brandenburg aus werde auf jeden Fall eine enge wirtschaftliche und kulturelle Verknüpfung über die Oder hinweg gesucht. — (ard)

### Ermittlungsverfahren wegen Antigolffkriegsaktionen

**Hannover.** „Nach Mitteilung der Staatsanwaltschaft sind gegen mindestens 98 — z.T. namentlich nicht bekannte — Personen im Zusammenhang mit Aktionen gegen den Golfkrieg Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Aufrufe zur Desertion/Fahnenflucht waren Anlaß zur Einleitung von Ermittlungsverfahren gegen insgesamt mindestens 44 — z.T. namentlich nicht bekannte — Personen.“ Antwort des Justizministeriums auf eine Anfrage der Grünen-Abgeordneten Hoops und Kempmann. 16 Ermittlungsverfahren sind noch offen, 104 Verfahren wurden eingestellt. Die Frage, wie weit die in der Koalitionsvereinbarung beschlossene Auflösung der politischen Dezernate bei den Staatsanwaltschaften in Niedersachsen bislang gediehen sei, wurde nicht beantwortet. — (rec)

### OVG Münster: Flüchtlinge nicht in Wohngebieten

**Essen.** In einem reinen Wohngebiet sei den Anwohnern das „Konfliktpotential“, das Flüchtlinge mit sich brächten, nicht zuzumuten. Mit dieser Begründung bestätigte das Oberverwaltungsgericht Münster eine einstweilige Verfügung gegen die Stadt Essen, in der dieser der Bau eines Übergangswohnheimes in Kettwig untersagt wird. Eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen wird durch das Urteil erschwert, die Kommunen zur Einrichtung von Sammelagern gedrängt, was die SPD-Ratsmehrheit in Essen bisher ablehnt. Die Stadt will in einem Hauptsacheverfahren feststellen lassen, daß ihre Planung rechtmäßig ist und ein „Milieuschutz“ durch Gesetze nicht abgedeckt ist. — (syb, wof)



**Berlin.** 21 Palästinensische Kinder aus den von Israel besetzten Gebieten waren auf Einladung der Freunde Palästinas in Berlin zu Gast. Finanziert wurde der Aufenthalt von SODI International und der Stiftung Umverteilen. Letztere hatte auch schon die Kurdistan Tage in Berlin 36 durch ihre Unterstützung möglich gemacht. Zum Abschluß wurde ein Kinderfest von der Palästina-Gruppe Westberlin organisiert. — (msb)

## Auch Hamburg für die Beseitigung des Asylrechts?

### Innensenator fordert Änderung des Art. 16 GG und Einwanderungsquoten

**Hamburg.** Die Beseitigung des Asylrechts durch Änderung des Art. 16 GG fordert inzwischen auch Hamburgs Innensenator Hackmann. Außerdem die Festlegung von Einwanderungsquoten für Flüchtlinge. Beides ist zwar (noch) nicht

Senatskonsens, wird aber bereits von anderen SPD-Politikern der Bürgerschaft unterstützt. Einig ist sich der SPD-Senat darin, daß die Rechtsansprüche der Flüchtlinge noch weiter eingeschränkt werden müssen.

Innensenator Hackmann hat seine Forderung nach Änderung des Art. 16 GG mit der Forderung nach Festlegung von Aufnahmequoten für Flüchtlinge verknüpft: „Wenn wir unserer Verpflichtung als reiches Land nachkommen wollen und für Einwanderungsquoten eintreten, muß man dafür sorgen, daß gleichzeitig über den Artikel 16 nicht eine ungesteuerte Einwanderung erfolgt. Deswegen glaube ich, daß wir nicht um eine Änderung des Artikels 16 herumkommen.“ (Hamburger Abendblatt, 9.8.1991) Die Quotenregelung soll sich nach Hackmann nicht mehr an Art. 16 GG, sondern an den Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) orientieren.

Der Vorstoß Hackmanns, als „persönliche Meinung“ von der Presse verbreitet und von der ausländerpolitischen Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion als richtiger Ansatz für eine humane Flüchtlingspolitik gelobt, zielt auf die Beseitigung des Asylrechts ab. Die mit Änderung des Art. 16 GG bezweckte Verhinderung einer „ungesteuerten Einwanderung“ bedeutet, daß Flüchtlingen grundgesetzlich garantierte Recht,

in der BRD einen Asylantrag stellen zu können, genommen werden soll. Die Einführung einer Quotenregelung schließt ebenfalls Flüchtlinge vom Asylverfahren aus, nämlich nach Erfüllung der Quote. Auch Hackmanns Forderung, daß sich eine künftige Quotenregelung an der GFK zu orientieren habe, ist im Zusammenhang mit der Änderung des Art. 16 GG keineswegs fortschrittlich. Nach Art. 16 GG hat jeder Flüchtling das Recht, einen Asylantrag zu stellen, sowie auf individuelle Prüfung seines Antrags und auf Asyl bei politischer Verfolgung. So eingeschränkt die Anerkennungsprüfung auch inzwischen stattfindet und trotz ständiger Verschärfung der Kriterien für „politische Verfolgung“ verhindert der Art. 16 GG die völlige Abschottung bzw. ungehemmte Willkür gegenüber Flüchtlingen. Das ist der Grund, warum das Asylrecht geändert, sprich beseitigt werden soll. Die GFK ist keine Alternative zum Art. 16 GG. Der Schutz, den das Asylrecht bietet, ist weitergehend als diese Konvention. Die GFK sichert kein Individualrecht auf Asyl, Antragstellung und Prüfung, sondern überläßt es den einzelnen

Staaten, Asyl zu gewähren (oder auch nicht) und in welcher Weise.

Scharf kritisiert wurde Hackmanns Vorstoß vom Hamburger Jus-Landesvorstand. In einer Erklärung heißt es: „Wir haben es satt zuzusehen, wie die SPD aus — zumeist vordergründigen wahlaktischen Überlegungen heraus — ihre Grundüberzeugungen verläßt und zu einer nicht mehr erkennbaren Alternative der CDU verkommt.“ (Hamburger Abendblatt, 13.8.1991)

Neben der Änderung des Art. 16 GG fordert Innensenator Hackmann in Übereinstimmung mit dem Senat die drastische Verkürzung der Asylverfahren und die Einschränkung der Rechtswegegarantie nach Art. 19 GG. Wie weit der Senat dabei gehen will, ist nicht bekannt. Zur Zeit unterstützt Hamburg den Gesetzentwurf Nordrhein-Westfalens, der Asylverfahren grundsätzlich nur noch auf eine Instanz beschränken will. Die Möglichkeit von Berufung und Revisionsverfahren für Flüchtlinge wird damit beseitigt. Darüberhinaus fordert der Senat weitere Einschränkungen der Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge. — (bab)

## „Euro-Karawane“ gegen EG '92

### Kundgebung vor der Justizvollzugsanstalt Essen

**Essen.** Eine europäische Widerstandskarawane gegen das imperialistische Projekt „EG 92“ zieht derzeit von Amsterdam bis ins Baskenland.

Menschen aus unterschiedlichen Ländern organisieren auf ihren Stationen in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Städten Veranstaltungen, Filme und andere Aktionen zu folgenden Schwerpunkten: EG 92 und Umstrukturierung, Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik, Knast und Repression. An den Knastkundgebungen in Essen und Bochum nahmen jeweils ungefähr 100 Menschen teil.

In der Rede der Angehörigengruppe in Essen hieß es u.a.: „Nach den Zellenrazzien im März des Jahres verschärften sich die Haftbedingungen der politischen Gefangenen, wie schärfere Postkontrolle, Anwaltspost wird nicht mehr bzw. verspätet ausgehändigt, Verweigerung von Einkauf, selbst von Briefpapier, Batterien für Radio etc., keine Fotokopien mehr, einige Gefangene bekommen das Angehörigen-Info nicht.“

Wir Angehörigen haben uns danach überlegt, wieder verstärkt an die Öffentlichkeit zu gehen. Da unsere Gruppe zu klein ist, um es allein zu schaffen, haben wir mit Menschen aus vielen Städten geredet, die uns in unserem Entschluß, Wanderknastkundgebungen zu machen, unterstützen. Wir wollen an alle Käste

gehen, in denen es politische Gefangene gibt ...

Im April begann eine gezielte Medienhetze gegen die politischen Gefangenen ... Vor allem wurde die Kleinstgruppe der vier Frauen im Knast Köln-Ossendorf angegriffen. Da gab es täglich neue Variationen und es wurde vor allem von der CDU gefordert, die Frauen sofort auseinander zu legen. Überraschend wurden sie dann nach Bielefeld-Brackwede verlegt ...

Es läuft z. Zt. nicht nur die Medienhetze gegen die Gefangenen, sondern auch gegen ihre Anwälte ... Auch gegen das Angehörigen-Info, in dem die Gefangenen authentisch zu Wort kommen, werden laufend Ermittlungen eingeleitet, die bisher zu hohen Geldstrafen geführt haben. Der Staat will uns Angehörige und die Gefangenen zum Schweigen bringen, gerade auch wegen EG 92, damit niemand erfährt:

— daß hier politische Gefangene durch Isolation gefoltert werden — und welche politischen Ziele und Vorstellungen die Gefangenen haben

— und welchen Repressionen hier Menschen ausgesetzt sind, die etwas für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen in große Gruppen, für die Umwelt, gegen die Abschiebung von Flüchtlingen usw. tun ...

— (BI, aus „Lokalberichte Essen“)

## Haushalt der großen Koalition

Längere Arbeitszeiten und 10000 Planstellen weg

**Berlin.** Drei Milliarden Einsparungen sind mit dem Haushalt der großen Koalition für 1992 beschlossen worden. 500 Millionen sollen durch Streichung von 10000 Stellen erreicht werden. Dafür reicht die normale Fluktuation nicht, der „sichere“ öffentliche Dienst wird kündigt. Von den 10000 Planstellen sind die Bereiche zur Streichung von 5000 Planstellen bereits benannt. Die Lehrer sollen eine Stunde mehr Unterricht geben, um 1500 Lehrer einzusparen. GEW-Vorsitzender Laube spricht in diesem Zusammenhang von Tarifbetrug, denn damit wird die wegen der arbeitszeitarbeitsrechtlichen Entwicklung vorgenommene Kürzung der Pflichtstundenzahl rückgängig gemacht. Damit wäre ein Präzedenzfall bezüglich Arbeitszeitverlängerungen geschaffen, der auf andere Branchen ausstrahlen könnte. Erhard Laube verweist auf eine von den Kultusministern in Auftrag gegebene Studie des Unternehmens Knight-Wegenstein, nach der die reale Arbeitszeit für Lehrer auch unter Berücksichtigung der Ferien bei wöchentlich 45,1 Stunden liegt, in Berlin sogar bei 47,9 Stunden. Das liegt an den schwierigen Verhältnissen an den Schulen hier, die ja im letzten Jahr gewiß nicht leichter geworden sind. Deshalb lehnt der GEW-Vorsitzende eine Angleichung an westdeutsche Pflichtstundenzahlen ab. Er ist für die

Prüfung kollektiver Gegenmaßnahmen ohne Tabu. Zur Einsparung im Schulbereich hält er jede zweite Schulratsstelle für geeignet. Die zweite Sparmaßnahme betrifft die Kitas. Durch Verkürzung der Öffnungszeiten sollen 1500 Planstellen für Erzieherinnen entfallen. Da die weniger belegten Zeiten fortfallen sollen, würde diese Maßnahme voraussichtlich zu mehr Streik führen. Weitere 1000 Erzieherstellen sollen durch Überführung der Einrichtungen in freie Trägerschaft gestrichen werden. Damit würden die Kinder z.B. kirchlichem Einfluß ausgesetzt, die Erzieherinnen hätten einen rechtlich schlechteren Status. „Im Bereich Polizei werden bis zu 500 Stellen im Zuge der Überprüfung durch die Gauck-Behörde frei und nicht wieder besetzt.“ (Pieroth im Landespresse-Dienst). Das ist neu: Es wird eine aus Finanzierungsgründen begründete Quote vorgegeben, wieviele Leute von den 9800 ehemaligen Vopos als belastet aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen sind. Für besonders gefährlich hält der ÖTV-Bezirksvorsitzende Lange, daß pauschale Personalkürzungen von 3500 vorgesehen sind, weil diese voraussichtlich im sozialen Bereich festgelegt werden. Er schlägt Dienst nach Vorschrift vor. Mitte Oktober soll eine Kundgebung gegen die Haushaltspläne organisiert werden. — (chk)

**Hamburg.** Seit dem DDR-Anschluß nimmt der Hafenumschlag in Hamburg deutlich zu. Seit Ende 1990 ist der Rahmentarifvertrag gekündigt. Die Verhandlungen wurden unterbrochen, nachdem Hafenarbeiter am Burchardkai

ohne Aufforderung durch die ÖTV die Überstundenarbeit verweigert hatten, um unverschämte betriebliche Angriffe zurückzuschlagen. Der schnelle Erfolg dieser Aktion zeigte, wie erpressbar die Hafenkapitalisten geworden sind.

Von 1986 bis 1990 ging die Anzahl der Hamburger Hafenarbeiter von 9203 auf 8056 zurück. In der gleichen Zeit stieg der Umschlag (ohne Flüssigladung) von 38,78 Mio. t auf 46,05 Mio. t an.

Nach wie vor ist die Arbeit im Hamburger Hafen schwer, gefährlich, und es werden viele Doppelschichten gearbeitet. Durch Tarifvertrag sind Hafenarbeiter verpflichtet, einmal alle drei Wochen sonnabends eine Schicht zu machen. Trotzdem werden vor allem auch am Wochenende die Containerschiffe rund um die Uhr abgefertigt. Diese Wochenendarbeit wird über freiwillige Zusatzschichten geschafft. Dies bringt den Hafenbetriebern große Probleme, weil sie die Arbeitskraft am Wochenende nicht fest einplanen können. Sie können nach Freiwilligen fragen, und in der Regel klappt das auch. Aber es gibt auch Ausnahmen von dieser Regel. Wird ein Containerschiff dann nicht zügig abgefertigt, so wird die Reederei u. U. Hamburg aus dem Fahrplan streichen, und mit dem Schiff sind auch die Profite weg.

Auf der anderen Seite führt die langandauernde Arbeit in Doppelschichten bis zu 16 Stunden und am Wochenende

zu einem Raubbau an der Gesundheit. Da auch die Arbeitshetze immer größer wird, hält ein Hafenarbeiter diese Malochie nicht mehr bis zum Rentenalter durch. Obwohl früher die Säcke schwerer waren und die Waren oft über weite Strecken mit der Hand bewegt werden mußten, erreichten unsere Kollegen noch das Rentenalter von 60 bis 65. Das ist heute die totale Ausnahme. Spätestens mit 55 bis 58 Jahren ist Schluß. Wer sich die niedrigere vorgezogene Rente leisten kann, der entzieht sich mit 58 Jahren der Arbeitsbelastung durch Flucht in die Arbeitslosigkeit. Mit 60 Jahren geht es dann in die vorgezogene Rente. Doch die Alterszahlen, wann es nicht mehr geht, sinken immer weiter. Mittlerweile sind viele Kollegen schon mit 45 bis 48 Jahren kaputt.

Diese Entwicklung hat innerhalb der ÖTV-Abteilung Seehäfen dazu geführt, daß der Gesundheitsschutz im Rahmentarif abgesichert werden muß und daß die Mehrarbeit eingeschränkt werden muß. Innerhalb der Vertrauensleute des Gesamthafenbetriebes wurde z.B. darüber Einigkeit erzielt, daß pro Monat „nur“ 60 Stunden Mehrarbeit reichen

müssen. Eine Begrenzung auf diese 60 Stunden wäre bereits eine deutliche Verbesserung.

Andererseits wollen die Hafenkapitalisten eine Veränderung des Schichtsystems. Sie wollen vor allem eine Einbeziehung des Wochenendes in die Pflichtarbeit. Sie wollen über die Hafenarbeiter auch am Wochenende verfügen können.

Es kommt jetzt also die Forderung der Kapitalisten nach Änderung des Schichtsystems zusammen mit den Forderungen der ÖTV nach einer Reduzierung der Mehrarbeit, die vielfach auch am Wochenende gemacht wird. Dies ist eine sehr knifflige Situation, weil es noch keine Vorschläge der ÖTV gibt, die die Mehrarbeit beschränken und gleichzeitig die Flexibilisierungsbestrebungen der Hafenkapitalisten abblocken.

Der Betriebsrat der Gesamthafenarbeiter führt zu diesem Thema jetzt zusammen mit Vertrauensleuten ein zweitägiges Seminar während der Arbeitszeit durch, auf dem Eckpunkte für eine Neufestlegung der Arbeitszeit erarbeitet werden sollen. Diese Vorschläge sollen dann in die Tarifkommission der ÖTV eingebracht werden. — (obj)

### Tarifabschluß nach Warnstreiks

**Hamburg.** Drei Stunden am Morgen des 4. 9. fuhren weder Bus noch Bahn bei der Hamburger Hochbahn AG — die ca. 4000 Beschäftigten folgten dem Aufruf der ÖTV zum Warnstreik. Tags drauf, am 5. 9., legten die 1800 Beschäftigten der Wasserwerke für einige Stunden die Arbeit nieder — betroffen waren 20 Schwimmbäder sowie die Arbeit in den Rohrnetzwerken. In beiden Tarifauseinandersetzungen forderte die ÖTV, nach einer Laufzeit des letzten Tarifvertrags von jeweils drei Jahren, eine Lohnerhöhung von 11 %, der Dienstherr bot jeweils 6,7 %. Bei der Hochbahn wurde inzwischen abgeschlossen: mit einer Lohn- und Gehaltserhöhung von 6,7 %, der Erhöhung der Bereitschaftsdienstzulage von 0,5 auf 1,2 % des Ecklohns und einer Strukturverbesserung für die unteren Lohngruppen. — (scc)

### Ausbildungsnot ausländischer Jugendlicher

**Hamburg.** In scharfem Kontrast zu der lauten Klage der Kapitalisten, sie könnten ca. 5000 Ausbildungsplätze in Hamburg nicht besetzen, steht die folgende Tatsache: Von den 1897 jungen Menschen ohne deutschen Paß, die sich seit Jahresanfang beim Arbeitsamt um eine Ausbildung bewarben, wurde mehr als ein Drittel bisher nicht vermittelt. Wieviele junge Ausländer sich erst gar nicht beim Arbeitsamt bewerben, weil sie ohnehin keine Aussicht haben, ist nicht bekannt. Bundesweit sind 40 % der 20- bis 25-jährigen Ausländer ohne Berufsabschluß (bei allen Jugendlichen dieses Alters dagegen 14 %). Zu vielen Ausbildungsgängen haben junge Ausländer praktisch keinen Zugang. — (scc)

### Erfolg der IG Metall bei Aufsichtsratswahlen

**Hamburg.** Am 4. September 1991 fanden bei der Jungheinrich AG an allen 25 Standorten in der Bundesrepublik die Aufsichtsratswahlen statt. Die sechs Plätze der Arbeitnehmerbank waren von den 3600 Belegschaftsmitgliedern zu wählen: Neben dem einen Sitz für den leitenden Angestellten ging es um einen Platz für die Angestellten, zwei Plätze für die Arbeiter und zwei Plätze für die externen Gewerkschaftsvertreter. Die IG Metall hat diese fünf Plätze gewinnen können. Die Wahlbeteiligung war mit ca. 73 Prozent bei den Angestellten für Aufsichtsratswahlen ziemlich hoch. Dabei ist dieser Erfolg der IG Metall nicht leicht in den Schoß gefallen. Gegen die IG Metall-Kandidaten trat bei den Gewerkschaftsvertretern die DAG an. Gegen die Arbeiter- bzw. Angestelltenkandidaten der Gewerkschaft IG Metall trat eine „Liste der Vorarbeiter“ und eine „Liste der Meister“ an. Die zogen mit dem Argument in den Wahlkampf, gerade die gewerkschaftlich organisierten Belegschaftsvertreter im Aufsichtsrat würden, da nur von außen gesteuert, nicht die Jungheinrich-Interessen vertreten, sondern betriebs- und belegschaftsfremde Gewerkschaftsinteressen. Es würde höchste Zeit, daß „wir unter uns“ im Aufsichtsrat wären. Die Endergebnisse Aufsichtsratswahlen lauten wie folgt: Die IG Metall-Liste der Arbeiter erhielt 793 Stimmen, gegenüber 240 für die Vorarbeiter. 566 Stimmen entfielen für den Angestellten Kollegen der IG Metall, gegenüber 327 für den Meister und 209 für einen dritten Bewerber. 1393 Stimmen erhielt die Liste der beiden hauptamtlichen Vertreter der Gewerkschaft IG Metall, gegenüber 623 Stimmen für die DAG. — (hel)

### Polizeigewerkschaft protestiert gegen Besoldungsstruktur

**Karlsruhe.** Etwa 3000 Polizeibeamte beteiligten sich am Samstag, dem 7. September, an einer Demonstration, zu der die Gewerkschaft der Polizei (GdP) aufgerufen hatte. Gefordert wurden gegen die Beschlüsse der CDU-Landtagsfraktion zum Besoldungsstrukturprogramm bessere berufliche Perspektiven und die Zuordnung zum gehobenen und höheren Dienst. Der DGB-Landesvorsitzende Siegfried Pommerenke sicherte der GdP die volle Unterstützung der DGB-Gewerkschaften für die Forderungen nach einer „leistungsgerechten Bezahlung“ zu. Am selben Wochenende forderte die Aktionsgemeinschaft Mittlerer Dienst der Kriminalpolizei Baden-Württembergs den Rücktritt von Innenminister Schlee und kündigte für den CDU-Landesparteitag am 5. Oktober in Ulm eine landesweite Demonstration der Kriminalbeamten an. — (evc)

### ÖTV-Frauenkonferenz gegen GG-Änderung zur Bundeswehr

**Mannheim.** Am 30. 8. 1991 beschlossen die Delegierten auf der Bezirksfrauenkonferenz Baden-Württemberg — ca. 100 anwesende Frauen — folgenden Initiativantrag: „Die Delegierten der Bezirksfrauenkonferenz lehnen alle Bestrebungen, die Einsatzmöglichkeiten deutscher Streitkräfte auszuweiten, entschieden ab und fordern die Parlamentarierinnen und Parlamentarier auf, keiner Grundgesetzregelung oder anderen Regelung zuzustimmen, die einen solchen Einsatz erlaubt. Begründung: Wir halten den bewaffneten Einsatz von Militär für kein geeignetes Mittel, nationale wie auch internationale Probleme und Konflikte zu lösen. ... Beim Stand der heutigen Waffentechnik kann eine Eskalation des Einsatzes von Waffen bis hin zu nuklearen, chemischen und biologischen Waffen nicht ausgeschlossen werden. Der Golfkrieg hat uns das erschreckend vor Augen geführt. ...“ Der Antrag wird an den ÖTV-Hauptvorstand und Gewerkschaftstag geleitet. — (gin)

### Fuba: Entlassungen wegen „Fehlzeiten“

**Bad Salzdetfurth.** Wegen angeblicher Personalüberkapazitäten entläßt Fuba dreißig Frauen aus der Fertigung. Innerhalb der Meisterbereiche werden die Entlassungen anhand der „Fehlzeiten“ entschieden. Darunter fallen etliche ältere Arbeiterinnen, die häufiger krank waren, weil sie das olympiareife Arbeitstempo in der Fertigung nicht durchsetzen können. Der Betriebsrat steht dem machlos gegenüber, da entsprechende Arbeitsgerichtsurlaube diese Selektion beim Personalabbau ausdrücklich zulassen. Hinter vorgehaltener Hand wird von korrigierenden Maßnahmen des „untragbaren“ Tarifabschlusses gesprochen und gezielt Stimmung dagegen gemacht. — (mal)

## Rahmentarifverhandlungen Seehäfen

Günstige Kampfbedingungen — schlechte Vorbereitungen

## Tariferkennung gefordert

Sick-Geschäftsleitung muß jetzt verhandeln

**Waldkirch.** Die Firma Sick GmbH, Optik-Elektronik, hat in Waldkirch 1400 Beschäftigte, mit den Inlands- und Auslandsvertriebsstöckern ca. 1700. Auf dem opto-elektronischen Markt für Lichtschranken und Meßgeräte aller Art ist der mittelständische Senkrechstarter (1945 mit einer Handvoll Mitarbeiter von Erwin Sick gegründet) zumindest in Europa Marktführer.

Weder zu Lebzeiten von Erwin Sick noch danach sind die in der Metallindustrie gültigen Tarifverträge bei der Firma Sick jemals anerkannt worden. Die Firma ist bis zum heutigen Tage nicht im Arbeitgeberverband und von daher nicht tarifgebunden. Außerdem „Ehrenwort“ des Verstorbenen, „man werde sich schon dran halten“, gibt es keine schriftliche Vereinbarung zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat.

In den letzten eineinhalb Jahren ist von Betriebsratsseite auf mehreren Betriebsversammlungen aufgezeigt worden, in welchen Punkten die Firma Sick die geltenden Tarife nicht einhält. Die IG Metall hat mit Unterstützung des Betriebsrates im Dezember 1990 eine Flugblattaktion vor den Werkstoren durchgeführt, mit der sie auf die willkürliche Handhabung der „freiwilligen, jederzeit widerruflichen“ Zulagen bei Sick im Gegensatz zu den tariflichen Zulagen aufmerksam gemacht hat.

Und trotzdem bringt es der Vorsitzende der Geschäftsleitung, Herr Reiche, auf der letzten Betriebsversammlung am 7. Juli fertig, erst nach mehrmaliger Aufforderung zu den Gründen der Nichteinhaltung der Tarife Stellung zu nehmen, widerwillig ans Mikrofon zu gehen und zu verkünden: „Wissen Sie. Sie sind alle so gut vorbereitet, mit Beiträgen, ich kann so unvorbereitet zu diesem Thema nichts sagen.“ Beträchtliche Teile des Saales brachen in schallendes Gelächter aus! Man fragt sich allerdings, welchen Stellenwert eigentlich Betriebsversammlungen für die Sick-Geschäftsleitung überhaupt haben. Denn bei der letzten Versammlung hatte der einzig anwesende Geschäftsführer, Herr Fischer, mittendrin den Saal verlassen, weil ihm die Kritik der Gewerkschaftsvertreterin nicht paßte. (Wofür er zurecht auf dieser Betriebsversammlung nochmals kritisiert wurde von Kollegenseite!).

Auf der nächsten Betriebsversammlung müssen die Vorstellungen auf den Tisch. Was sind mögliche Verhandlungsziele zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat?

1. Ein Haustarifvertrag.
2. Ein Anerkennungstarifvertrag.
3. Der Eintritt in den Arbeitgeberverband (mit automatischer Tarifgebundenheit).

Da letzteres offensichtlich bei Sick nicht gewünscht wird und die Erzwün-

gung von Arbeitnehmerseite sehr schwierig ist, wird sich die Diskussion wohl auf die ersten beiden Alternativen konzentrieren. Zumal ein Anerkennungstarifvertrag, der sämtliche Tarifverträge anerkennt, taktisch auf dasselbe hinauslaufen würde wie eine verbandsmäßige Tarifbindung. Nur scheint ziemlich sicher, daß die Sick-Geschäftsleitung einen Vertrag, der alle Tarifverträge anerkennt, auf keinen Fall will. Vermutlich wird sie auf einen Haustarifvertrag hinarbeiten, der etwas besser sein soll als die bisherige Willkür, aber deutlich schlechter als die Tarifverträge als Ganzes. Von Arbeitnehmer und Gewerkschaftsseite ist ein Haustarifvertrag aber vor allem interessant, wenn Verbesserungen über die geltenden Tarife hinaus durchgesetzt werden können (z.B. wie bei VW). Das geht aber nur, wenn eine kampfstärke, 80 bis 90 % organisierte Belegschaft dem Betriebsrat den Rücken stärkt. Davon kann jedoch bei Sick leider (noch) keine Rede sein! Der gewerkschaftliche Organisationsgrad liegt bei den Arbeitern bei knapp 50 %, bei den Angestellten immer noch unter 10 %. Wenn sich an diesem Zustand nicht in absehbarer Zeit etwas ändert, wird es für den Sick-Betriebsrat sowieso sehr schwierig, diese Verhandlungen zu führen. Denn wer soll denn notfalls Druck machen, wenn sich die Geschäftsleitung stur stellt?

Wenn eine volle Tarifbindung über einen kompletten Anerkennungstarifvertrag nicht durchsetzbar sein sollte, wäre es vielleicht das Beste, trotzdem die Form von (Teil-)Anerkennungstarifverträgen oder einem Haustarif, der ausdrückliche Teile der Tarifverträge anerkennt, anzustreben und so viel wie möglich auf diesem Wege abzusichern. Zu den unverzichtbaren Punkten gehören vermutlich, endlich die Durchsetzung der tariflichen Zulage, die tarifliche Überstundenregelung, die Verdienstsicherung einschließlich des besonderen Kündigungsschutzes ab 54 Jahren. Die Bedeutung einer tariflichen Absicherung bei Sick wird in nächster Zeit auf jeden Fall zunehmen angesichts der krisenhaften allgemeinen Wirtschaftsentwicklung, die bei Sick auch bereits zu Auftragsrückgängen und Rationalisierungen (z.B. personelle Halbierung der Optik-Abteilung) geführt hat. Ende des Jahres wird die Stanzerei geschlossen. Gerüchte über mögliche Kurzarbeit kursieren weiterhin. Im Frühjahr waren die Kollegen und Kolleginnen der Fertigung sowie Teile der Angestellten bereits einmal für vier Tage in Zwangsurlaub geschickt worden. Urlaub sei „aus Prestige“ besser als Kurzarbeit, so damals die Geschäftsführung, so kurz vor der Hannover-Messe!

Quelle: Antifaschistische Nachrichten Waldkirch — (sic)



**Stuttgart.** Der Bosch-Konzern will gesetzliche Sonderregelungen für behinderte Beschäftigte aushebeln. Im Saarland verweigert Bosch als erstes Unternehmen die Gewährung der nach dem Landesgesetz zustehenden zusätzlichen Urlaubstage. Beschäftigte mit einem Behinderungsgrad von 25 bis 49 Prozent haben danach Anspruch auf drei, Schwerbehinderte auf sechs Tagen Zusatzurlaub, während das Bundesgesetz lediglich für Schwerbehinderte fünf Tage vorsieht. — (rkw)





**Hamburg.** Weil am 27.8. auf der Stresemannstraße ein Kind von einem bei Rot durchrasenden LKW getötet wurde, sperren die Anwohner seitdem täglich ab 16.00 Uhr die Straße. Sechs Kinder und ein Erwachsener sind hier in sieben Jahren umgekommen, 50000 PKW und 8000 LKW pro Tag donnern durch diese Häuserschlucht. Da der Senat bisher untätig bleibt, wird weiter blockiert. — (lir, Bild: far)

## Aus Ländern und Gemeinden

### CSU München und Bayernkurier fordern Straßenumbenennungen

**München.** Nachdem Umweltminister Gauweiler die Forderung nach Straßenumbenennungen ins Spiel brachte, forderte auch die Münchner CSU, den „Karl-Marx-Ring“ und den „Friedrich-Engels-Bogen“ umzubenennen. Auch in München solle man die verfehlten Ehrungen für die falschen Propheten abschaffen. Im Bayernkurier vom 31.8. wird jetzt Karl Marx als „geistiger Urheber des ganzen Unglücks“ in Osteuropa bezeichnet. Laut Bayernkurier „gehört freilich eine gehörige Portion ideologischer Verblendung dazu, einem Mann einen derartigen Rang zuzubilligen, der in seinen Analysen wo nicht flach, dann jedenfalls nicht originell war, mit seinen Prognosen epochal daneben lag, der in ethischer Hinsicht zu brutaler Bedenkenlosigkeit bereit und daher der geistige Verursacher von millionenfachem Tod, von Unfreiheit und Elend war“. Die SPD führte als Grund für die Nichtänderung Probleme bei der Postzustellung an sowie Probleme und Irritationen bei Behörden, Arbeitgebern und Verwandten, auch wenn sie wenigstens Karl Marx als „bedeutenden Philosoph seiner Zeit“ bezeichnete. — (chl)

### Drogenabhängige für ein menschenwürdiges Leben

**München.** Junkies, Ex-User, Substituierte (JES), ein bundesweiter Zusammenschluß vieler Drogenselbsthilfegruppen riefen zum 31.8. zu einer Demonstration in München auf. Rund 800 Teilnehmer unterstützten die Forderung nach uneingeschränkter Ersatzmittelbehandlung mit Polamidon oder Methadon als Beginn eines menschenwürdigen Lebens ohne Repression. „Als solidarisches Bündnis von Abhängigen wollen wir unser Recht auf Menschenwürde einklagen. Wir wollen es nicht erst durch abstinentes und angepasstes Verhalten erwerben.“ Anlaß war die Diskussion der NUB (Neue Untersuchungs- und Behandlungs)-Richtlinien und die anstehende Novellierung des Betäubungsmittelgesetzes (BTMG). — (ecg)

### Fehlende Kita-Plätze Privatisierung im Gespräch

**Göttingen.** Die Kindergartenmisere in Göttingen hat SPD, FDP und CDU veranlaßt, über Kostenbeteiligung der Betriebe und Verwaltungen bei der Finanzierung neuer Kitas nachzudenken. „Sponsoring“ lautet das Zauberwort. Das bedeutet, so Antje Brockmüller von der SPD, daß „Göttinger Unternehmen Belegrechte in Kindertagesstätten“ eingeräumt werden können. Die Arbeiter und Angestellten „können ihre Kinder in der Nähe ihres Wohnortes“ statt in Betriebskindergärten unterbringen. Liest man das aber richtig, so bedeutet es jedoch, daß Betriebe Kita-Plätze kaufen können, womit sie „ihre MitarbeiterInnen“ an jeder Warteliste vorbei und unabhängig von sozialen Kriterien bevorzugen. Die CDU-Frau im Rat sagt es auch ganz deutlich: „Unternehmen... hätten dadurch die Möglichkeit, qualifizierten Mitarbeitern ein Angebot zu machen“. Das in der Tagespresse gelobte „Sponsoring-Konzept“ führt klar in die Privatisierung von Kindergärten bzw. -krippen, ein Arbeitnehmer verliert bei einer Entlassung aus dem Betrieb auch noch seinen Kindergartenplatz. Quelle: Göttinger Blätter, Sept. 91 — (gusi)

### CDU-Gemeinderäte für private Wirtschaftsfördergesellschaft

**Stuttgart.** Die CDU äußert sich besorgt über die Strukturpolitik. Die deutsche Einheit habe die Stadt „wirtschaftsgeographisch an den Rand gedrückt“. Man könne es sich nicht mehr leisten, niederlassungswillige Unternehmen „eher abzustößen als zu umwerben“. Eine öffentlich-private Entwicklungsgesellschaft soll Abhilfe schaffen. Daran sollen teilhaben die städtischen Bau- und Grundstücksgesellschaft — zur Subventionierung von Kapitalisten bei Grundstückskauf, -erschließung oder -sanierung —, dann die Industrie- und Handelskammer und — wegen der Kredite — die Landeszentralbank. Diese Gesellschaft soll die Mittel für Planungen selbst erwirtschaften — die Kontrolle durch den Gemeinderat wäre eingeschränkt. — (alk)

### „Klinikauftrag endet bei Obdachlosen“

**Karlsruhe.** Ein Arzt weist einen Obdachlosen ins Städt. Klinikum ein, der unter Verbänden unverheilte eiternde Wunden hat, z.T. bereits von Maden befallen. Der Klinikarzt entscheidet, es liege kein Notfall vor und läßt ihn „zum Ausnüchtern“ in ein Polizeirevier verfrachten. Die Polizisten wenden sich an die Stadt und erreichen die Aufnahme ins Klinikum. Der Klinikdezernent (FDP) erklärte darauf, bei solchen Fällen beharrlicher Selbstschädigung ende der Klinikauftrag. Die Grünen im Gemeinderat protestierten gegen diese Position und forderten eine „soziale Indikation“ für die Klinikaufnahme. — (wjw)

### Haushalt Göttingen Die Angst im Nacken war größer

**Göttingen.** SPD und Grüne haben den Göttinger Haushalt 1991 unter Dach und Fach gebracht. Die endgültige Verabschiedung hatte sich um Monate verzögert. Die Bezirksregierung machte die Genehmigung des Stadtetats von den Auflagen abhängig, die Kreditaufnahme deutlich zu verringern und die Ausgaben vor allem im Investitionshaushalt drastisch einzuschränken. In der Verfügung des Regierungspräsidenten heißt es: „Es müssen erhebliche Zweifel an einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung aufkommen...“ So hatten dann Verwaltungschef (SPD) und Stadtkämmerer (CDU) für die Ratssitzung eine umfangreiche Sparliste vorgelegt, in der quer durch den Vermögenshaushalt gestrichen wurde. Die sogenannte „freie Spitze“ von 5,6 Millionen DM, in früheren Jahren zur Finanzierung freiwilliger Leistungen verwendet, verbleibt zur Verringerung der Kreditaufnahme im Vermögenshaushalt. Zusammengezogen sind Ausgaben im Schulbereich, in der Wohnungsbauförderung, bei Jugend- und Kindereinrichtungen, beim Museum, der Stadtbibliothek, im Sportbereich, im Straßen- und Brückenbau, bei der Kanalisationssanierung und bei den Mülldeponien. Schließlich wurde die Eigenkapitalaufstockung bei der Stadtwerke AG deutlich verringert. SPD und Grüne korrigierten die Streichungsliste der Verwaltung an den Stellen, wo die Verwaltung des Mangels am gravierendsten ist. Die Angst vor einem Staatskommissar war so groß, daß Rat und Verwaltung selbst den dicken Rotstift in die Hand genommen haben. — (rein)

# CDU-Programm zur Bürgerschaftswahl

Getarnter Angriff der Christdemokraten gegen alle, die nicht reich sind

**Bremen.** Rechtzeitig zur Bürgerschaftswahl am 29. September hat die Bremer CDU ein neues Grundsatzprogramm mit dem Titel „Ein politischer Kurswechsel für unser Bundesland“ verabschiedet. Im Mittelpunkt steht die Finanzpolitik und der Wahlkampf ist darauf ausgerichtet. Folgerichtig präsentiert sie mit Ulrich Nölle aus dem Sparkassen-Vorstand einen Banker als Spitzenkandidaten. Im Vorwort des Grundsatzprogrammes malt die CDU ein düsteres Bild: „Der finanzielle Zusammenbruch und damit das Ende der Selbständigkeit Bremens steht bevor, wenn nicht umgehend ein einschneidender politischer Kurswechsel erfolgt.“ Für die CDU ist die „Selbständigkeit Bremens“ nicht etwa wichtig, um die sozialen und politischen Interessen der Einwohner durchzusetzen. „Unser Bundesland blickt auf eine stolze Tradition in der Wahrnehmung maritimer Aufgaben für Deutschland, der wichtigste Grund für die Selbständigkeit.“ Ein selbständiges Bremen für ein starkes Deutschland — in diese Richtung soll das berechnete Unbehagen und die Kritik großer Bevölkerungsteile an der Haushaltslage des Bundeslandes gebogen werden.

Mit 15 Mrd. DM ist Bremen verschuldet. An die hauptsächlich aus dem süd-deutschen Raum kommenden Banken fließt in diesem Jahr mit knapp 1 Mrd. DM ein Sechstel der Haushaltsausgaben — und zwar ausschließlich als Zinsen. Ein Drittel der im Bundesland verbleibenden Steuern wird von den Zinslasten aufgefressen. Im Kapitel „Eine solide Finanzpolitik betreiben“ bietet uns die CDU dann die Hauptursache für die finanzielle Misere an: „Die von der SPD vor allem in den 70er Jahren vorgenommene Aufblähung des öffentlichen Dienstes hat wesentlich zur Verschuldung beigetragen.“ Schauen wir uns die 70er Jahre an.

Tatsächlich stieg der Personalbestand (Vollzeit) im öffentlichen Dienst von 1970 bis 1980 um 27%. Überdurchschnittlich nahm das Personal an Schulen und Hochschulen (35%) zu. Drei Entwicklungen waren dafür verantwortlich. Erstens stieg die Zahl der Schüler bis Mitte der 70er Jahre um 14%. Durch zusätzliche Lehrereinstellungen verringerte sich die Zahl der Schüler pro Lehrer um 10%.

Damit reagierte die SPD auf die starke Bewegung unter dem Motto „kleinere Klassen“. Und drittens begann 1971 der Studienbeginn der Universität Bremen. Von 1970 bis 1980 stieg die Zahl der Studenten im Lande Bremen von 3700 auf 12000. Diese Universität war ein Ergebnis der Kritik der Studentenbewegung an reaktionären Hochschulstrukturen und profitorientierter Wissenschaft. Projektstudium in kleinen Gruppen forderte entsprechendes Lehrpersonal.

Die CDU verschweigt all diese Zusammenhänge und macht daraus ein künstliches Aufblähen des öffentlichen Dienstes, das in die Verschuldung treibt. Ein bißchen klarer wird schon, gegen

wen eigentlich der „politische Kurswechsel“ gehen soll. Aber sehen wir uns weiter um in den 70ern.

Bis 1980 vergrößerte sich das Personal im Bereich Gesundheit, Sport und Erholung um 23%. Was bei der CDU wieder als aufgeblähter SPD-Furz erscheint, war eine notwendige — eher eine notdürftige — Reaktion auf den zunehmenden Verschleiß der Gesundheit großer Bevölkerungsteile. Bis Mitte der 70er stieg die Zahl der jährlich stationär behandelten Patienten um 10% auf 142000. Seit 1961 stieg die Zahl der Einwohner, die älter als 60 Jahre waren, um 25% auf 153000 (1970). Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung entwickelte sich von 17% (1961) über 21% (1970) bis 23% (1985). Ältere Menschen, verschlissene durch den kapitalistischen Arbeitsprozess, bedürfen oft besonderer Pflege.

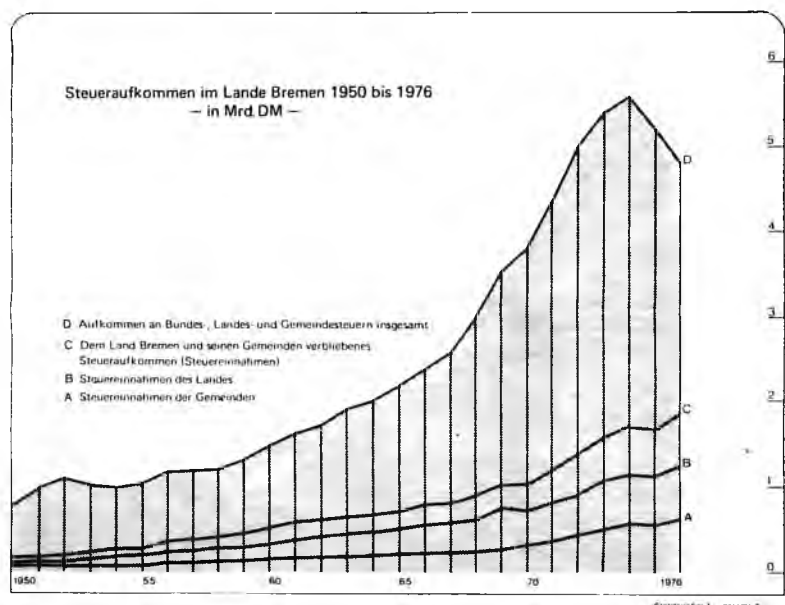
So stieg die Zahl der Sozialhilfempfänger, die Pflegehilfe erhalten, in den siebziger Jahren um 215% auf über 8000. Mit dieser Entwicklung steigen natürlich die Ausgaben einer Stadt für Pflegeeinrichtungen und Personal. Für die CDU ist sowas offenbar eine zu behandelnde Verdauungsstörung — es bläht den öffentlichen Dienst! So langsam wird klarer, auf wen hier alles eingedroschen wird.

Eine einschneidende Entwicklung, die ebenfalls Anfang der 70er Jahre begann, muß hier noch aufgezeigt werden. 1970

betrug die Zahl der Arbeitslosen 2653 gegenüber 11283 offenen Stellen. 1980 war jeder zwanzigste Lohnabhängige arbeitslos (14764). Mehr als drei Arbeitslose standen für jede offene Stelle (4379) zur Verfügung. Die Folgen waren verheerend. Die Einkommen sanken umfassend, Armut verbreitete sich zusehends.

Die Bearbeitungsfälle auf den Sozialämtern für Sozialhilfe verdoppelten sich fast auf über 70000. Die Zahl der Wohngeldempfänger stieg um 80% auf fast 33000. Um überhaupt annähernd diesen minimalsten Ansprüchen auf Unterstützung gerecht zu werden, mußte das Personal in den Ämtern aufgestockt werden. Die Zahl der in der sozialen Sicherung Beschäftigten des öffentlichen Dienstes stieg denn auch um fast 50%.

So entpuppt sich der Vorwurf der CDU, den öffentlichen Dienst unnötig „aufgebläht“ zu haben, als Angriff auf die Ansprüche von Menschen nach öffentlicher umfassender Ausbildung, nach Gesundheit und Pflege im Fall von Krankheit und Alter und nach finanzieller Hilfe im Falle menschenunwürdiger Einkommen. Drohend verspricht ihr Programm: „Wir werden den gesamten Bereich öffentlicher Tätigkeit mit dem Ziel durchforsten, staatliche Tätigkeit abzubauen oder an private bzw. freige-meinnützige Träger zu übertragen.“ — (mj)



Die entsprechenden Zahlen für 1989: Von den 7,7 Mrd. DM in Bremen eingenommenen Steuern 38% (2,9 Mrd. DM) im Land und seinen Gemeinden. 1965 lag dieser Anteil noch bei 56%. Mit den Steuerreformen 1969 und 1980 wurden Ländern und Gemeinden immense Mittel zugunsten des zentralen Staatsapparates und der Konzerne entzogen. Allein durch die Abschaffung der Lohnsummensteuer 1980 verlor Bremen jährlich etwa 120 Mio. DM. Durch die von CDU und FDP geplante Abschaffung der Vermögenssteuer und Gewerbesteuer auf Kapital und Ertrag würden die Steuereinnahmen in Bremen um 473 Mio. DM (1990), also um 16% sinken. Eine Neuverteilung des Steueraufkommens zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist dringend erforderlich.

Quellenhinweise: CDU-Grundsatzprogramm für Bremen; div. Berichte des Stat. Landesamtes Bremen; Das Land Bremen in Deutschland und Europa, Bremen 1991; Handbuch der deutschen Bundesländer, Bonn 1990

## Schleswig-Holstein: „Rechtsstaat im Würgegriff“?

Veranstaltung des Forums BürgerInnenrechte gegen Polizeigesetzentwurf

**Kiel.** Am 20.8. fand in der Pumpe in Kiel eine Podiumsdiskussion zu dem von Innenminister Bull (SPD) vorgelegten Entwurf eines Landesverwaltungs-gesetzes statt, in dem die Rechte der (Landes-)Polizei neu geregelt werden sollen. Veranstalter war das „Forum BürgerInnenrechte Polizeigesetz“, das u.a. die Grünen, Avanti, linke und sozialdemokratische Juristenverbände, der Bundesverband kritischer Polizisten, die DGB-Jugend Lübeck und weitere Organisationen gebildet haben.

Die CDU, Innenminister Bull und die Gewerkschaft der Polizei waren der Einladung zur Diskussion nicht gefolgt, die beiden letzteren mit der Begründung, die öffentliche Einladung unter dem Titel „Rechtsstaat im Würgegriff der Landesregierung“ sei unsachlich und verleumderisch. Der stellvertretende Datenschutzbeauftragte in Schleswig-Holstein, Dr. Bäumler, hob denn auch hervor, daß dieses Gesetz zwar Verbesserungsbedürftig, aber immer noch das liberalste in der BRD sei.

Kritisiert wurde von allen Diskussteilnehmern übereinstimmend, daß

die Polizei unter bestimmten Voraussetzungen das Recht bekommen soll, im Rahmen der sogenannten „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“ heimlich Daten einschließlich Bild-, Video- und Tonaufzeichnungen sogar über Unverdächtige zu sammeln und zu speichern, noch dazu ohne daß diese wenigstens im Nachhinein darüber informiert werden. Der ehemalige Datenschutz Bull mißachte damit Grundsätze und Forderungen des Datenschutzes.

Richter wiesen darauf hin, daß das Gesetz jeden Bürger als potentielles Sicherheitsrisiko, als Feind behandelt, wobei sich dieses Mißtrauen in der Praxis nicht nur gegen Kriminelle, sondern gegen bestimmte „verdächtige“ Bevölkerungsgruppen, nicht zuletzt gegen Linke richtet und den Weg zum „Überwachungsstaat“ ebnet.

Weiterhin wurde kritisiert, daß das Gesetz völlig unübersichtlich und auch für Juristen kaum zu verstehen sei, geschweige denn für einfache Polizisten oder Bürger.

Das Gesetz regelt auch den gezielten Todesschuß, der bei Gefahr für Leib

oder Leben eingesetzt werden darf, um eine Person „angriffs- oder fluchtunfähig“ zu machen.

Einigkeit bestand darüber, daß der Kabinettsentwurf, den die Landesregierung nach 3-jähriger Vorarbeit jetzt selbst für SPD-Juristen überraschend aus dem Hut gezaubert hat und nun im Eiltempo bis Ende des Jahres durch das Gesetzgebungsverfahren peitschen will, so nicht Gesetz werden darf.

Das „Forum BürgerInnenrechte“ setzt dabei auf weitere Öffentlichkeits- und Überzeugungsarbeit nicht zuletzt gegenüber den Landtagsabgeordneten, die — jedenfalls im Detail — zumeist keine Ahnung hätten, was sie da eigentlich verabschieden sollen.

Dringend erforderlich ist, die umstrittenen Regelungen des Entwurfs einer breiten Öffentlichkeit in verständlicher Form darzulegen, so daß sich eine sachlich begründete Ablehnungsfront bilden kann.

Weitere Informationen über den Entwurf und die Kritik daran sind zu bekommen über Martin Herrnkind, Weinbergstr. 2c, 2400 Lübeck. — (uwa)



Hamburg, 10. August 1991: Parolen auf einer Demonstration gegen die türkischen Angriffe auf kurdische Lager und Siedlungen im irakisch besetzten Südkurdistan. Am 7. September demonstrierten in Köln 6000



Menschen gegen die Türkeipolitik der Bundesregierung und die damit geförderten anhaltenden Massaker der türkischen Regierung in Kurdistan. — (Bilder: res)

## „Der Kollektivismus wird entwickelt werden“

Interview mit dem Generalsekretär der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), Abdullah Öcalan

Auf Einladung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) besuchte Mitte August eine Delegation von mehreren Mitgliedern bundesdeutscher Kurdistan-Solidaritätsgruppen die Mahsum-Korkmaz-Akademie der PKK im Bekaa-Tal im Libanon. Die Delegation hatte dabei Gelegenheit, mit zahlreichen Mitgliedern und Sympathisanten der PKK ausgiebige Gespräche zu führen.

Während ihres Besuchs fanden im Lager auch die Feierlichkeiten aus Anlaß des siebten Jahrestages der Aufnahme des bewaffneten Befreiungskampfes in Kurdistan statt. An diesen mehrere Tage währenden Feiern nahmen trotz verschiedener Behinderungen von libanesischer und syrischer Seite etwa 20000 Menschen teil, die zum Teil mehrere Wochen lang aus den verschiedensten

kurdischen Gebieten unter großen Strapazen und Risiken in das Lager gereist waren. Die Delegation wird ihre Interviews, Gespräche und Eindrücke im „Kurdistan-Report“, eventuell auch in einer Broschüre, veröffentlichen. Im folgenden dokumentieren wir Fragen, die die *Politischen Berichte* an Abdullah Öcalan, den Generalsekretär der PKK, richten konnten. — (rül)

**Frage:** Die PKK hat oft festgestellt, daß die armen Bauern und die Arbeiter die entscheidende soziale Klassenbasis des Befreiungskampfes sind. Inzwischen beteiligt sich auch die städtische Mittelklasse zahlreich am Befreiungskampf. Wie will die PKK das Bündnis dieser Klassen im Befreiungskampf ordnen? Wird es z.B., wie bei den Arbeitern, eigene Verbände der Bauern und der städtischen Mittelklassen geben?

**Öcalan:** Wir werden nicht zu viele spezifische Organisationen bilden. Wir sind mehr für die massenhafte Teilnahme der Menschen am politischen Kampf, nicht mit ihren eigenen Organisationen, sondern indem sie sich den Massen anschließen. Es ist nicht unser Problem, daß jede Klasse sich ihre eigene Organisation bildet. Das wäre sogar antidemokratisch. Alle müssen sich der Bewegung entsprechend ihren Fähigkeiten anschließen.

Es wäre auch falsch, bei uns von einer ausgeprägten Trennung der Klassen zu sprechen. Außerdem sehe ich es nicht als realistisch an, eine Politik zu betreiben, die sich nur auf Klassen stützt. Es war ein wichtiger Fehler des Sozialismus, die Gesellschaft nur im engen Klassenrahmen zu betrachten. Ich möchte zum Beispiel nicht so viel von der Arbeiterklasse reden. Bei uns ist die Arbeiterklasse einer der opportunistischsten Teile der Bevölkerung. Die dogmatischen Klassenmaßstäbe sind gefährlich. Das gilt wohl für die gesamte Welt, aber noch mehr für uns.

Wir müssen die Klassenrealitäten beachten, aber nicht überbewerten. Jeder Klasse ihre Organisation, jeder Klasse ihre Partei, das ist sehr gefährlich. Es gibt dafür auch keine Grundlage. Die Klassen sind miteinander verbunden. Aus diesem Grund muß man ihre jeweiligen Hauptforderungen finden und eine Organisationsform, die alle tragen können. Aber man muß auch die Avantgarde immer nach der Arbeit und nach der Produktivität bestimmen, Fähigkeit und Arbeit müssen zur Avantgarde werden. Das ist unser Verständnis von Sozialismus. Wir nutzen die Arbeit des Menschen und die Fähigkeit des Menschen am besten.

**Frage:** Der kurdische Befreiungskampf nimmt derzeit einen raschen Aufschwung. In Südkurdistan ist die PAK entstanden. Kollaborierende Kräfte wie Talabani und Barzani verlieren Einfluß. Welche Folgen hat dies für die Bildung eines kurdischen Nationalkongresses? Kann dieser Kongreß schon bald zusammentreten? Welche gesellschaftlichen Kräfte und politischen Organisationen

sollen ihm angehören? Und bedeutet diese Entwicklung, daß die regionale Spaltung und das Ausspielen von Kurden gegen Kurden bald der Vergangenheit angehört?

**Öcalan:** Wir werden die Aktivitäten für die Bildung der nationalen Einheit beschleunigen, aber auf anderen Ebenen. Die Initiative der Arbeit und die Entwicklung der eigenen Kraft werden in den Vordergrund treten. Die Bildung eines revolutionären Nationalkongresses wird in der Zukunft immer notwendiger werden. Solche Gruppen wie Talabani und Barzani sind überwunden. Sie stehen außerhalb der Realität des kurdischen Volkes. Im Ausland falsche Diplomatie, im Inland reaktionäre, feudale Stammesmerkmale — das ist ihre Mentalität. Man kann das kurdische Volk nicht mehr mit diesen Leuten befrieden.

Wir haben das Wesen des kurdischen Volkes erreicht. Seine Energie kommt jetzt immer schneller zum Ausdruck. Aus diesem Grund wird sich der Gedanke an einen revolutionären Kongreß der nationalen Einheit immer mehr durchsetzen. Die Alternative der PKK wird sich auf dieser Basis entwickeln.

Meiner Meinung nach kann der revolutionäre Nationalkongreß in den nächsten Jahren konstituiert werden. Das ist ein Revolutionskongreß, ein Volkskongreß. Er wird die Hauptgesetze der kurdischen Revolution und ihre Hauptinstitutionen bestimmen, angefangen mit einem Nationalrat und einer provisorischen Regierung. Diese Einrichtungen kann er bestimmen.

**Frage:** Die Imperialisten versuchen, den kurdischen Befreiungskampf mit Gewalt zu unterdrücken. Gleichzeitig suchen sie tiefe Feindschaft zu schaffen zwischen Türken und Kurden, Kurden und Arabern, Arabern und Türken. Welchen Beitrag kann die PKK leisten für Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern der Region, Frieden und Freundschaft ohne Sklaverei, ohne imperialistische Hegemonie in der Region?

**Öcalan:** Die Bestimmung der Politik in dieser Region hängt mit dem Zuständen zusammen, die der Imperialismus in dieser Region geschaffen hat. Der Charakter der Region besteht auf dieser Grundlage. Diese müssen überwunden werden. Und sie werden jetzt ein bißchen überwunden. In dem Maße, in dem die PKK den Willen des Volkes zum Ausdruck bringt, in dem Maße wird sie auch in dieser Region dem Frieden den Weg öffnen. In diesem Sinne ist die PKK eine sehr wichtige Stufe auf dem Weg zur Freiheit für die Völker. Freiheit, Friede

und Freundschaft können so lange nicht verwirklicht werden, solange nicht der bestehende Status quo überwunden wird. Der Status quo in dieser Region ist in sich widersprüchlich, falsch und eine Bedrohung für den Frieden. Er beinhaltet ständige gegenseitige Feindschaft und den gegenseitigen Angriff aufeinander. Der Grund dafür liegt darin, daß die Regime in dieser Region von außen abhängig sind und im Innern reaktionär. Die PKK ist eine von den Kräften, die erklären, daß sie diese Situation überwinden wollen.

**Frage:** Der Zusammenbruch des realen Sozialismus verändert weltweit auch die Widersprüche zwischen den Staaten, den Ost-West-Gegensatz, den Nord-Süd-Gegensatz, die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten. Welche Folgen hat dies aus der Sicht der PKK für den Befreiungskampf. Zum Beispiel: Der BRD-Imperialismus schwingt sich erneut zur beherrschenden Macht in Europa auf und strebt auch nach Einfluß im Mittleren Osten. Damit wachsen auch die Widersprüche zu anderen Imperialisten, z.B. den USA, zu Großbritannien und Frankreich. Kann der kurdische Befreiungskampf diese Widersprüche zum Vorteil des kurdischen Volkes ausnutzen?

**Öcalan:** Als erstes muß gesagt werden, daß man anstelle des Ost-West-Konfliktes sich nicht zu sehr auf den Nord-Süd-Konflikt verlassen darf. Der Nord-Süd-Konflikt gibt zwar die Realität ein wenig wieder, aber man darf ihn nicht überbewerten. Die Widersprüche im Norden können sich auch plötzlich sehr schnell zuspitzen. In der Sowjetunion ist die Situation instabil. Aus diesem Chaos können noch größere Widersprüche entstehen. Die Widersprüche in Europa entwickeln sich sowieso. Was ich damit sagen will, ist, daß es keine einheitliche Front im Norden gegen den Süden gibt. Außerdem gibt es im Süden die übelsten Kollaborateure des Nordens. Man kann sogar sagen, daß sie noch schlimmer sind als die im Norden, sehr schlimm.

Stattdessen denken wir in einem differenzierteren Sinne. Die PKK zu analysieren heißt, die Realität des kurdischen Volkes zu analysieren. Ein Mitglied der PKK zu analysieren, bedeutet, die PKK zu analysieren. Kurdistan zu analysieren, die Widersprüche in Kurdistan zu lösen, bedeutet, den Mittleren Osten zu analysieren, seine Widersprüche zu lösen. Und den Mittleren Osten zu einem Ergebnis zu führen, wird sicherlich die ganze Welt beeinflussen. Das ist eines der Schlüsselpunkte dieser Welt.

Aus diesem Grund ist es eine wichtige

Entwicklung, daß Deutschland als führende Kraft in Europa entsteht. Das traditionelle Interesse Deutschlands am Mittleren Osten ist eine wichtige Tatsache. Sie haben in der gesamten Geschichte versucht, die Türken als Kilometerstein zu benutzen. Aber ich glaube, daß die Türken, denen sie bisher immer vertraut haben, diese Rolle nicht mehr spielen können. Es gibt kein türkisches Reich mehr.

Die Kurden können ihr Gewicht erhöhen, weil sie jetzt nach vorne treten. Man muß wirklich sehen, ob dieser neue Auftritt Deutschlands wirklich imperialistisch ist, oder ob er demokratisch ist, ob man überhaupt mit diesen Begriffen arbeiten kann. Wenn es eine demokratische Entwicklung ist, eine Außenpolitik mit demokratischen Grundsätzen, dann kann es gute Beziehungen zu Kurdistan geben. Das kann zu einem positiven Ergebnis führen. Aber ich glaube nicht, daß die deutsche Regierung mit einer klassischen Kolonialmachtspolitik, mit der Zusammenarbeit mit den Türken, sehr weit kommen wird. Sie würde sogar eher in Schwierigkeiten kommen. Insbesondere der radikale Kampf des kurdischen Volkes würde sie in Schwierigkeiten bringen. Aber wenn diese Politik wirklich die Menschenrechte, den Frieden und die Freundschaft zwischen den Völkern zur Grundlage macht, dann hat sie auch eine Chance für die Zukunft.

Die Modelle, die die Sowjetunion und die USA in dieser Region, im Mittleren Osten bisher geschaffen haben, haben Bankrott gemacht. Können die Deutschen dort eine neue Herangehensweise, eine andere Politik entwickeln? Können sie, wenn diese beiden Systeme überwunden werden, als eine dritte Kraft bei der Neuordnung eine Rolle spielen?

Ich möchte auch noch folgendes betonen: Diese Neuordnung, die die USA jetzt zu entwickeln versuchen, ist in Wirklichkeit ein ziemlich veraltetes Modell, das keine Zukunft hat. Das sowjetische Modell arbeitet sowieso überhaupt nicht. Aus diesem Grund bedarf es einer Neuordnung des Mittleren Ostens. Ob dabei die Deutschen oder die Japaner mitsprechen werden, muß man gucken und dann analysieren.

Japan möchte zum Beispiel entsprechend seiner ökonomischen Kraft auch eine politische Kraft im Mittleren Osten werden. Ich glaube, daß auch die Deutschen eine solche Herangehensweise haben. Wir versuchen, das auszuwerten. Wenn diese Politik demokratischen Grundsätzen folgt, auf demokratischer Ebene passiert, dann können wirklich wichtige Beziehungen entstehen.

(Frage an die Delegation:) Aber ich möchte Euch fragen, gibt es das in der

Entwicklung des größer werdenden Deutschlands, etwas Neues, das die US- und Sowjet-Expansion überwindet, etwas wirklich Neues?

(Antwort aus der Delegation): Es gibt Kräfteverschiebungen zwischen den Imperialisten. Was dabei herauskommt, hängt von den Kämpfen der Völker ab, unter Umständen der Dritte Weltkrieg. **Öcalan:** Es wird nicht zu einem Dritten Weltkrieg kommen. Stattdessen meine ich, man müßte sie dazu zwingen, eine demokratische Entwicklung einzuschlagen. Vor dem Ersten Weltkrieg gab es ein Sozialismusmodell, eine sozialistische Bewegung in Deutschland. Aber diese wurde unterdrückt. Der Imperialismus des Deutschen Reiches hat sie unterdrückt. Was sich in Deutschland dann entwickelte, war die gefährlichste imperialistische Haltung und Politik. Der Faktor Hitler ist meiner Ansicht nach ein sehr wichtiger Faktor. Wenn die Deutschen aus diesem Faktor die richtigen Lehren gezogen haben, dabei aufrichtig sind, wenn sie wirklich eine Lehre aus dieser Hitler-Zeit gezogen haben, dann müssen sie, anstatt die Welt in einen dritten Weltbrand zu bringen, auf jeden Fall in Richtung Demokratie wirken. Sie müssen nach meiner Ansicht noch vor ihrer eigenen Geschichte Angst haben und sich aus diesem Grund zur Demokratie zwingen.

Was sie jetzt erleben, ist Passivität. Desinteresse, Gleichgültigkeit in Deutschland, nicht Imperialismus. Es ist gut, wenn sie dies überwinden. Meiner Ansicht nach kann man sie zu Demokratie, zu einer demokratischen Politik nach außen zwingen.

Vielleicht kenne ich mich nicht so sehr gut aus, und vielleicht übertreibe ich auch ein bißchen. Ich würde gern mit Genscher darüber reden, damit er schlauer wird. Wenn er Selbstvertrauen hat, dann soll er keine Angst haben. Es gibt Sachen, die ich ihn fühlen lassen möchte.

Bismarck war ein Wolfspolitiker. Die Ergebnisse dieser Politik haben in zwei Weltkriegen zu einer Niederlage geführt. Und Genscher versucht, eine ähnliche Politik nach 100 Jahren zu verteidigen. Ich hoffe, daß er nicht dasselbe Ende nimmt. Ich will im positiven Sinne hoffnungsvoll sein. Zum Beispiel hat Genscher bei den letzten Bombenriffen (gemeint sind die Angriffe der türkischen Streitkräfte auf kurdische Lager im irakisch besetzten Teil Kurdistans, Anm. d. Red.) von einer Verletzung der Menschenrechte gesprochen. Da kann man ein bißchen hoffen.

**Frage:** Eine ganz andere Frage: Den arabischen Staaten hat ihr Ölreichtum bis





Kurdische Guerilla in der Mahsum-Korkmaz-Akademie. Rechts: Abdullah Öcalan.

her vor allem Unglück gebracht: direkte imperialistische Interventionen, wie im Iran, oder reaktionäre Regime wie in Saudi-Arabien, am Golf, im Irak. Ein freies Kurdistan hätte auf seinem Boden viele Ölquellen. Welche Vorstellungen hat die PKK, diesen Reichtum für den wirtschaftlichen Aufbau eines unabhängigen Kurdistan zu nutzen, ohne erneut in Abhängigkeit vom Imperialismus zu geraten?

**Öcalan:** Viel wichtiger als Öl ist das Wasser. Vielleicht wird Wasser noch eine viel wichtigere Rolle im Schicksal des Mittleren Ostens spielen als das Öl. Die Kurden haben auch von daher einen großen Schatz. Außerdem ist es ständig nötig, Wasser zu verbrauchen. Wenn man die Quellen des Wassers verschließt, kann man im ganzen Mittleren Osten wichtige Wirkungen erzielen. Jetzt ist Wasser ein Gegenstand ständigen Streits zwischen den Arabern und den Türken. Wenn sich die Kurden des Wassers annehmen, ist es möglich, daß wir das Wasser als politisches Mittel benutzen. Meiner Ansicht nach hat Öl eine begrenztere Rolle.

Außerdem wird Kurdistan im Mittleren Osten touristischen Zwecken dienen können. Es ist eine Weide des Mittleren Ostens. Überall um Kurdistan herum ist Wüste. Es hat große potentielle Reichtümer. Kurdistan liegt zwischen drei Nationen, Arabern, Türken und Perser. Es kann allen drei Nationen nützlich sein, sie beeinflussen. Wir werden versuchen, unsere internationale Rolle richtig zu spielen: Für die Völker demokratisch, unabhängig.

**Frage:** Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Fehler des „realen Sozialismus“ nennt die PKK — soweit wir wissen — u.a. drei Fehler, die in diesen Ländern gemacht wurden: den Fehler des Nationalismus, des Bürokratismus und des zu starken Zentralismus. Welche Konsequenzen zieht die PKK daraus, z.B. für die Struktur der PKK, der ERNK? Und welche Rolle soll die PKK in einem befreiten Kurdistan spielen? Wie soll das Verhältnis zwischen Partei und Staat aussehen?

**Öcalan:** Ich lege das Schwergewicht auf eine Politik, die das Absterben der Partei verfolgt. Meine Einwirkung auf die

PKK geht in diese Richtung, d.h. in Richtung Überwindung, Absterben der Partei.

Die PKK gleicht nicht den anderen typischen Parteien. Es gibt auch Kritik an ihr, daß sich die Partei nicht ordnet. Das stimmt ein bißchen. Ich reiße die Partei ständig aus ihrer Selbstzufriedenheit, Selbstgenügsamkeit, Trägheit als Partei heraus. Meiner Ansicht nach kann die Partei vor dem Volk immer gefährlich werden. Jeden Augenblick können Bürokraten und Diktatoren entstehen, auch jetzt. Aus diesem Grund, um das zu verhindern, „verparteilose“ ich sie.

Ich setze alle meine Kraft ein, damit keine privilegierte Kaste, keine privilegierte Clique entsteht. Diese Gefahr ist sehr groß. Ich sehe sehr real, wie gefährlich eine Kastenbildung ist. Niemand kann innerhalb der PKK sich derzeit als eine wichtige Kraft bezeichnen. Meine Situation ist eine sehr anonyme Situation, die sich in den Parolen der Bevölkerung ausdrückt. Wirklich sehr anonym.

Zum Beispiel sind das Politbüro, die Zentrale oder andere Einrichtungen der PKK bei uns sehr flexibel und nicht besonders stark. Solche Einrichtungen habe ich nie ernst genommen. Das zeigt auch gleichzeitig, was für einen Staat ich versuche zu gründen. Jemand, der die Partei in dieser Form beeinflusst, schafft, wird den Staat ebenso gestalten. In dem Augenblick, in dem wir zum Staat werden, werden wir zugleich eine Politik der Überwindung des Staates, hin zum Absterben des Staates entwickeln.

Ich kann hier auf eine theoretische Aussage von Engels hinweisen: Im Sozialismus ist die Gründung des Staates der Anfang des Absterbens des Staates. Ich fühle mich diesem Prinzip verbunden.

Partei und Staat sind sicherlich notwendig, aber zu dem Ziel, um „parteilos“ und „staatslos“ zu werden, um Partei und Staat zu überwinden, damit sie absterben, aufhören zu existieren. Sie müssen diesem Ziel dienen.

Meiner Ansicht nach sind die Sowjets in dieser Frage erfolglos geblieben. Was jetzt interessant an Gorbatschow ist, daß er die kommunistische Partei völlig unwichtig macht. Dasselbe gilt wohl für den Staat. Wenn ich mich nicht irre, wenn er dies wirklich bewußt macht, dann kann es kein schlechtes Ergebnis

sein. Aber ich habe dazu keine endgültige Wertung.

**Frage:** Eine Frage zur aktuellen Situation in Kurdistan. Die Angriffe auf kurdische Politiker haben zugenommen. Der türkische „Supergouverneur“ ist zurückgetreten. Die imperialistischen „Schutztruppen“ bleiben in der Region und richten sich womöglich auf ein direktes militärisches Eingreifen gegen den kurdischen Befreiungskampf ein. Wird Kurdistan 1992 ein großes Kriegsgebiet sein, oder sieht die PKK Anzeichen für eine mögliche politische Lösung der Kurdenfrage, z.B. im Rahmen der bevorstehenden Nahostkonferenz? Wird sich die PKK/ERNK z.B. mit politischen Forderungen an diese Konferenz wenden?

**Öcalan:** Diese Frage wird uns oft gestellt: Ob die politischen Lösungen die Oberhand haben werden, oder ob der revolutionäre Kampf sich weiter entwickelt. Das sind Fragen, die miteinander

der in Verbindung stehen. Die Entwicklung der Revolution kann politische Verhandlungen mit sich bringen. Das Gegenteil kann auch der Fall sein. Das Nichteintreten von politischen Lösungen kann die Revolution noch weiter radikalisisieren.

1992 kann in diesem Zusammenhang ein wichtiger Wendepunkt sein. Die Türken stehen vor einer Wahl. Nach den Ergebnissen dieser Wahl können einige türkische Parteien Verhandlungen anbieten. Aber es gibt keinen Grund, in dieser Frage besonders hoffnungsvoll zu sein.

Die größere Möglichkeit, die größere Wahrscheinlichkeit ist wohl, daß die Revolution sich entwickelt. Ich glaube, daß das kurdische Volk auf der Basis des Serhildan in den Städten und des Guerillakampfes in den Bergen seine revolutionäre Wahl treffen und sich entwickeln wird.

Der Weg zu politischen Verhandlungen ist voller Fallen. Ich glaube nicht, daß die Türken wirklich aufrichtige Verhandlungspartner sein werden. Das Beste ist, ihnen eine starke Revolution aufzuzwingen. Darauf werden wir besonders achten.

Ich glaube, daß 1992 ein Jahr sein wird, in dem die Revolution sich entwickeln wird. Die Maßnahmen, die wir getroffen haben, zeigen uns jetzt schon, daß dies auf jeden Fall so wird. Es wird auf keinen Fall ein Zurückdrehen geben. Und wie weit wir uns entwickeln werden, kommt auf unsere Taktik an und darauf, wie weit wir sie meisterhaft anwenden.

**Frage:** Wenn der Befreiungskampf so rasch fortschreitet wie in den letzten Monaten, wird es bald größere befreite oder fast befreite Gebiete in Kurdistan geben. Welche sozialen und politischen Reformen strebt ihr in diesen Gebieten als erstes an? (Landreform, Gesundheitsreform, Bildungswesen, politische Verwaltung usw.)

**Öcalan:** Es ist wohl möglich, fast befreite Gebiete zu schaffen. Ich glaube, daß die wichtigste Lösung, daß das wichtigste Ergebnis darin bestehen wird, daß die Bevölkerung sich moralisch stärkt.

Ich glaube, daß die Bevölkerung einen großen Kollektivismus entwickeln wird und dazu erzogen werden wird. Ich glaube nicht, daß wir den kleinen Besitz, den die Bauern haben, noch weiter verklei-

nern, sondern die kleinen Bauern entwickeln werden. Der Kollektivismus wird entwickelt werden. Es wird so sein, daß die Menschen psychologisch, moralisch aufgerichtet werden. Das kann zu einer großen Produktivkraft werden. Kurdistan wird zuerst kollektiviert werden. Privatisierungen wird es auf dieser Basis geben. Wichtig ist, daß Kurdistan erst durch die Kurden gewonnen werden muß. Dann können sie es sich erst untereinander aufteilen.

Natürlich wird es schwierige Bildungsfragen geben. Die Ausbildung wird lange Zeit mit revolutionären und politischen Inhalten gefüllt sein. Wir werden versuchen, die revolutionären und politischen Inhalte hoch zu halten. Wir werden versuchen, revolutionäre Familienkollektive zu schaffen. Zum Beispiel gibt es in England diese Beispiele der Kooperativen der primitiven Sozialisten (Owen). Es gibt einige Beispiele aus der Sowjetunion. Bei uns wird es einen noch interessanteren Kollektivismus geben.

Aber dabei wird keine Bürokratie entstehen. Wir werden nicht den Staatskapitalismus damit in Verbindung bringen. Man darf dabei nicht die auf die Bürokratie und diesen Staatskapitalismus gestützte Entwicklung des Staates wie in der Sowjetunion zulassen. Der Partei- und Staatsapparat darf kein eigener Apparat werden, der mehr Rechte hat. Eine wirkliche Volkssolidarität, das sind für uns sehr wichtige Fragen. Und in diesen Fragen werden wir für den Sozialismus auf jeden Fall eine Bereicherung sein. Wir werden in diesen Fragen sehr vorsichtig sein, sehr an unseren Prinzipien festhalten.

Zum Schluß: Ich habe versucht, über Euch, über die Freunde des kurdischen Volkes, unsere Ansichten weiter zu entwickeln. Ich hoffe, ich glaube, daß ihr diese Ansichten richtig verbreitet werden. Es ist wichtig, daß all das von einer Gruppe redigiert und in Zeitschriften und Broschüren wiedergegeben wird. Das erwarten wir auch. Bisher haben die Journalisten und die Zeitungen das immer verdreht und nur teilweise wiedergegeben. Ihr könnt es genauso wiedergeben, wie es war. Ich bedanke mich, auch an all die anderen Freunde über euch, und ich möchte euch Grüße unter Genossinnen und Genossen an alle anderen aussprechen. Ich bitte euch, daß ihr auf uns vertraut und weiterhin entschlossen arbeitet.



5000 Kurden demonstrierten am 10. August in Duhok (Südkurdistan) gegen die türkischen Angriffe auf kurdische Lager in der Region. Duhok liegt im vom Irak besetzten kurdischen Gebiet und galt früher als ein Zentrum des Einflusses der KDP (Barsani). Auf Transparenten hieß es: „Gegen die Angriffe der türkischen Armee“, „Wir solidarisieren uns mit dem kurdischen Volk in Nordwest-Kurdistan“ und „Es lebe ein unabhängiges, vereintes, demokratisches Kurdistan“.

#### Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ im Jahresabonnement (52.— DM bei Einzelabo).

☐ im Halbjahresabonnement (26.— DM bei Einzelabo).

☐ Zahle nach Rechnungserhalt.

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Konto-Nr./BLZ: .....

(Bank) ..... (Unterschrift)

#### Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik — erscheint vierzehntäglich.  
Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226, Tel.: 0221/21 64 42.  
Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Çelebi (über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Waldparkstraße 9, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Holzstraße 2, 8000 München 5), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über: Arbeitsgemeinschaft Kommunale Nachrichten, Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz).  
Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon 0221/24 69 15, Telefax 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.  
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet

26.— DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52.— DM.  
Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation; Spezialberichte: Alfred Kustler.  
Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.  
Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kom-

munalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.  
Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

**Bestelladressen:**  
GNN Verlagsgesellschaft  
Politische Berichte m.b.H.  
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226  
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg  
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76  
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin  
Czerninski Str. 5, 1000 Westberlin 62  
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen  
Grenzweg 4, 3000 Hannover 1  
GNN Nordrhein-Westfalen  
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1  
GNN Verlag Hessen  
Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11  
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg  
Gutenbergr. 48, 7000 Stuttgart 1  
GNN Verlagsgesellschaft Bayern  
Holzstr. 2, 8000 München 5

# Bücher über das kurdische Volk



## Alltag im wilden Kurdistan

Der Fotoband von Leon Maresch wurde mit Unterstützung des Kurdistan-Komitee in der BRD e.V. Köln erstellt. Dieser Band ist eine Parteinahme für den nationalen Befreiungskampf des kurdischen Volkes. Neben den eindrucksvollen Schwarzweißbildern aus dem kurdischen Alltag, die auch als Postkarten erhältlich sind, enthält der Fotoband in deutscher und türkischer Sprache:

- eine Einführung von C.K. über die Entwicklung des nationalen Befreiungskampfes von der Aufnahme des Guerillakampfes der PKK bis zu den Serhildan (Volksaufständen) 1990 in Nordwestkurdistan.
- Stellungnahmen des von den türkischen Behörden verfolgten und inhaftierten türkischen Wissenschaftlers Dr. Ismail Besiki zur Parteinahme mit dem kurdischen Volk und ihrer Guerilla unter Führung der PKK.
- einen Aufsatz von Hüseyin Celebi über die Entwicklung des kurdischen Widerstandes nach dem Volksaufstand (Serhildan) von mehreren Millionen Kurden in Nordwestkurdistan 1990 und die Unterdrückungs-, Deportations- und Verfolgungspolitik des türkischen Kolonialstaates.

„In Kurdistan und für die Kurden geht es darum, den Kopf zu erheben. Sich von der Haltung

des gedemütigten, niedergehaltenen, des seiner Identität beraubten, des versklavten Volkes zu befreien ... Seit dem Serhildan 1990 ist in Kurdistan nichts mehr so, wie es war. Der heftige Guerillakampf, der von der PKK/ERNK und der ARGK seit sechs Jahren in den Bergen geführt wird, hat eine neue Form angenommen. Der Kampf in den Bergen und auf dem Land wird komplettiert von dem Kampf der kurdischen Menschen in den Städten. Diese Kämpfe stehen in organischer Verbindung zueinander. Diese neue Qualität des Kampfes wird u.a. auch so dargestellt, daß die Kurden die Angst überwunden haben, und das ist eines der wichtigsten Resultate dieses gemeinsamen Verweigerens des Gehorsams, was der Serhildan auch ist. In Nordwestkurdistan herrscht Volkskrieg. Der gestürzte kurdische Mensch erhebt sich, hebt seinen Kopf und fordert sein Recht, sein Recht, sein Schicksal selbst zu bestimmen. Und mehr als das, mit dem Serhildan hat der kurdische Mensch schon begonnen, sein Schicksal mit den eigenen Händen zu formen.“

Leon Maresch: Alltag im wilden Kurdistan, Montage Verlag, Wachsbleiche 62, 4500 Osnabrück, ISBN 3-9802657-0-6, 1991, 71 Seiten, 30 DM — (rub)

## Kurden — Das betrogene Volk

Den Ressortleiter und Kulturredakteur der Zeitung *Die Welt*, Deschner, „führten ... zahlreiche Reisen in die Staaten des Mittleren Ostens und zu den Kurden“, im wesentlichen zur Barsani-Familie, von denen der größte Teil seines Buches handelt.

Er zeichnet ein Bild der Kurden als wildes, kaum gebildetes und unterentwickeltes Bergvolk. Zum Beweis zieht er auch Reise- und Kriegsberichte englischer, französischer und deutscher Kolonialbeamter und Militärs sowie Karl May heran. Er beschäftigt sich mit den zahlreichen kurdischen Aufständen in diesem Jahrhundert. Die Niederlagen gegen die iranischen, irakischen oder türkischen Kolonialisten liegen für ihn allein im Macht- und Ränkespiel der „interessierten Mächte“, hauptsächlich der Sowjetunion und in den letzten 20 Jahren auch der USA.

Imperialistische Interessen des Deutschen Reiches, später der BRD gibt es bei Deschner nicht. General von Moltke, der „in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts ‚das wilde Kurdistan‘ ausgiebig in türkischen Diensten bereiste“, wird als Kurdenfreund zitiert. Daß er als erster einer ganzen Reihe von deutschen Generalstabsoffizieren in osmanischen und später türkischen Diensten die Bekämpfung kurdischer Aufstände und

Massaker am kurdischen Volk mitverantwortete, wird verschwiegen. Deutsche Waffen- oder Giftgaslieferungen existieren auch nicht bei den Massakern der Türkei und des Iraks gegen die Kurden. Kurdische Hilferufe fanden nur bei der CDU und Franz Josef Strauß Gehör, wären aber am Widerstand der SPD/FDP-Regierung gescheitert.

Ganz der BRD-Regierungspolitik folgend, ist für Deschner der Befreiungskampf in Nordwestkurdistan eine terroristische Angelegenheit. Anstatt „Volkskämpfe“ zu gewähren, treibe der türkische Staatsnationalismus junge Kurden in die Arme der PKK, die die „terroristische Speerspitze der äußersten Linken im kurdischen Gebiet“ ist. Die PKK schicke Kämpfer nicht nur in die Türkei, „einzelne auch in terroristische Zellen Westeuropas“. „In der Türkei droht Mitgliedern der PKK die Todesstrafe, in der Bundesrepublik wird die Organisation als ‚terroristische Vereinigung‘ gewertet.“ Kurdistan ist für Deschner „die zerbrochene Hoffnung der Kurden“, das „Schicksal“ „der geographischen Lage einer Nation“.

Günther Deschner, *Die Kurden, das betrogene Volk*, Ullstein Sachbuch, 1991, 352 S., 16,80 DM — (rub)

## Völkermord an den Kurden

In dem Buch der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfBV), herausgegeben von Tilman Zülch, wird über die Leiden des kurdischen Volkes berichtet; es werden ausführlich die Situation im irakisch besetzten Teil Kurdistan und die Dorfzerstörungen und Vertreibungen von der Türkei in Nordwestkurdistan beschrieben. Keine Beachtung findet aber der Befreiungskampf des kurdischen Volkes. Der Volksaufstand in Nordwestkurdistan im Frühjahr diesen und letzten Jahres, an dem sich breite Teile der Bevölkerung beteiligten, wird mit keinem Wort erwähnt. Die Völker existieren in der Ideologie der GfBV nicht als handelnde Subjekte, sondern sind nur Objekte karitativer Ethnologen in den Metropolen.

Deutlich wird das in dem Kapitel *Deutschland und die Kurden*. Schwammig wird von einer „Vielzahl der kurdischen politischen Parteien und Gruppen“ in der BRD geredet. PKK und ERNK werden mit keinem Wort erwähnt. Das entspricht der Praxis der GfBV. Dieses Jahr veranstaltete die GfBV mit KOMKAR ein kurdischen Neujahrsfest in München; dabei wurden alle Asylbewerber abgewiesen, mit der Begründung, daß sie von der PKK seien.

Im Vorwort wird von einer De-

monstration am 20. April d.J. in Köln berichtet, zu der medico international, SPD u.a. sowie die GfBV aufgerufen hatten: eine am gleichen Tag stattfindende Demonstration der ERNK, türkischer Organisationen u.a. gegen den Völkermord am kurdischen Volk mit dreimal soviel Teilnehmern wird genauso wie die PKK Prozesse in Düsseldorf und Celle verschwiegen.

Tilman Zülch, Chef der GfBV, befürwortet die von USA und Türkei nach dem Golfkrieg geschaffene sogenannte Sicherheitszone an der irakisch-türkischen Grenze, in der die Menschen wie in Reservaten ein elendes Leben fristen mußten, abhängig von der Gnade der türkischen Militärs und der US-Army. Zülch meint, daß „die Intervention im Nordirak zur Errichtung von Flüchtlingslagern wenigstens ein erster konstruktiver Schritt zur Rettung der kurdischen Flüchtlinge von seiten der Golfallianz“ ist. Er redet „von der Bundesregierung, die inzwischen eine Reihe von konstruktiven Schritten für die Kurden unternommen hat“. Damit kann er nur den Bundeswehreinmarsch in Kurdistan meinen.

Zülch, Tilman (Hrsg.) — *Völkermord an den Kurden*. Eine Dokumentation der Gesellschaft für bedrohte Völker. Luchterhand Flugschrift 2 — (s.)

## Die kurdische Tragödie

Das Taschenbuch *Die kurdische Tragödie* wurde von Bahman Nirumand herausgegeben. Er ist durch einige kritische Veröffentlichungen über das Schahregime und das Iran der Mullas einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Während des Golfkrieges hat er schon ein viel verkauftes Taschenbuch über den Sturm am Golf bei rororo-aktuell herausgegeben. Auch das jetzige Buch wurde ist bei rororo-aktuell im Mai dieses Jahres erschienen.

Man merkt dem Buch schon an, daß es schnell geschrieben werden mußte, als das „Kurdenproblem“ für die hiesige Öffentlichkeit noch aktuell war. Es ist zum Teil zu oberflächlich und bringt zu wesentlichen Fragen zu wenig. Die sozialen Hintergründe in Kurdistan selber werden zum Beispiel kaum beleuchtet. Auch bei der Darstellung der kurdischen Organisationen, insbesondere bei der PKK, wird zu schlampig vorgegangen, und sie ist zum Teil mit den üblichen Vorurteilen behaftet.

Das Buch gliedert sich in von einander unabhängige Artikel und wurde von acht verschiedenen Autoren verfaßt. Als „ein Volk zwischen den Fronten“ wird die neuere Geschichte des kurdischen Volkes und seines

Widerstandes im Irak, Iran und Türkei dargestellt — in den Ländern, wo die meisten Kurden wohnen. In zwei weiteren Artikeln wird über die „Situation der Kurden in Deutschland“ und über „die deutschen Geschäfte mit dem Tod der Kurden“ berichtet.

Die Qualität der Artikel ist aber unterschiedlich, und sie halten oft nicht, was mit ihren Titeln versprochen wird. Über die systematische Afrufung der Türkei durch die Westmächte, insbesondere durch die BRD, wird fast gar nicht geschrieben. Die Artikel über die kurdischen Organisationen im Irak — die DPK und die PUK — sind relativ gut recherchiert. Sie machen deutlich, daß diese Organisationen zwischen Stammes- und rückschrittlichem Nationalismus verfangen sind und immer wieder auf ausländischen reaktionären Mächten paktiert haben. Sei es mit dem Schah, mit Khomeini oder mit imperialistischen Staaten, sogar teilweise mit Israel. Dabei ist das kurdische Volk aber jedesmal nur Spielball für die Interessen der anderen Mächte gewesen und letztendlich „verraten“ worden. Auch die jüngste Vergangenheit macht dies wieder deutlich. — (scr)

## Agha, Scheich und Staat — Politik und Gesellschaft Kurdistan

Als einen „Klassiker der vergleichenden Sozialforschung“ und ein „Standardwerk“ der englischen Wissenschaftler über Kurdistan stellt der Verlag das 1979 abgeschlossene und 1989 in einer zweiten, nur geringfügig überarbeiteten Fassung erschienene Buch des niederländischen Sozialforschers M. M. Bruinessen mit dem obigen Titel vor. Unter politisch aktiven und den Befreiungskampf der Kurden unterstützenden Kurden in der BRD gilt das Buch als eher rechts. Tatsächlich macht der Verfasser aus seiner Gegnerschaft etwa zur PKK, der er „plumpen Marxismus“ und „brutale Gewalt“ vorwirft, noch in der 1989er-Ausgabe keinen Hehl — inzwischen soll er seine Meinung geändert haben.

Trotzdem: Wer etwas über die Geschichte der Klassen und der Klassenkämpfe in Kurdistan erfahren will, für den ist das Buch lesenswert — wenngleich nicht leicht. Der Verfasser hielt sich Ende der 70er Jahre zwei Jahre lang in verschiedenen Gebieten Kurdistan auf. Ihn habe die „zusammenhängende Problematik von Bauernaufständen, messianischen Bewegungen, Nationalismus und Klassenbewußtsein“

interessiert, schreibt er. Dafür sei ihm Kurdistan als „ideales Prüffeld“ vorgekommen.

Man erfährt etwas über die neue Wirtschaftsgeschichte Kurdistan, die Umwälzungen der halbfeudalen Agrarordnung durch imperialistisches Kapital und Kolonialmächte, über die kurdischen Aufstände nach 1945 bis etwa Ende der 70er Jahre.

Schwerpunkt des Buches aber ist die Beschreibung der verschiedenen Formen kurdischer Stammesorganisationen, der Rolle von Aghas und Scheichs, der verschiedenen Formen der Kooperation innerhalb der Stämme und Sippenverbände, vor allem aber der ständigen Konflikte zwischen ihnen, die die Kurdistan beherrschenden Mächte systematisch ausnutzten, um die Kurden zu spalten und zu beherrschen. Darüber hinaus berichtet der Autor über die kurdische Ordnung (z.B. den bekanntesten, den Derwisch-Orden), über die britische Landpolitik in Kurdistan, über die Bildung der kurdischen „Hamidiye“-Regimenter in der Spätzeit des Osmanischen Reiches. Letztere Regimenter sollen den Kosakenregimentern des Zarismus vergleichbar gewesen sein. Die Osmanen versuchten

mit diesen Regimentern, die als unvermeidlich beurteilte Bewaffnung der Kurden für ihre Interessen zu nutzen, indem die Regimenter zur Niederhaltung von Kurden und Arabern gleichermaßen eingesetzt wurden.

Viel erfährt man über die Gründe für die zeitweilig große Autorität der Scheichs, die als religiös agierende, nicht allein auf einen einzelnen Stamm gestützte Autoritäten seit Beginn des 19. Jahrhunderts lange eine große Rolle in der kurdischen Nationalbewegung spielten. In den letzten Jahrzehnten gehe ihr Einfluß aber spürbar zurück, schreibt der Autor: „Die Mechanisierung der Landwirtschaft, die Verschärfung der Klassenwidersprüche, Massenabwanderung in die Städte, verbesserte Kommunikationswege und Ausbildungsmöglichkeiten hatten für den Scheich und seine Anhänger eine zwiefache Konsequenz: ... von vielen wurden Scheichs in zunehmendem Maße als Ausbeuter und gewöhnliche Gauner und nicht als die kenntnisreichsten und heiligsten Männer angesehen. Die Religion verlor sowohl in der Bourgeoisie als auch im Proletariat viel von ihrem Einfluß ...“ (S. 348)

Der Scheich-Seit-Aufstand in der Türkei 1925 wird sehr ausführlich geschildert. Dabei widerspricht der Autor der von den Kemalisten verbreiteten (und u.a. von der Komintern und der KP der Türkei übernommenen) These, der Aufstand sei „britisch gesteuert“ und politisch reaktionär gewesen.

Die noch heute im Irak agierenden Klans der Barzanis und der (ehemals pro-britische) Klan der Talabanis werden im Zusammenhang mit einer Übersicht über wichtige Feudalgeschlechter unter den Kurden vorgestellt. Dabei erfährt man, wie die imperialistischen und kolonialistischen Mächte die Rivalitäten zwischen diesen feudalen Geschlechtern zur Sicherung ihrer Fremdherrschaft ausnutzten.

Der Verfasser hat zahlreiche Werke und Aufsätze über die Kurden geschrieben. Neuerdings beurteilt er die PKK als die erste kurdische Kraft, die gezeigt habe, daß sie in der Lage sei, die kurdischen Stammesrivalitäten und -konflikte zu überwinden.

M. M. van Bruinessen, *Agha, Scheich und Staat. Politik und Gesellschaft Kurdistan*. Edition Parabolis, Berlin 1989. ISBN 3-88402-15-3. 541 Seiten, 38 DM — (rül)

### Neuerscheinung

## TÜRKISCHER STAATSTERROR IN KURDISTAN

**Nordwest-Kurdistan unter den türkischen Ausnahmegeetzen  
Berichte der Menschenrechtsvereine  
Einzelne Beschwerden von Betroffenen**

**Bericht zur Vorlage an die 47. Vollversammlung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen im Februar/März 1991 in Genf**

**Herausgeber:** Kurdistan-Komitees in Europa. 96 Seiten. Preis 6,00 DM. Bestellungen ab sofort an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7. 5000 Köln 1.